



UB Braunschweig

84



10270-082-6

Polizei-Straf-Gesetzbuch

für das

Herzogthum Braunschweig.

d. d. Braunschweig, den 18. August 1855.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog
zu Braunschweig und Lüneburg &c. &c.

Von der Absicht geleitet, der Polizei-Strafrechtspflege eine sichere und den Zeitverhältnissen angemessene Grundlage zu geben, erlassen Wir, nach angehörtem Rathe und Gutachten der Landesversammlung und, soweit es erforderlich, mit deren Zustimmung das nachstehende Gesetz:

I. Titel.

Allgemeiner Theil.

A. Umfang des Polizei-Straf-Gesetzbuches.

§. 1.

Das Polizei-Straf-Gesetzbuch erhält mit dem 1. October 1855 Gesetzeskraft.

§. 2.

Mit diesem Zeitpunkte treten alle wegen Polizeivergehen erlassenen Strafbestimmungen außer Wirksamkeit, insofern und insoweit nicht deren fortdauernde Gültigkeit in dem Polizei-Straf-Gesetzbuche ausdrücklich anerkannt ist.

§. 3.

Von den auf Polizeivergehen bezüglichen Strafbestimmungen bestehen fort:

- 1) die nur für einzelne Bezirke oder Ortschaften des Herzogthums oder für einzelne Gewerbe erlassenen Strafgesetze, Verordnungen oder Reglements, insoweit dieselben Strafbestimmungen über solche Gegenstände enthalten, welche das Polizei-Straf-Gesetzbuch nicht berührt;
- 2) die polizeilichen Statuten einzelner Bezirke, Ortschaften oder Gewerbegeoffenschaften. Wenn jedoch in diesen Statuten Strafen auf solche Polizeivergehen gesetzt sind, welche auch das Polizei-Straf-Gesetzbuch mit Strafe bedrohet, so darf über den in letzterem festgestellten betreffenden höchsten, sowie unter den darin vorgeschriebenen betreffenden niedrigsten Strassatz nicht ferner erkannt werden.

§. 4.

Es bleiben diejenigen Strafbestimmungen in Kraft, welche sich auf andere Gegenstände, als Polizeivergehen, beziehen; insbesondere die im Criminalgesetzbuche enthaltenen und diejenigen, welche Disciplinar- und Ordnungsstrafen betreffen. — Außerdem behalten Geltung die Strafbestimmungen:

- 1) in den Conventionen und Reglements über die Benutzung und Erhaltung einzelner öffentlicher Gewässer;
- 2) in den Gesetzen über die Bestrafung der Vergehen gegen die Telegraphen-Anstalten und die Bahnordnung der Eisenbahnen;
- 3) in den Gesetzen und Verordnungen über die Regalien und den Salzdebit;
- 4) in den Gewerbesteuer-Gesetzen vom 15. October 1832, *Nr.* 32, und vom 4. April 1837, *Nr.* 19,

sowie überhaupt in den Gesetzen und Verordnungen über die directen und indirecten Abgaben, den Messverkehr, die Chaussee- und Weggelderhebung;

- 5) in den Vereins-, Versammlungs- und Pressgesetzen;
- 6) in den Gesetzen über den Nachdruck;
- 7) in den Gesetzen und Verordnungen über die kirchliche und Schulordnung;
- 8) in den Militair=~~Straf~~=Gesetzen, den Gesetzen über die Verpflichtung zum Kriegsdienste, über die Bürgerwehr, über die Stellung der zu den Landwehrliebungen erforderlichen Pferde und über die Aushebung von Pferden zum Kriegsdienste;
- 9) in den Forst- und Jagd=~~Straf~~gesetzen jeder Art, einschließlich der Gesetze über die Ausübung des Jagdrechts, den Schutz der Wildgatter, sowie über die Controle des Wildtransports und des Wildhandels;
- 10) in den Post=~~Straf~~gesetzen;

insoweit nicht einzelne, auf polizeiliche Uebertretungen bezügliche Vorschriften dieser Gesetze in das Polizei=~~Straf~~Gesetzbuch aufgenommen worden sind.

§. 5.

Handlungen oder Unterlassungen, welche durch dieses Gesetzbuch oder durch die nach §. 3 bestehen bleibenden polizeilichen Vorschriften mit Strafe bedroht worden, sind Polizei=~~Vergehen~~ im Sinne dieses Gesetzbuchs.

§. 6.

Wer sich innerhalb der Grenzen des Herzogthums eines Polizei=~~Vergehens~~ schuldig macht, er sei Landeseinwohner oder Fremder, soll nach dem Inhalte dieses Gesetzbuchs bestraft werden.

§. 7.

Auch die von Landeseinwohnern im Auslande begangenen Polizei=~~Vergehen~~ sind — insofern nicht wegen

derselben Uebertretung bereits im Auslande ein Strafverfahren eingeleitet ist —, von den inländischen Gerichten zur Untersuchung zu ziehen und nach dem Polizei=Strafgesetzbuche zu strafen:

- 1) wenn von der zuständigen ausländischen Behörde oder von dem Verletzten darauf angetragen wird, die betreffende Handlung im Auslande nicht straflos ist und von den ausländischen Behörden das reciprocam beobachtet wird; oder
- 2) wenn das Polizei=Vergehen in der Absicht, die diesseitigen Strafgesetze zu umgehen, im Auslande verübt worden ist.

B. Verfolgung der Polizei=Vergehen.

§. 8.

Die gerichtliche Verfolgung aller Polizei=Vergehen geschieht durch die Staatsanwälte und durch die im Eingange des §. 12 des Gesetzes vom 19. März 1850 über die gerichtliche Polizei bezeichneten öffentlichen Ankläger.

§. 9.

Dieselben bedürfen zur Erhebung der Anklage nur in denjenigen Fällen einer Anzeige oder der Zustimmung des Verletzten, des Ortspolizei=Beamten oder einer sonstigen Behörde, in welchen dieses durch das Polizei=Strafgesetzbuch vorgeschrieben worden ist.

Bei Uebertretung statutarischer Strafbestimmungen ist die Anzeige oder Zustimmung des Ortspolizei=Beamten zur Erhebung der Anklage erforderlich, ausgenommen, wenn das betreffende Vergehen durch das Polizei=Strafgesetzbuch mit einer und zwar ohne eine solche Anzeige zu verfolgenden Strafe bedrohet worden ist.

§. 10.

Wenn das wegen eines Polizei=Vergehens angedrohte höchste Strafmaß 10 zS Geld oder 14tägiges Gefängniß übersteigt, der angedrohte geringste Strafssatz aber unter diese Beträge hinabsinkt, so soll dem Ermessen der Staatsanwälte überlassen bleiben, die Sache entweder selbst vor dem Herzoglichen Kreisgerichte zu verfolgen, oder aber an einen der öffentlichen Ankläger zur Verfolgung vor dem zuständigen Herzogl. Amts= oder Stadtgerichte abzugeben.

Die Gerichte können sich deshalb nicht für incompetent erklären, weil die nach ihrem Dafürhalten angemessene Strafe von einem höheren oder niederen Gerichte zu erkennen ist.

Die Herzoglichen Amts= und Stadtgerichte sind in einem solchen Falle auf eine Verurtheilung innerhalb ihrer Competenz beschränkt, die Herzogl. Kreisgerichte aber erkennen innerhalb der gesetzlichen Schranken auf den ihnen angemessen erscheinenden Strafssatz, selbst wenn derselbe unter ihre Competenz hinabsinkt.

C. Anwendbarkeit der allgemeinen Bestimmungen des Criminal= Gesetzbuchs.

§. 11.

Auf Polizei=Vergehen finden die in dem Criminal= Gesetzbuche vom 10. Juli 1840 enthaltenen allgemeinen Bestimmungen über Verbrechen und Strafen Anwendung, insofern nicht nachstehend ein Anderes ausdrücklich angeordnet ist.

D. Von den Strafen.

§. 12.

Wegen Polizei=Vergehen sind die folgenden Strafen zulässig:

- 1) Verweis,
- 2) Geldbuße,
- 3) Gefängniß.

§. 13.

Geldbuße darf wegen Polizei = Vergehen nicht unter 6 ~~M~~ erkannt werden.

§. 14.

Wird zunächst auf Geldbuße erkannt, so ist die für den Fall des Zahlungsunvermögens an deren Stelle tretende Gefängnißstrafe ihrer Dauer nach sofort im Erkenntniffe festzustellen.

§. 15.

Ist die Geldbuße in dem Gesetze unbedingt (absolut) für alle Fälle ausgesprochen, so ist bei dieser Feststellung das Gesetz vom 18. März 1850 ~~N~~ 16 maßgebend.

§. 16.

Ist die Geldbuße in dem Gesetze bedingt (relativ) ausgesprochen, so ist bei Festsetzung der nach §. 14 an deren Stelle tretenden Gefängnißstrafe nach §. 41 zu verfahren.

§. 17.

In allen denjenigen Fällen, in welchen nur Geldstrafe angedrohet ist, kann der Angeschuldigte die Anstellung des Strafverfahrens dadurch abwenden, daß er den bestimmt angedroheten, oder den bei relativer Strafandrohung vom Staatsanwalt oder öffentlichen Ankläger festgestellten Gelbbetrag diesem sofort einzahlt.

§. 18.

Dem Verurtheilten steht es frei, die eventuell erkannte Freiheits = Strafe, soweit sie noch nicht vollzogen, durch Geldzahlung abzuwenden.

§. 19.

Die Gerichte sind befugt, bei alternativ angedrohter

Geld- oder Gefängnißstrafe einen Theil der Strafe in Gelde und den andern Theil in Gefängniß anzusetzen.

§. 20.

Wenn die Mittel des Verurtheilten nicht ausreichen, alle ihm auferlegten Zahlungen zu leisten, so sollen die beigetriebenen Gelder zunächst zur Deckung der etwaigen Pfandgebühr, sodann des Schadenersatzes, hierauf der Untersuchungskosten und endlich der Geldbuße verwendet werden.

§. 21.

Insofern nicht ein Anderes ausdrücklich bestimmt worden ist, fließen alle von den Herzogl. Kreisgerichten erkannten Polizei-Strafgelder in die Staatscasse, die von den Amts- und Stadtgerichten des Landes erkannten aber in die Stadt- und Amts-Armencassen.

Freiwillig erlegte Strafgelder fließen in diejenige Casse, welcher sie zugekommen sein würden, wenn sie von dem der Summe nach competenten Gerichte erkannt worden wären.

In der Stadt Braunschweig bleiben die wegen der Polizei-Strafgelder bestehenden Verhältnisse bis zu einer etwaigen anderweiten, im Verordnungswege zu publicirenden, Bestimmung unverändert.

§. 22.

Gefängnißstrafe darf wegen Polizei-Vergehen nicht unter 12 Stunden erkannt werden.

§. 23.

Die Schärfung der Gefängniß-Strafe besteht in der Beschränkung der Kost auf Wasser und Brod ein um den andern Tag. Diese Beschränkung ist nicht über 14 Tage hinaus und überhaupt nur dann zulässig, wenn der Gesundheitszustand und die Körperbeschaffenheit des Angeklagten sie gestattet.

Geschärfte Gefängnißstrafe kann, außer in den durch das Gesetz bestimmten Fällen, da erkannt werden, wo nach der Individualität des Angeeschuldigten einfaches Gefängniß nicht genügend wirksam als Strafe erscheint.

Leidet der Gesundheitszustand oder die Körperbeschaffenheit des Angeeschuldigten die Beschränkung der Kost nicht, so kann der Richter, anstatt der im Gesetze gedroheten geschärfsten Gefängnißstrafe gleich auf einfaches Gefängniß erkennen.

§. 24.

Als Neben=Strafübel treten in den durch das Polizei=Straf=Gesetzbuch ausdrücklich bestimmten Fällen, insofern darauf erkannt ist, ein:

- 1) Confiscation einzelner Sachen oder deren Werthbetrages;
- 2) Stellung unter Polizei=Aufsicht, statt welcher bei Ausländern Landesverweisung eintritt;
- 3) Verlust von Gewerbsrechten;
- 4) öffentliche Bekanntmachung des Straferkenntnisses.

§. 25.

Der für Begehung eines Polizei=Vergehens erhaltene Lohn oder Gewinn, eventuell dessen Werthbetrag, unterliegt stets der Confiscation.

§. 26.

Confiscirte Gegenstände fallen, insofern nicht in diesem Gesetze ein Anderes ausdrücklich verordnet, oder deren Vernichtung nothwendig ist, der Staatscasse zu.

§. 27.

Auf Stellung unter Polizeiaufsicht darf wegen Polizeivergehen nicht unter 6 Monate und nicht über 3 Jahre erkannt werden.

Die Wirkungen der Stellung unter Polizei=Aufsicht beginnen mit der Vollstreckbarkeit des Erkenntnisses, in dessen Folge sie eintritt, die Dauer der Polizei=Aufsicht

wird jedoch erst von dem Tage berechnet, an welchem die gleichzeitig erkannte Gefängnißstrafe vollständig verbüßt worden ist.

Die Landesverweisung und Stellung unter Polizei-Aufsicht ist unter Angabe ihrer Dauer durch die Braunschweigischen Anzeigen bekannt zu machen.

§. 28.

Auf Landesverweisung, auf Stellung unter Polizei-Aufsicht und auf Verlust von Gewerbsrechten dürfen nur die Herzogl. Kretisgerichte erkennen.

Die Neben-Strafßübel der Confiſcation und der öffentlichen Bekanntmachung des Erkenntnisses bleiben ohne Einfluß auf die Zuständigkeit der Gerichte.

§. 29.

In Polizei-Strafsachen soll eine Denuncianten-Gebühr nicht ferner Statt finden.

E. Von der Pfändung.

§. 30.

Eine Pfandgebühr darf nur erhoben werden, wenn in gesetzlich zulässiger Weise Pfandstücke wirklich genommen, oder wenn die Person oder die Sachen des Uebertreters von dem zur Pfändung Berechtigten so betroffen sind, daß die Wegnahme eines Pfandstücks zulässig gewesen sein würde.

Sie fällt dem, den Uebertreter oder dessen Sachen betreffenden, zur Pfändung Berechtigten zu, ist auf Antrag im Erkenntnisse festzustellen und soll betragen, wenn verwirkt ist:

Geldbuße bis zu 1 \mathfrak{R}	2 \mathfrak{M} ,
Geldbuße über 1 bis 5 \mathfrak{R}	4 \mathfrak{M} ,
Geldbuße über 5 bis 10 \mathfrak{R}	8 \mathfrak{M} ,
Geldbuße über 10 \mathfrak{R}	16 \mathfrak{M} .

Sie ist zu verdoppeln, wenn der Schuldige oder dessen Sachen zwischen Sonnen-Untergang und Sonnen-Aufgang betroffen wurden, oder wenn der Betroffene sich der Pfändung widersetzte.

§. 31.

Wenn unbekannte Personen Pfandgegenstände zurückerlassen, so kann der Verkauf der letztern, falls der Frevler sich binnen acht Tagen weder bei dem Pfändenden, noch bei der Ortspolizeibehörde meldet, noch ihnen sonst bekannt wird, auf Antrag des öffentlichen Anklägers durch das betreffende Stadt- oder Amtsgericht verfügt werden, und der Erlös ist, nach Abzug der Auktionskosten, in das gerichtliche Depositum zu nehmen. Das Gericht ist jedoch befugt, einen frühern, selbst einen Privatverkauf zu veranlassen, falls die Gegenstände sofort verderblich sind, oder längere Aufbewahrung zu unverhältnismäßigen Nachtheilen führen würde.

Das Gericht hat die erfolgte Deposition durch Anschlag vor der Gerichtsstelle bekannt zu machen, und in dieser Bekanntmachung den bisherigen Eigenthümer oder Inhaber der Pfandgegenstände aufzufordern, seine Ansprüche auf Erstattung des Erlöses, nach Vorabzug der Kosten, binnen dreimonatiger Frist bei Verlust derselben anzumelden.

Unterbleibt die Meldung, so ist der Erlös der Pfandgegenstände, nach Vorabzug der von dem Gerichte sofort provisorisch festzusetzenden Fütterungs-, Aufbewahrungs- und Untersuchungskosten, der Pfandgebühr und des Schadenersatzes, als Strafbetrag anzusehen und zu verwenden. Meldet sich der Angeschuldigte innerhalb der gestellten Frist, so ist das Anklageverfahren einzuleiten.

F. Bedingungen der Strafbarkeit.

§. 32.

Nur in den vom Gesetze ausdrücklich vorgeschriebenen Fällen oder wenn die Eigenthümlichkeit der Uebertretung das Vorhandensein des Vorsatzes oder der Fahrlässigkeit nothwendig voraussetzt, ist die Strafbarkeit der Polizei=vergehen durch rechtswidrigen Vorsatz oder Fahrlässigkeit bedingt.

Die in dem Criminal=Gesetzbuche §. 30 bis 34 wegen der Zurechnung enthaltenen Vorschriften finden auch auf Polizei=Vergehen Anwendung.

§. 33.

Haben Kinder unter 14 Jahren ein Polizei=Vergehen begangen, so finden folgende polizeiliche Maßregeln Anwendung:

- 1) Verweis,
- 2) Körperliche Züchtigung,
- 3) Einsperrung bis zu 4 Wochen,
- 4) Unterbringung bei fremden und zuverlässigen Erziehern,
- 5) Aufnahme in die Besserungs=Anstalt für jugendliche Corrigenden.

Die sub 4 und 5 gedachten polizeilichen Maßregeln sind nur zulässig in denjenigen Fällen, in welchen bei Erwachsenen Stellung unter polizeiliche Aufsicht zu verfügen sein würde.

Die Herzogl. Amts= und Stadtgerichte sind auf die Verfügung der drei erstgenannten Polizei=Maßregeln beschränkt, den Herzoglichen Kreisgerichten steht die Wahl unter allen, mit den zu 4 und 5 gegebenen Beschränkungen nach ihrem Ermessen zu.

Wenn jedoch wegen des betreffenden Polizei=Vergehens nach dem Gesetze eine Geldbuße zu erkennen sein

würde, so ist diese zunächst im Erkenntniſſe feſtzuſtellen und nur, wenn ſolche weder freiwillig erlegt, noch von dem nach §. 36 etwa dafür Verhafteten beigeſrieben wird, zur Vollziehung der eventuell im Erkenntniſſe zu beſtimmenden polizeilichen Maßregeln zu ſchreiten.

Gefeß vom 10. Juli 1840 *N* 30 und vom 3. Juli 1851 *N* 25.

G. Verſuch und Vorbereitung bei Polizei= Vergehen.

§. 34.

Der Verſuch und die Vorbereitung eines Polizei= vergehens ſind ſtraffrei.

Iſt jedoch in der Verſuchs= oder Vorbereitungs= handlung ein ſelbſtſtändiges Polizei= Vergehen enthalten, ſo muß auf die dem letztern angedrohte Strafe erkannt werden.

II. Von den Miſſchuldigen und Mitverhafteten.

§. 35.

Die Strafe der vertragsmäßigen ungleichen Theilnahme, der Beihülfe und der Begünſtigung iſt nach Verhältniß der auf das Vergehen geſetzten Strafe, jedoch in geringerem Maße, zu beſtimmen und iſt der Richter ermächtigt, dabei bis auf ein Dritttheil der für den Urheber geſetzlich feſtgeſtellten Strafe hinabzugehen.

Wird durch Theilnahme, Beihülfe oder Begünſtigung ein ſelbſtſtändiges Polizei= Vergehen begangen, welches mit einer härtern, als der eben gedachten Strafe bedrohet worden iſt, ſo findet die härtere Strafe Anwendung.

§. 36.

Bei Polizei= Vergehen haften alsdann, wenn ein ſolches in ihrem Intereſſe oder zu ihrem Vortheile ausge=

führt wird, vorbehältlich des Rückgriffes, für die von dem Schuldigen verwirkten Zahlungen an Pfandgebühr, Kosten und Geldbuße:

- 1) Ehemänner bei Uebertretungen ihrer bei ihnen wohnenden Frauen,
- 2) Eltern, Vormünder und Pflegeältern bei Uebertretungen der bei ihnen wohnenden Kinder, Mündel und Pflegekinder,
- 3) Dienstherrschaften bei Uebertretungen ihres Gesindes,
- 4) Dienst- und Lehrherren, Unternehmer, Arbeitgeber und Geschäftsherren bei Uebertretung der unter ihrer Aufsicht stehenden Gesellen, Lehrlinge, Arbeiter und Untergebenen.

Die Anklage ist in solchen Fällen gegen die genannten Personen mit zu richten und das Erkenntniß auf sie bezüglich ihrer Haftverbindlichkeit mit zu erstrecken.

1. Gründe der Strafzumessung und Strafherabsetzung.

§. 37.

Der Rückfall bildet, vorbehältlich der für einzelne Polizei-Vergehen getroffenen abweichenden Bestimmungen, nur einen Grund für höhere Zumessung der Strafe innerhalb des gesetzlichen Maßes.

Die Rückfallsstrafen treten auch in dem Falle ein, wenn die auf die frühere Uebertretung gesetzte Geldbuße freiwillig erlegt worden ist.

§. 38.

Ist seit Beendigung der Strafvollziehung die im §. 45 bezeichnete Verjährungsfrist abgelaufen, so hört der Rückfall auf, die im Gesetze für den Rückfall speciell angedrohte höhere Strafe zu begründen.

§. 39.

Wenn der Uebertreter zur Zeit des begangenen Polizeivergehens das 18. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt, oder sich im Zustande geminderter, aber nicht völlig aufgehobener Zurechnungsfähigkeit befunden hat, wenn Ehefrauen durch ihre Ehemänner, noch unversorgte Kinder durch ihre Eltern, Mündel durch ihre Vormünder, Pflegekinder durch ihre Pflegeeltern, Dienstboten, Gesellen, Lehrlinge, Arbeiter und sonstige Untergebene durch ihre Dienstherrschaft, Meister, Arbeitgeber und Dienstvorgesetzte zur Verübung eines Polizeivergehens verleitet sind, wenn Anstifter, vertragsmäßige Teilnehmer oder Gehülfen vor der Ausführung des Polizeivergehens, ohne die (nach §. 51 des Crimin.-Gesetzb.) ihre Strafbarkeit gänzlich ausschließende Anzeige bei der Obrigkeit, zurücktreten, das Polizeivergehen aber von den Genossen in Folge der Anstiftung, Uebereinkunft oder Beihülfe dennoch ausgeführt ist, oder wenn so erhebliche Strafmilderungsgründe vorliegen, daß selbst die geringste, auf die betreffende Uebertretung gesetzte, Strafe mit deren Strafwürdigkeit nicht im richtigen Verhältnisse steht, so sind die Gerichte ermächtigt, nicht nur auf den geringsten gesetzlichen Betrag der angedrohten Strafart herabzugehen, sondern auch, statt Gefängniß, auf Geldbuße von deren geringstem Betrage an, und statt Geldbuße auf Verweis zu erkennen.

§. 40.

Neben den im Titel 7 des Criminal-Gesetzbuchs bezeichneten Gründen der Strafzumessung ist bei Feststellung des Maases einer zu verhängenden Geldbuße auf die Vermögens- und Erwerbsverhältnisse des zu Bestrafenden Rücksicht zu nehmen.

§. 41.

Das Maasß einer eventuell eintretenden Gefängniß-

strafe (§. 14) ist selbstständig, lediglich nach der Schwere des Falls, zu bestimmen.

Es ist hiebei jedoch in dem Verhältnisse zu verfahren, daß die Zahl der Gefängnistage die zunächst bei der Geldstrafe festgesetzte Thalerzahl nicht übersteigt und daß sie unter den fünften Theil der festgesetzten Thalerzahl nicht hinabsinkt.

Falls die ausgesprochene ganze Geldstrafe einen Thaler nicht erreicht, soll eventuell auf einen halben Tag (12 stündiges) Gefängniß erkannt werden.

Die einen Thaler überschießenden Beträge sollen nicht berücksichtigt werden, wenn sie 12 *M* nicht erreichen; größere Ueberschußbeträge können nach richterlichem Ermessen für einen halben oder einen ganzen Gefängnistag berechnet werden.

K. Tilgung der Strafbarkeit.

§. 42.

Bei Polizeivergehen, welche nur auf Anzeige oder mit Zustimmung eines Dritten verfolgt werden dürfen, erlischt die Strafbarkeit, wenn die Anzeige vor Behändigung der vorläufigen Verurtheilung (Strafproceß-Ordnung §. 74) oder der Ladung zum öffentlichen Gerichtstage (Strafproceß-Ordnung §§. 75 und 85) zurückgenommen wird.

Die Rücknahme kann nur hinsichtlich aller Mitschuldigen geschehen.

§. 43.

Bei den vorbeschriebenen Polizeivergehen erlischt das Recht der Anzeige durch den Ablauf von vier Wochen, nachdem das Vergehen zur Kenntniß des zur Anzeige Berechtigten gekommen ist, falls nicht für einzelne Vergehen durch das Gesetz noch kürzere Fristen bestimmt worden sind.

§. 44.

Die gerichtliche Verfolgung eines Polizeivergehens durch Erhebung der öffentlichen Anklage ist nicht mehr zulässig nach dem Ablaufe eines Jahres vom Augenblicke der Uebertretung angerechnet.

§. 45.

Alle wegen Polizeivergehen erkannten Strafen verjähren, wenn sie nicht mehr als 10 \mathfrak{R} Geld oder 14 Tage Gefängniß betragen, binnen einem Jahre und wenn sie darüber hinausgehen, binnen drei Jahren.

II. Titel.

Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung.

A. Störung der öffentlichen Ruhe.

§. 46.

Wer vorsätzlich durch falschen Nothruf oder falsche Nothsignale, durch Mißbrauch der Glocken (Sturmläuten), Trommeln oder anderer Lärm erregender Werkzeuge, durch Partei- oder Losungszeichen, oder durch erdichtete Ausstreunungen: Besorgnisse von Gefahren, Noth- oder Unglücksfällen unter den Einwohnern eines Orts verbreitet oder zu verbreiten sucht, Zusammenlauf veranlaßt oder zu veranlassen sucht, die Obrigkeit oder die bewaffnete Macht in Bewegung bringt oder zu bringen sucht;

insofern dadurch gegen die Bestimmungen des Criminal-Gesetzbuchs nicht verstoßen ist:

Geldbuße von 10 bis 50 \mathfrak{R} oder Gefängniß von 14 Tagen bis 6 Wochen.

§. 47.

Wer

1) ungebührlich die nächtliche Ruhe,

- 2) oder durch groben Unfug öffentliche Vergnügungen, Aufführungen oder Festlichkeiten, wenn auch in geschlossenen Räumen,
- 3) oder durch Uergerniß erregendes öffentliches Lärmen und Toben, oder durch sonstigen öffentlichen groben Unfug die Einwohner zur Tageszeit in ihren Geschäften, Vergnügungen oder der Sonntagsfeier stört:
Geldbuße bis 10 \mathfrak{R} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen.

§. 48.

- 1) Wer im Innern der Ortschaften oder in unmittelbarer Nähe bewohnter Gebäude Kanonenschläge abbrennt:

Geldbuße von 3 bis 30 \mathfrak{R} , oder Gefängniß von 3 Tagen bis zu 4 Wochen;

- 2) wer ohne polizeiliche Erlaubniß im Innern der Ortschaften oder auf belebten öffentlichen Wegen mit Feuergewehr schießt:

Geldbuße von 1 bis 25 \mathfrak{R} , oder Gefängniß von 1 Tage bis zu 3 Wochen;

wobei, wenn das Schießen im Innern einer Wohnung geschah, der Inhaber derselben, mit Vorbehalt seines Rückgriffes auf den Thäter, für Geldbuße und Kosten haftet. (cf. §. 246.)

§. 49.

Die in den §§. 47 und 48 angedrohten Strafen sind mit Strenge zuzumessen, wenn die Uebertretung in verabredeter Vereinigung Mehrerer geschah, oder ungeachtet polizeilicher Verwarnung fortgesetzt, oder durch dieselbe Gefahr für Personen oder Eigenthum herbeigeführt ward.

§. 50.

Wer

- 1) auf den Straßen oder Plätzen eines Orts Fackel-

züge, Maskenzüge oder sonstige mit Musik verbundene Aufzüge ohne ortspolizeiliche,

- 2) Scheibenschießen in öffentlichen oder größern Privatgesellschaften, welche nicht zu den anerkannten ständigen Schützengesellschaften gehören, ohne landspolizeiliche Erlaubniß veranstaltet oder die ihm bei Ertheilung der polizeilichen Erlaubniß gemachten Beschränkungen übertritt:

Geldbuße von 1 bis 10 ₰.

- 3) Wer, mit der Nichteinholung oder Verjagung der polizeilichen Erlaubniß oder deren Ueberschreitung bekannt, an solchen Lustbarkeiten Theil nimmt:

Geldbuße bis zu 5 ₰.

B. Feiertagsordnung.

§. 51.

Verboten sind an Sonn- und Festtagen als untraglich mit einer würdigen Feier derselben:

I. folgende Beschäftigungen:

- 1) während des ganzen Tages an den Sonntagen, den beiden Oster-, Pfingst- und Weihnachtstagen, am Neujahr-, Himmelfahrt-, Buß- und Charfreitage, sowie bis nach beendigtem Vormittags-Gottesdienste am Gründonnerstage und am Hagelfeiertage, wo dieser kirchlich gefeiert wird:

- a. alle Arbeiten im Freien, sowohl auf dem Felde, im Holze und in nicht befriedigten Gärten, als auf den Wegen, Straßen, Plätzen und Eisenbahnen, mit Ausnahme jedoch der Ernte-Arbeiten bei schädlicher oder sehr ungünstiger Witterung, sowie des Mähens und Einholens des Grünfutters für das Vieh außer der Zeit des Gottesdienstes;

der im Freien stattfindende Betrieb von Handwerken und Gewerben, insbesondere auch alles öffentliche Aufkaufen und Feilbieten, das Hausiren, sowie das Umhertragen unbestellter Waaren zum Verkaufe;

das Fahren mit Brennholz, Torf, Feldfrüchten, Heu und Stroh und dergleichen nach den Städten;

- b. der Betrieb aller Handwerke und Gewerbe in fremden Localen;
 - c. die Abhaltung öffentlicher Verdingungen, Käufe, Auctionen und Verpachtungen;
 - d. alle mit Geräusch und Störung der äußern Ruhe verbundenen Arbeiten und sonstige Verrichtungen in Gebäuden, Höfen und befriedigten Gärten, insbesondere das Einschlagen und der Betrieb aller nicht zu den Mahlmühlen gehörenden Mühlen;
- 2) während des Gottesdienstes an den Sonn- und Festtagen:
- a. das Oeffnen der Kram- und andern Läden, der Buden und Fleischscharrn, der Leihbibliotheken, Wirthshäuser, Conditoreien, Wein-, Bier-, Brantwein- und Kaffeeschenken, der Krüge und Herbergen, sowie das Ausschänken von Getränken in denselben, wobei jedoch die Aufnahme Reisender und Kranker, wie auch deren Bewirthung, gestattet ist;
 - b. der Betrieb aller Handwerke und Gewerbe mittelst Gehülften, Lehrlingen und dergleichen in Gebäuden, Höfen und befriedigten Gärten, selbst wenn dadurch Geräusch und Störung der äußern Ruhe nicht bewirkt wird;
 - c. das Austreiben des Viehes;

- d. die Zusammenkünfte der Gilden, der öffentlichen und Gemeindebehörden, Nothfälle ausgenommen;
- e. das Ablohnen der Tagelöhner und Handwerker;

II. folgende Lustbarkeiten

- 1) bis nach beendigtem Nachmittags-Gottesdienste und jedenfalls bis 3 Uhr Nachmittags an den Sonntagen, den beiden Oster-, Pfingst- und Weihnachtstagen, am Neujahrs-, Himmelfahrts-, Buß- und Charfreitage; desgleichen bis nach beendigtem Vormittags-Gottesdienste am Gründonnerstage und Hagel-feiertage.
 - a. überhaupt alle öffentlichen Spiele und geräuschvolle öffentliche Lustbarkeiten; insonderheit das Fischen, Scheibenschießen, Vergnügungs-Schlittenfahrten, Kegelschieben, Tanzlustbarkeiten;
 - b. die öffentlichen Auf- und Umzüge der Kunstreiter, Seiltänzer, Thierführer, Puppenspieler etc.
- 2) unbedingt während der ganzen Charwoche, an dem ganzen ersten Tage der drei hohen Jahresfeste, am Himmelfahrts- und Bußtage, sowie an dem Vorabend dieser Tage und der Sonntage von 10 Uhr Abends an, jedoch mit Ausnahme des Sylvestertages;
 - a. alle geräuschvolle öffentliche Lustbarkeiten, ausschließlich der Schauspiel-Vorstellungen, und alle Tanzgelage in öffentlichen Localen und nicht geschlossenen Gesellschaften;
 - b. in der Charwoche: alle öffentliche Musik, mit Ausnahme der Oratorien und geistlichen Concerte;
 - c. am Charfreitage und Bußtage auch alle Schauspielvorstellungen:

bei Geldbuße bis 10 \mathfrak{g} .

Alle Strafen, welche wegen solcher Polizeivergehen zu erkennen sind, durch welche eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung herbeigeführt wurde, sind alsdann mit größerer Strenge zuzumessen, wenn die Uebertretung an einem Sonn- oder Festtage und insbesondere zur Zeit des öffentlichen Gottesdienstes begangen ist.

Die Ortspolizeibehörden sind ermächtigt, einzelnen Personen in Nothfällen — jedoch in der Regel mit Ausnahme der Zeit während des öffentlichen Gottesdienstes — von dem Verbote des Betriebes landwirthschaftlicher und gewerblicher Arbeit; die Landespolizeibehörden dagegen unter ganz besondern Umständen von den übrigen Verböten im Einzelfalle Dispensation zu ertheilen.

Die Dispensation ist, insofern solche nicht bloß die Zulassung von landwirthschaftlicher oder gewerblicher Arbeit betrifft, schriftlich auszufertigen.

Der Dispensationschein ist von dem Dispensirten auf Verlangen den controlirenden Polizeiofficianten sofort vorzuzeigen

bei Geldbuße von 6 M.

Unter dem Verbote sind nicht mit begriffen: Werke der Noth und der christlichen Liebe, imgleichen solche Geschäfte, welche durch das tägliche Bedürfniß des Publicums erforderlich werden z. B. die der Miethskutscher, des Barbierens, Frisirens und ähnliche; auch Arbeiten, welche, wie die in den Schmelzhütten, an den Kohlenmeilern, in den Brauntweimbrennereien u. s. w., sowie beauftragt des Transports der Reisenden und Frachtgüter, auch beim Eisenbahn- und Postverkehre ohne großen Nachtheil keine Unterbrechung zulassen.

Die nach localen Verhältnissen etwa erforderliche Beschränkung der obigen Bestimmungen bezüglich des Meß- und Marktverkehrs, sowie des gewöhnlichen Ver-

Lehrs während des Nachmittags - Gottesdienstes und endlich die etwa noch weiteren nöthigen Bestimmungen darüber, welche Geschäfte und mit welcher Ausdehnung zu den nicht verbotenen zu rechnen sind, ist der Anordnung des Herzogl. Staats-Ministeriums vorbehalten.

C. Ungebühr in Bezug auf den öffentlichen Dienst.

§. 52.

Wer gegen öffentliche Beamte und Feuerlösch-Commissaire, sowie gegen Prediger und Lehrer während der Ausübung des Dienstes, oder in Beziehung auf Dienstverhältnisse sich ungebührlich beträgt, oder vor öffentlichen Beamten bei Ausübung ihres Amtes sich widerspenstig benimmt, oder dieselben durch Ungebühr in ihren Dienstverrichtungen stört;

wer sich beim Gottesdienste oder bei gottesdienstlichen oder kirchlichen Verrichtungen ungebührlich beträgt;

wer auf unbefugte und ungebührliche Weise den öffentlichen Unterricht oder die dem Lehrer zustehende Schulzucht stört;

wer die öffentlichen Sitzungen der Gerichte, der Landesversammlung, des Gewerberaths, der Militair-Aushebungs-Commissionen, der Kreiscommissionen, der Amtsräthe und Gemeindevertreter durch Ungebühr stört, oder ungeachtet der Aufforderung des Vorsitzenden das Sitzungszimmer nicht sofort verläßt;

insofern nicht gegen die Strafbestimmungen des Criminal-Gesetzbuchs (§§. 106, 107, 104, 116 cc.) verstoßen ist:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{R} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen

Die Anklage wegen dieser Vergehen findet, insofern dadurch kein öffentliches Uergerniß gegeben worden, nur

Statt auf Antrag oder mit Zustimmung des oder der dadurch Betroffenen, oder der denselben vorgesetzten Dienstbehörde.

§. 53.

Wenn mehr als 3 Personen Gesuche oder Beschwerden bei den Behörden, Beamten oder Vorgesetzten ohne deren Erlaubniß gemeinsam persönlich anbringen oder überreichen (Gesetz vom 23. Februar 1837 Nr. 8 §. 8.):

Geldbuße bis 10 \mathfrak{R} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen für jeden Theilnehmer.

§. 54.

Wer unbefugt eine als Zeichen öffentlichen Dienstes verliehene Uniform, eine Amtskleidung, ein Amtszeichen, einen Orden oder ein Ehrenzeichen öffentlich trägt;

insofern §. 111 des Criminal-Gesetz-Buches keine Anwendung findet:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{R} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen, neben Confiscation der getragenen Abzeichen.

§. 55.

Wer im Vorbeigehen an einer Schildwache oder in deren Nähe Taback aus Pfeifen oder Cigarren raucht:

Geldbuße von 12 \mathfrak{R} bis zu 3 \mathfrak{R} , neben Confiscation der Pfeife.

§. 56.

Wer ohne Erlaubniß der Aufsichtsbeamten mit Gefangenen in Verkehr tritt oder denselben etwas zubringt:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{R} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen.

D. Vernachlässigung öffentlicher Verpflichtungen.

§. 57.

Diejenigen von den Staats- oder Gemeindebehörden bestellten Nachtwächter oder Wachen, welche ihren Dienst verabsäumen:

Geldbuße bis zu 5 \mathfrak{R} .

§. 58.

Wer zur Leistung von Hoheitsdiensten (Landfolge, Kriegsführen ic.), von Gemeindediensten (revidirte Städteordnung §. 148, Landgemeinde-Ordnung §. 91) oder sonstigen Reihediensten verpflichtet, auf gehörige Bestellung ohne genügende Entschuldigung ausbleibt, oder zu spät erscheint, oder ohne Erlaubniß zu früh sich entfernt, auf Antrag des Berechtigten:

Geldbuße von 12 \mathfrak{R} für jede Person und von 1 \mathfrak{R} für jedes zu stellende Zugthier.

Die Befugniß der Polizeibehörden, ihren Anordnungen bezüglich solcher Dienstleistungen durch Androhung von Zwangsmitteln den erforderlichen Nachdruck zu geben, wird durch vorstehende Strafbestimmung nicht ausgeschlossen, auch sind daneben, insofern Nachleistung nicht zugelassen wird, die versäumten Dienstarbeiten durch die anfordernde Behörde für den Säumigen beschaffen zu lassen, und die dadurch entstandenen Kosten von Letzterem einzuziehen.

§. 59.

Wer sich weigert, die ihm auferlegte Einquartierung aufzunehmen, oder derselben nicht die vorschriftsmäßige Verpflegung angedeihen läßt:

Geldbuße von 1 bis 5 \mathfrak{R} , außerdem Erstattung der durch anderweite Unterbringung der Einquartierung veranlaßten Kosten.

§. 60.

Wer bei Unglücksfällen oder einer gemeinen Gefahr oder Noth, von der Polizei- oder Gemeindebehörde oder deren Stellvertreter zur Hülfe aufgefordert, keine Hülfe leistet, obgleich er der Aufforderung ohne erhebliche Gefahr genügen konnte:

Geldbuße bis zu 50 \mathfrak{f} .

§. 61.

Jede erwachsene Mannsperson, welche ohne genügenden Grund verweigert, den richterlichen Behörden, den Beamten der gerichtlichen Polizei, den Unterbeamten der Gerichte und der Polizeibehörden, dem Polizei-Militair und eintretenden Falls der bewaffneten Macht auf deren Aufforderung bei Ausübung ihrer Dienstobliegenheiten alsdann Beistand zu leisten, wenn es sich um die Ergreifung oder Verfolgung von Verbrechern auf frischer That handelt, oder Gefahr im Verzuge ist, insofern nicht die gerichtliche Verfolgung von Angehörigen im Sinne des Criminal-Gesetz-Buchs §. 73 in Rede steht:

Geldbuße bis zu 50 \mathfrak{f} .

Bei Zumessung der Strafe ist vorzugsweise die Wichtigkeit des Falles und die höhere oder niedere dienstliche Stellung des auffordernden Beamten zu berücksichtigen.

§. 62.

Ärzte, Wundärzte und Hebammen, welche von den in ihrer Praxis, Todtenfrauen, welche von den bei Ausübung ihres Geschäfts, Familienhäupter, welche von den in ihrer Familie vorkommenden plötzlichen Erkrankungs- oder Todesfällen, die dem Verdachte eines begangenen schweren Verbrechens Raum lassen, nicht binnen 12 Stunden, nachdem sie Kenntniß davon erlangt, dem Ortspolizeibeamten oder einem sonstigen Beamten der gerichtlichen Polizei Anzeige machen;

desgleichen wer, ungeachtet des Verdachts, daß der

Tod einer Person durch ein schweres Verbrechen herbeigeführt worden, vor specieller Erlaubniß der Polizei- oder Gerichts-Behörde zur Beerdigung schreitet, oder solche auf dem unter seiner Aufsicht stehenden Friedhofe gestattet:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{f} .

§. 63.

- 1) Wer einen in dringender Lebensgefahr Befindlichen in hilflosem Zustande antrifft und ihm diejenige unmittelbare Hülfe nicht zu Theil werden läßt, welche er ihm ohne eigene Gefährdung leisten kann;
- 2) wer zu Rettungsversuchen Verunglückter die ihm zu Gebote stehenden Mittel, als: Obdach, Feuerung, Lagerstatt u., auf Anfordern eines Medizinal-, Gerichts- oder Polizeibeamten herzugeben sich weigert:

Geldbuße bis 50 \mathfrak{f} .

§. 64.

Wer einen Todten, oder aber einen Scheintodten, Schwerverwundeten, Schwerkranken, oder ein neugeborenes Kind in verlassenem oder hilflosem Zustande findet und nicht sofort der nächsten Ortspolizeibehörde oder den ihm bekannten nächsten Angehörigen des Gefundenen Anzeige macht:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{f} .

Die im §. 63 ausgesprochene Verpflichtung zur sofortigen Hülfeleistung wird durch eine solche Anzeige nicht aufgehoben.

E. Vergehen in Ansehung des Personenstandes.

§. 65.

Wer ohne Genehmigung der Landesregierung sich

einen fremden Geschlechtsnamen beilegt oder den seinigen ändert;

Eltern, Pflegeeltern oder Vormünder, welche ihren Kindern, Pflegekindern oder Mündeln ohne jene Genehmigung einen fremden Geschlechtsnamen beilegen oder den ihnen zukommenden ändern;

uneheliche, nicht legitimirte Kinder, welche, auch wenn sie vom Vater anerkannt sind, einen andern Geburtsnamen als den ihrer Mutter führen:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{f} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen.

§. 66.

Derjenige Prediger, Rabbiner oder Richter, welcher vor Verbringung des gesetzlich erforderlichen Trauscheins oder landesfürstlichen Consenses (Gesetz vom 22. Januar 1852 N. 7) mit Aufgebot oder Trauung eines Landeseinwohners;

oder aber mit dem Aufgebote oder der Trauung eines Ausländers verfährt, ohne daß die nach Vorschrift des Herzogl. Staats-Ministeriums (Circular-Rescript vom 5. Februar 1852 N. 12) erforderlichen Bescheinigungen beigebracht worden sind,

insofern nicht ein mit härterer Strafe zu ahnendes Dienstvergehen vorliegt:

Geldbuße von 20 \mathfrak{f} .

§. 67.

Wer ohne genügende Entschuldigung den nachstehenden Vorschriften über die Anmeldungen bezüglich des Personenstandes entweder überhaupt nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt, oder aber dabei wissentlich unwahre Angaben macht:

- 1) zur Anmeldung jedes Geburtsfalles, das Kind mag lebend oder todt geboren sein, ist bei ehelichen Kindern der Vater, außerdem bei ehelichen

und unehelichen Kindern die bei der Geburt zugezogene Hebamme und der Geburtshelfer, bei den unehelichen Kindern auch Derjenige verpflichtet, welcher der Mutter bei oder unmittelbar nach der Geburt häusliches Unterkommen gewährt;

- 2) Todesfälle sind von dem Familienvater, dem Vormunde oder Curator, dem Dienst- oder Lehrherrn, dem volljährigen Sohne und in deren Ermangelung oder Behinderung von dem im Sterbehause wohnenden Hauswirth, außerdem von der zugezogenen Todtenfrau, anzumelden;
- 3) ereignen sich Geburts- oder Sterbefälle in öffentlichen Anstalten, so liegt deren Vorsteher die Anzeige ob;
- 4) die Anmeldung muß in den Fällen unter Nris. 1 bis 3 binnen 24 Stunden nach der Geburt oder dem Tode erfolgen; die Verpflichtung zu solcher erstlicht für alle oben genannte Personen, sobald derselben von einer rechtzeitig genügt worden ist;
- 5) die Anmeldung hat zu geschehen bezüglich der Angehörigen der vom Staate anerkannten christlichen Religionsgesellschaften: bei deren Ortskirchenbuchführer;

und in Ansehung der Katholiken und Reformirten, insofern in dem betreffenden Orte eine Kirche ihrer Confession nicht vorhanden ist, sowie bezüglich der Angehörigen der vom Staate nicht anerkannten christlichen Secten: bei dem Kirchenbuchsführer derjenigen evangelisch-lutherischen Parochie, in deren Bezirke der Fall sich ereignet;

bezüglich der Juden: bei dem Rabbiner und in dessen Ermangelung bei dem Vorsteher der betreffenden jüdischen Gemeinde; rücksichtlich derjenigen Juden aber, welche sich keiner inländischen jü-

dischen Gemeinde angeschlossen haben: bei dem Vorsteher derjenigen Stadt- oder Landgemeinde, in deren Bezirke sich der Fall ereignet, welcher die geschehene Anmeldung sofort an die vorgesetzte Herzogliche Kreisdirection abzugeben hat;

und bezüglich der Sterbefälle der in einer Mischehe zwischen Christen und Juden lebenden Personen, sowie bezüglich der Geburts- und Sterbefälle der aus einer solchen Ehe entspringenden Kinder: bei dem Herzogl. Amts- oder Stadtgerichte des Wohnsitzes des Ehemannes resp. Vaters;

- 6) ist vor der Geburt eines Kindes aus solcher Mischehe eine Bestimmung darüber, welcher Religion dasselbe angehören solle, nicht getroffen und gerichtliche Anzeige darüber nicht gemacht, so hat nach der Geburt eines solchen Kindes, dessen Leben vorausgesetzt, der Vater binnen 24 Stunden, oder wenn der Vater nicht lebt, die Mutter binnen 8 Tagen bei dem Herzogl. Amts- oder Stadtgerichte des Wohnsitzes des Vaters die Erklärung darüber, welcher Religion das Kind angehören soll, abzugeben;

insofern gegen die Vorschriften des Criminal-Gesetzbuches §. 181 nicht verstoßen ist:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{z} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen.

Wird ein neugeborenes Kind oder eine Leiche gefunden, so hat die Behörde, welcher die Untersuchung des Falls obliegt, die nach dem Vorstehenden erforderliche Anzeige binnen 48 Stunden nach Feststellung des Thatbestandes zu machen.

F. Aufnahme und Anmeldung Fremder und Einheimischer.

§. 68.

Wer gerichtlich oder polizeilich verfolgte, ausgewiesene oder verdächtige Personen, insbesondere auch Dienst- und Arbeitsuchende, welche mit Legitimationspapieren nicht versehen sind, Hausirer und solche Personen, welche ihr Gewerbe im Umherziehen betreiben, als: Seiltänzer, Orgel- und Marionettenspieler, Siebbinder, Kesselflicker, Topfbinder, Scherenschleifer, umherziehende Schauspieler und Musikanten, Personen, welche mit wilden oder abgerichteten Thieren umherziehen u. s. w. über Nacht in seiner Wohnung aufnimmt, ohne davon sogleich nach deren Aufnahme, oder, wenn diese zur Nachtzeit stattfindet, am andern Morgen, unter genauer Angabe der Zahl und Namen der Aufgenommenen, der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{R} .

Die Bestimmungen des Criminal-Gesetzbuchs §. 47 und des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 4. April 1837, über den unbefugten Betrieb der Gastwirthschaft werden dadurch nicht aufgehoben.

§. 69.

Derjenige Hauswirth, welcher eine in der Gemeinde nicht wohnberechtigte Person auf längere Zeit als 14 Tage bei sich aufnimmt und solches innerhalb der ersten 14 Tage nach geschehener Aufnahme der Orts-Obrigkeit nicht meldet, auf Antrag der Letzteren:

Geldbuße von 1 bis 5 \mathfrak{R} und bleibt der Uebertreter der Gemeinde für die Erhaltung des Aufgenommenen verantwortlich, wenn dessen Rückkehr nach seinem frühern Wohnorte Schwierigkeiten finden würde.

Die über die Verpflichtung zur Anmeldung von Fremden bestehenden localpolizeilichen Vorschriften erleiden hierdurch keine Veränderung.

§. 70.

Diejenigen Gemeindeglieder, welche die Verabredung treffen, einem Wohnberechtigten oder einem Auswärtigen, welchem die Gemeinde- oder Staatsbehörde die Aufnahme zugestanden hat, eine Wohnung nicht vermietthen zu wollen:

Geldbuße von 2 bis 10 z und ist die getroffene Verabredung ungünstig.

§. 71.

Staatsdiener erster und zweiter Classe, von den Besitzern größerer Güter auf Lebenszeit angestellte obere Beamte, falls Letztere einen eigenen Haushalt haben, Militairpersonen vom Officierstrange, Geistliche, Kirchen- und Schuldiener, welche in Folge einer Anstellung, desgleichen Anwälte, Notare, praktische Aerzte, Wundärzte, Zahnärzte, Thierärzte, Apotheker und Hebeammen, welche in Folge der Zulassung zur Praxis in einer Gemeinde sich niederlassen und davon, insofern nicht die Anstellung von der Gemeinde selbst ausging, der Gemeindebehörde in den ersten 4 Wochen nach ihrer Ankunft keine Anzeige machen oder derselben auf Erfordern über ihre Anstellung, beziehentlich Erlaubniß zur Niederlassung die nähere Nachweisung nicht ertheilen,

auf Antrag der Gemeindebehörde:

Geldbuße von 1 z .

11. Obdachlosigkeit, Müßiggang, Bettelei, Landstreicherei, Trunkfälligkeit.

§. 72.

Wer die ihm von der Ortspolizeibehörde gemachte Auflage, sich eine Wohnung zu verschaffen, nicht befolgt

und wegen Obdachlosigkeit polizeilich unterzubringen ist, alsdann, wenn er nicht nachzuweisen vermag, daß er, angewendeter sorgfältiger Bemühung ungeachtet, eine Wohnung nicht habe finden können:

Gefängniß bis zu 14 Tagen, beim Rückfalle:
geschärftes Gefängniß von 14 Tagen bis zu 3
Monaten, daneben Stellung unter Polizei-Aufsicht.

§. 73.

Wer bei vorhandener Arbeitsfähigkeit sich über hinreichende erlaubte Mittel zur Bestreitung seines Lebensunterhalts nicht auszuweisen vermag und sich, nach voraufgegangener Warnung der Ortspolizeibehörde, weder einem Dienste, noch einer fortdauernden Arbeit widmet, auch nicht nachzuweisen vermag, daß er solche, aller angewendeten Bemühungen ungeachtet, zu erhalten nicht im Stande gewesen sei:

Gefängniß bis zu 14 Tagen, beim Rückfalle:
geschärftes Gefängniß von 14 Tagen bis zu 3
Monaten und Stellung unter Polizei-Aufsicht.

§. 74.

Wer aus öffentlichen Armenfonds eine Unterstützung erhält, dessenungeachtet aber sich weigert, die ihm von der zuständigen Behörde angewiesene, seinen Kräften angemessene Arbeit zu verrichten;

vorbehältlich der nach §. 160 der revidirten Städte-Ordnung und §. 105 der Landgemeinde-Ordnung zulässigen Anwendung geeigneter Zwangsmittel:

Gefängniß bis zu 14 Tagen, beim Rückfalle geschärftes Gefängniß von 14 Tagen bis zu 3 Monaten und Stellung unter Polizei-Aufsicht.

§. 75.

Wer ohne ortspolizeiliche Erlaubniß, oder ohne Erlaubniß der Gemeindebehörde, von deren Ertheilung die

Polizeibehörde gleichzeitig in Kenntniß zu setzen ist, unter Ansprechung eines Gesenkts oder einer Gabe zu Neujahr, Fastnacht, Martini oder andern Festtagen umherzieht:

Geldbuße bis zu 1 \mathfrak{R} .

§. 76.

Wer bettelt, oder Kinder zum Betteln ausschickt oder anleitet oder Andern zu diesem Zwecke überläßt, wer Personen, welche seiner Gewalt oder Aufsicht untergeben sind und zu seiner Hausgenossenschaft gehören, vom Betteln abzuhalten unterläßt;

insofern nicht nach den §§. 77 und 78 schwerere Strafe verwirkt ist:

Gefängniß bis zu 8 Tagen, ausnahmsweise Verweis; beim Rückfalle geschärftes Gefängniß von 8 bis 14 Tagen.

Es findet keine Strafe Statt, wenn das Sammeln von Gaben in der Gemeinde den Armen nach bestimmten Anordnungen erlaubt ist und letztere nicht übertreten werden.

§. 77.

Wer mit frecher Ungebühr, wer unter Gebrauch eines falschen Namens, wer nach Sonnenuntergang oder in Wohnungen in Verbindung mit Mehreren, wer unter wahrheitswidriger Vorpiegelung eines Unglücksfalles, einer Krankheit oder eines Gebrechens bettelt:

geschärftes Gefängniß von 8 bis 14 Tagen.

§. 78.

Wer bettelt, nachdem er innerhalb des letzten Jahres auf Grund des §. 76 bereits zwei Male oder des §. 77 bereits ein Mal bestraft worden ist, oder aber wer gewerbmäßig bettelt:

geschärftes Gefängniß von 14 Tagen bis zu 3 Monaten und Stellung unter Polizei-Aufsicht.

§. 79.

Wer von der Ort³- oder Landes-Polizeibehörde angewiesen ist, gewisse Orte oder Bezirke, in welchen ihm das Wohnortsrecht nicht zusteht, überhaupt oder zu bestimmten Zeiten zu meiden und dieser Anweisung zuwider handelt,

auf Antrag der betreffenden Polizeibehörde:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{R} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen, beim Rückfalle: geschärftes Gefängniß von 3 bis 14 Tagen und daneben Stellung unter polizeiliche Aufsicht, oder hinsichtlich der Ausländer, Landesverweisung.

§. 80.

Wer sich von Neuem ohne vorschriftsmäßige Reise-Legitimation betreffen läßt, obwohl er bereits durch die Polizeibehörde wegen Mangels gehöriger Reise-Legitimationspapiere in die Heimath oder über die Landesgrenze zurüickgewiesen ist:

Geldbuße bis zu 5 \mathfrak{R} oder Gefängniß bis zu 5 Tagen; beim Rückfalle: geschärftes Gefängniß von 3 bis 14 Tagen.

§. 81.

Wer ohne genügende Entschuldigung von der ihm zwangsweise angewiesenen Reiseroute abweicht oder die ihm zwangsweise gestellte Reisezeit nicht inne hält:

Gefängniß bis zu 14 Tagen.

§. 82.

Wer außerhalb seines Wohnorts oder ohne einen Wohnort zu haben, geschäfts- und arbeitslos umherzieht, ohne sich darüber ausweisen zu können, daß er die Mittel zu seinem redlichen Unterhalte besitze oder daß ihm solche an einem Orte zu Gebote stehen, bis zu dessen Erreichung seine vorhandenen Mittel ausreichen; insofern nicht §. 83 Anwendung findet:

Gefängniß bis zu 14 Tagen.

§. 83.

Führen die im §. 82 bezeichneten Personen Pässe, Wanderbücher oder sonstige Legitimationspapiere bei sich, die falsch, oder verfälscht, oder für dritte Personen, für welche der Inhaber sich fälschlich ausgiebt, ausgestellt sind,

oder sind sie mit Waffen oder Werkzeugen versehen, welche für die Sicherheit der Person oder des Eigenthums gefährlich sind,

oder ziehen sie mit andern nicht zu ihren Familiengliedern gehörigen Landstreichern in Gemeinschaft umher, oder suchen sie sich durch Verkleidung oder auf sonstige Weise unkenntlich zu machen,

oder sind sie rückfällig:

geschärftes Gefängniß von 14 Tagen bis zu 3 Monaten; eintretenden Falls neben der im §. 131 des Criminal-Gesetzbuchs angedrohten Strafe.

Beim Rückfalle daneben Stellung unter Polizeiaufsicht.

§. 84.

Handwerksgejellen, welche länger als 8 Wochen arbeitslos umhergewandert sind und sich darüber, daß sie in dieser Zeit sich erfolglos um Arbeit bemühet haben, nicht auszuweisen vermögen, sind, den §§. 82 und 83 gemäß, als Landstreicher zu bestrafen.

§. 85.

Wer in trunkenem Zustande Unfug treibt oder öffentliches Aergerniß giebt, kann bis auf 24 Stunden in polizeilichen Gewahrsam genommen werden und verwirkt:

Geldbuße bis 10 fl oder Gefängniß bis zu 14 Tagen; daneben bei wiederholtem Rückfalle Stellung unter Polizeiaufsicht.

§. 86.

Wer sich dem Trunke, dem Spiele, der Viederlichkeit

oder dem Müßiggange hingiebt und in Folge dessen zum Nachtheile von Personen, deren Erhaltung ihm obliegt, oder zur Gefährdung der Gemeinde- und sonstigen öffentlichen Unterstützungs-Anstalten sein Vermögen, oder das Vermögen seiner Ehefrau oder Kinder vergeudet, oder die ihm sonst zu Gebote stehenden Erwerbsquellen vernachlässigt; wenn Warnung der Gemeinde- oder Polizeibehörde fruchtlos geblieben ist:

Gefängniß bis zu 14 Tagen; beim Rückfalle: geschärftes Gefängniß bis zu 3 Monaten und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Gleiche Strafe kann auf Antrag der Eltern oder Vormünder gegen Hauskinder oder Pflegebefohlenen eintreten, wenn diese gegen deren Ermahnung eine müßige und ausschweifende Lebensweise, mit Versäumung der ihnen für ihr künftiges selbstständiges Durchkommen nöthigen Ausbildung, fortsetzen.

§. 87.

Die Ortspolizei-Behörden sind berechtigt, den auf Grund der §§. 85 und 86 gerichtlich unter Polizeiaufsicht gestellten Personen für die Dauer dieser Aufsicht, desgleichen den aus der Landes-Correctionsanstalt entlassenen Personen auf die Dauer von 5 Jahren, vom Zeitpunkte der Entlassung angerechnet, den Besuch der Schenken, Wirths- und überhaupt solcher Häuser, welche ihnen Gelegenheit zur Fortsetzung ihrer dissoluten Lebensweise darbieten, sowie das Verlassen ihrer Wohnung zur Nachtzeit, ingleichen den Wirthen jeder Art die Duldung jener ihnen speciell zu bezeichnenden Personen in ihren Gast-, Schenk- und Bierstuben u., oder doch die Verabreichung von hitzigen Getränken an dieselben schriftlich zu untersagen.

Uebertretungen solcher Verbote durch den unter Polizeiaufsicht Gestellten sind mit

Gefängniß bis zu 8 Tagen;

durch den Wirth mit

Geldbuße bis zu 5 \mathfrak{R}

zu strafen.

§. 88.

Neben den vorbemerkten Strafbestimmungen bleiben die gesetzlichen Vorschriften über Anordnung von Curateleu wegen Verschwendung, sowie darüber bestehen, daß solche Personen, welche der Bettelei, dem Bagabondiren, dem Trunke, dem Müßiggange und anderen Arten der Unsittlichkeit sich in dem Maße ergeben haben, daß sie die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden, in die Besserungs-Anstalt aufzunehmen sind.

Haben Personen, welche wegen solcher Unsittlichkeiten durch Erkenntniß bereits unter Polizeiaufsicht gestellt worden sind, während deren Dauer die unsittliche Lebensweise fortgesetzt, so muß auf desfalligen Antrag des Staatsanwalts gerichtsseitig die Versetzung in die Besserungs-Anstalt ausgesprochen werden; im andern Falle bleibt dem gerichtlichen Ermessen die selbstständige Prüfung und Entscheidung darüber vorbehalten, ob der Angeklagte die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährde und die übrigen gesetzlichen Bedingungen der Versetzung in die Besserungs-Anstalt eingetreten seien.

H. Öffentlicher Anschlag und Ausruf.

§. 89.

Wer Anschlagzettel oder Plakate, welche einen andern Inhalt haben als: Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergnügungen und Festlichkeiten, über gestohlene, verlorene oder gefundene Sachen, über Verkäufe oder an-

dere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr, ohne Erlaubniß der Ortspolizeibehörde öffentlich anschlägt, anheftet oder ausstellt;

wer andere als die vorbezeichneten Ankündigungen, ohne ortspolizeiliche Erlaubniß, durch öffentlichen Ausruf bekannt macht:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{R} , die etwa wegen des strafbaren Inhalts verwirkte sonstige Strafe wird dadurch nicht aufgehoben.

Auf die amtlichen Bekanntmachungen der öffentlichen Behörden sind die vorstehenden Bestimmungen nicht anwendbar.

§. 90.

Wer ohne einen, auf seinen Namen lautenden, Erlaubnißschein der zuständigen Landespolizeibehörde auf öffentlichen Wegen, Plätzen, Straßen oder an anderen öffentlichen Orten Druck- oder andere Schriften oder Bildwerke öffentlich ausruft, verkauft, vertheilt oder verbreitet:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{R} , die etwa verwirkte sonstige Strafe wird dadurch nicht ausgeschlossen.

I. Unerlaubte Sammlungen.

§. 91.

Die Verordnung vom 30. August 1839, \mathfrak{N}° 16, die Beaufsichtigung des Sammelns von Beiträgen zu Unterstützungen und zu andern gemeinschaftlichen Zwecken betreffend, bleibt bestehen.

Wer derselben zuwiderhandelt dadurch, daß er durch öffentliche Blätter oder durch Sammlung in den Häusern zur Leistung von Beiträgen zu Zwecken der Wohlthätigkeit, oder zu andern gemeinschaftlichen Unternehmungen auffordert, nachdem solches durch die Polizeibehörde ver-

boten oder aber die nachgesuchte Genehmigung versagt worden ist:

Geldbuße bis 10 fl , daneben ist das unbefugt Gesammelte für verfallen zu erkennen und der zuständigen Landespolizeibehörde behuf der Verwendung zu wohlthätigen Zwecken zu überweisen. Der Ueberschuss bleibt unbenommen, alsdann, wenn der Zweck der Sammlung ein angemeßener war, das Gesammelte zu diesem zu verwenden.

Die Bestimmung des Criminal-Gesetzbuches §. 226 Nr. 1 B wird dadurch nicht aufgehoben.

K. Unerlaubter Geschäftsbetrieb.

§. 92.

- 1) Wer, durch das Gesetz oder die zuständige Landesverwaltungsbehörde nicht ermächtigt, oder unter Ueberschreitung seiner desfallsigen Befugniß, für Andere gegen Belohnung oder Zusicherung einer solchen an öffentliche oder Gemeindebehörden gerichtete Eingaben fertigt:

Geldbuße bis zu 10 fl , und wenn solches gewerbsmäßig geschah, Geldbuße bis 25 fl ;

- 2) Wer, wenn auch zur Fertigung derartiger Eingaben befugt, dieselben mit seinem Namen nicht unterschreibt, oder den Betrag der empfangenen Belohnung daneben nicht bemerkt:

Geldbuße bis zu 1 fl .

§. 93.

Wer sich unbefugt der Nachweisung und Unterhandlung wegen an- oder auszuleihender Capitalien, oder der Vermittelung der Veräußerung von Grundstücken gegen Belohnung oder Zusicherung einer solchen unterzieht:

Geldbuße von 10 bis 25 fl , beim Rückfalle

oder gewerbsmäßigen Betriebe: Geldbuße von 25 bis 50 \mathfrak{R} , in beiden Fällen neben Confiscation der empfangenen Belohnung oder deren Werths.

§. 94.

Wer gegen Belohnung oder Zusicherung einer solchen unbefugterweise Rechtsangelegenheiten für Andere gewerbsmäßig besorgt:

Geldbuße von 10 bis 25 \mathfrak{R} , beim Rückfalle Geldbuße von 25 bis 50 \mathfrak{R} , in beiden Fällen Confiscation der erhaltenen Belohnung oder deren Werths.

§. 95.

Wer durch das Gesetz oder die zuständige Landespolizeibehörde dazu nicht ermächtigt, für Andere öffentliche Versteigerung von Mobilien oder Immobilien besorgt:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{R} , beim Rückfalle: Geldbuße von 10 bis 25 \mathfrak{R} . Die etwa gegebene Belohnung oder deren Werth wird confiscirt.

§. 96.

Wer ohne Genehmigung des Herzogl. Staats=Ministeriums eine öffentliche Versteigerung von Kaufmanns=waaren oder von neuen Handwerkerwaaren unternimmt, insofern solche nicht im Wege der Execution oder im Auftrage eines Gerichts oder einer öffentlichen Behörde erfolgt; auf Antrag der betreffenden Landespolizei=Behörde oder in der Stadt Braunschweig des Magistrates:

Geldbuße von 1 bis 10 \mathfrak{R} .

§. 97.

Wer ohne Erlaubniß des Herzogl. Staats=Ministeriums oder unter Ueberschreitung der gestellten Bedingungen gewerbsmäßig auf Pfänder leihet:

Geldbuße von 10 bis 50 \mathfrak{R} , beim Rückfalle:

Gefängniß von 14 Tagen bis zu 3 Monaten, vorbehaltlich der etwa nach §§. 231 und 232 des Criminal-Gesetz-Buches verwirkten Strafen.

Die Schließung unbefugter Pfand-Leihanstalten steht der Landespolizeibehörde zu und sind alsdann Diejenigen, welche Pfänder versetzt haben, berechtigt, solche gegen Ersatz der Einlage, ohne Zinsen und Pfandgebühr, zurückzufordern.

§. 98.

Wer von der berechtigten Leihhaus-Behörde über Pfandgegenstände ausgestellte Scheine ankauft, dieselben in Versuch nimmt oder etwas darauf leihet:

Geldbuße bis 5 \mathfrak{f} , neben Verlust des Kaufgeldes oder Pfandschillings und unentgeltlicher Rückgabe des Scheins.

§. 99.

Wer ohne Erlaubniß des Herzogl. Staats-Ministeriums, oder mit Ueberschreitung der von demselben gestellten Bedingungen, eine Versicherungs- oder Renten-Anstalt, eine Aussteuer-, Sterbe-, Wittwen- oder Sparcasse, oder ähnliche Anstalten gründet, oder dazu Theilnehmer sammelt:

Gelobuße von 10 bis 50 \mathfrak{f} .

Unabhängig von der Strafverfolgung steht der Landespolizeibehörde die Schließung solcher Anstalten und Cassen zu und sind alsdann Diejenigen, welche Einlagen gemacht haben, berechtigt, dieselben nebst den gesetzlichen Zinsen von dem Unternehmer zurückzufordern.

III. Titel.

Vergehen gegen öffentliche Treue und Glauben.

A. Unwahrheit vor der Obrigkeit oder öffentlichen Beamten.

§. 100.

Wer vor einer öffentlichen Behörde als Zeuge, Sachverständiger oder Tatarator unbeeidigt und ohne daß die Vorschriften des Criminal-Gesetzbuches §§. 136 bis 140 zutreffen, vernommen:

1) wissentlich die Unwahrheit vorbringt oder wissentlich die Wahrheit unterdrückt und zwar

a. wenn solches da, wo nach §. 77 der Strafproceß-Ordnung eine Vereidigung der Auskunfts-personen gesetzlich nicht erforderlich ist, vor Gericht in einer Untersuchungssache geschehen ist:

Gefängniß von 1 bis 6 Monaten;

b. in andern Fällen:

Gefängniß von 1 bis 6 Wochen;

2) aus Mangel an pflichtmäßiger Besonnenheit, Uebersetzung oder Nachforschung eine falsche Angabe macht:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{R} .

§. 101.

Wer in schriftlichen oder mündlichen Anzeigen an öffentliche Beamte, welche ihrem Inhalte nach die Letzteren zu einem amtlichen Einschreiten zu veranlassen geeignet sind, wissentlich falsche Thatsachen vorbringt:

insofern nicht schärfere Strafe (Criminal-Gesetzbuch §. 144) verwirkt ist.

Geldbuße bis 50 \mathfrak{R} oder Gefängniß bis zu 6 Wochen.

§. 102.

Wer in den Fällen der §§. 100 und 101 die falsche Angabe oder Anzeige widerruft, ehe noch auf Grund derselben amtlich vor- und resp. eingeschritten ist, bleibt straffrei.

§. 103.

Derjenige Gast, welcher da, wo den Wirthen die Führung von Fremdenbüchern, oder da, wo nach §. 68 überhaupt die Anmeldung Uebernachtender vorgeschrieben ist, um die Polizeibehörde zu täuschen, sich einen falschen Namen beilegt oder andere unwahre Angaben macht:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{f} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen.

B. Mißbrauch von Legitimations-Papieren.

§. 104.

Wer Legitimationspapiere, insonderheit Pässe, Paßkarten oder Wanderbücher mißbraucht, insbesondere dadurch, daß er sie an nicht berechnigte Dritte als Legitimationsmittel überläßt, oder solche auf Dritte ausgestellt Legitimationspapiere führt;

insofern dadurch schwerere Strafen nach §. 83 dieses Gesetzbuches oder sonst nicht verwirkt worden:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{f} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen und beim Rückfalle: geschärftes Gefängniß von 14 Tagen bis zu 3 Monaten; daneben Abnahme der betreffenden Papiere.

C. Vereitelung von Beschlagnahmen.

§. 105.

Wer Sachen, welche durch die zuständigen Behörden oder Beamten mit Arrest belegt sind, ganz oder theilweise dem Beschlage entzieht, bei Seite schafft, ver-

bringt oder zerstört, oder Arrestanlagen durch fälschliches Vorgeben verhindert,
wenn nicht die §§. 110 und 238 des Criminal-Gesetzbuches Anwendung finden:
Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{g} .

D. Vergehen in Bezug auf Maasß und Gewicht.

§. 106.

Bötticher, welche ein neues, oder ein zur Ausbesserung ihnen übergebenes altes hölzernes Gefäß, in welchem Wein, Bier, Brantwein und ähnliche Flüssigkeiten verkauft werden, an Landeseinwohner verabsolgen lassen, ohne darauf die Quartierzahl, welche der Inhalt faßt, nebst ihren Namen oder Namenszeichen und dem Roffe einzubrennen;

welche es unterlassen, den hiezu anzuwendenden Stempel vor dem Gebrauche unter Einlieferung eines Abdrucks desselben der zuständigen Landespolizeibehörde zu bezeichnen:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{g} , beim Rückfalle bis zu 30 \mathfrak{g} oder Gefängniß bis zu 4 Wochen.

Unrichtig gearbeitete Gefäße, d. h. solche, deren Inhalt mit der von dem Bötticher darauf eingebrannten Bezeichnung nicht übereinstimmt, muß derselbe unentgeltlich umarbeiten und den Werth der Gefäße bis zu 10 \mathfrak{g} als Strafe erlegen.

§. 107.

Wer Gebinde in den Verkehr bringt, welche von dem gesetzlichen Rauminhalte der Anker, Ohme, Orhoft oder Tonnen abweichen (§. 12 des Gesetzes vom 30. März 1837, die Maß- und Gewichtsordnung betreffend), ohne daß auf denselben die Quartierzahl, welche der Inhalt faßt, eingebrannt ist:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{R} , beim Rückfalle bis zu 30 \mathfrak{R} , oder Gefängniß bis zu 4 Wochen.

§. 108.

Unternehmer von Glashütten, welche Flaschen — mit Ausnahme derer von weißem Glase und der Medizin- gläser — von dem Inhalte eines Quartiers bis herunter zu drei Achttheilen eines Quartiers für das Inland ver- fertigen, ohne dieselben mit einem Stempel zu bezeichnen, der neben dem besondern Zeichen der Glashütte den In- halt genau ausdrückt:

Geldbuße von 2 \mathfrak{M} für jede nicht bezeichnete Flasche, und wenn das Zeichen mit dem wirk- lichen Inhalte nicht übereinstimmt, insofern schär- fere Strafe nicht verwirkt ist, Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{R} , beim Rückfalle bis zu 30 \mathfrak{R} , oder Ge- fängniß bis zu 4 Wochen, daneben richtige Be- zeichnung der Flaschen auf Kosten des Contra- venienten und wo dies unthunlich: Confiscation.

§. 109.

Weinhändler, Gast- und Schenkwirth, Krüger und sonstige Verkäufer von Wein, Rum, Arrac und Brannt- wein in Flaschen, welche sich bei solchem Verkaufe ande- rer als der im vorstehenden Paragraphen bezeichneten Fla- schen bedienen;

insofern schärfere Strafe nicht verwirkt ist:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{R} , beim Rückfalle bis zu 30 \mathfrak{R} oder Gefängniß bis zu 4 Wochen; dane- ben richtige Bezeichnung der Flaschen auf Kosten des Contravenienten und, wo dies unthunlich, deren Confiscation.

Auf ausländischen Hütten gefertigte Flaschen zu füh- ren, ist ihnen nur dann gestattet, wenn auf denselben der Inhalt nach hiesiger Landesmaaße angegeben ist. Es bleiben die Weinhändler u. dann für die Richtigkeit des

angegebenen Inhalts verantwortlich, und findet nur hinsichtlich der aus dem Auslande bezogenen gefüllten Flaschen eine Ausnahme Statt.

§. 110.

Wer bei dem Verkehre ein anderes als das vorgeschriebene Maaß und Gewicht anwendet,

wer Waaren feil hält oder aufkauft, wenn er anderes als das vorgeschriebene gehörig gestempelte Maaß und Gewicht in seinen Läden, Buden und sonstigen Geschäftsräumen besitzt, oder beim Auf- oder Verkaufe mit sich führt,

wer gestempeltes Maaß und Gewicht zu halten verbunden ist und für dessen fortwährende Richtigkeit nicht Sorge trägt,

wer inländische nicht gehörig gestempelte Maaßen und Gewichte feil bietet,

wer ausländisches Maaß und Gewicht ohne Angabe dieser Eigenschaft auf demselben feil bietet:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{g} , beim Rückfalle bis zu 30 \mathfrak{g} oder Gefängniß bis zu 4 Wochen; daneben Confiscation der unrichtigen oder ungestempelten Maaßen und Gewichte.

Der Einwand, daß die gestempelten Exemplare abgenutzt worden, ist bei Zumessung der Strafe nicht zu beachten.

§. 111.

Wer Garnhaspel feil hält, welche mehr oder weniger als $3\frac{3}{4}$ braunschweigische Ellen im Umfange halten, oder welche mehr oder weniger als 90 Faden im Gebinde durch den Hammer angeben,

oder lose Stangen, bewegliche Krücken und Kniee, Auszüge oder Einschlüge haben,

oder von dem Verfertiger nicht gehörig gezeichnet sind,

oder den obrigkeitlichen Nichtstempel nicht fäbten:
Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{R} , daneben Confiscation
der unrichtigen oder mangelhaften Haspel.

§. 112.

Wer Garnhaspel mit einem der im vorstehenden Pa-
ragraphen beschriebenen Mängel besibt:

Geldbuße bis zu 1 \mathfrak{R} , und wird, wenn die Be-
schaffenheit des Haspels solches gestattet, dessen
Berichtigung auf Kosten des Besitzers polizeilich
bewirkt, im andern Falle der Haspel vernichtet.

§. 113.

Wer Garn aus Flachs oder Heede aus erster Hand
zum Kaufe bietet, welches nicht die erforderliche Haspel-
maaße eines Loppes von 10 Gebinden zu 90 Faden, und
diese zu $3\frac{3}{4}$ braunschweigischer Ellen in der Länge hält:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{R} , daneben Confiscation
des unrichtig gehaspelten Garnes.

Garnsammler (Aufkäufer), imgleichen Kaufleute und
Krämer, welche Garn aus erster Hand kaufen, haben auf
vorkommende Unrichtigkeiten der Haspelmaaße zu achten
und davon dem öffentlichen Ankläger Anzeige zu machen.

Es kann auf Verfügung der Landes-Polizeibehörde
bei diesen Personen eine Revision der Garnvorräthe vor-
genommen werden. Wird dabei und zwar bei den Kauf-
leuten unter den zum Weiterverkaufe bestimmten, sortirten
und zugerichteten Vorräthen unrichtig gehaspeltes Garn
vorgefunden, so verfallen dieselben in eine Geldbuße bis
zu 10 \mathfrak{R} , beim Rückfalle bis zu 25 \mathfrak{R} und es ist zu-
gleich die Umhaspelung des unrichtigen, vorläufig mit Be-
schlag zu belegenden Garnes auf ihre Kosten zu ver-
fügen.

§. 114.

Die Ausnahme-Bestimmungen

1) des §. 16 der Verordnung vom 28. October

1837, wonach im Amte Theedinghausen die von den Königl. Hannoverischen und im Amte Calvörde die von den Königl. Preussischen Aichämtern nach den dortigen Gesetzgebungen ordnungsmäßig gestempelten Pfund- und Centnergewichte zum Gebrauche im Verkehre ebenfalls zugelassen werden sollen;

- 2) der Bekanntmachung vom 10. Januar 1838, wonach im Kreise Blankenburg auch der Gebrauch des Berliner Scheffels mit seinen Unterabtheilungen (Meße und Quart) gestattet ist;
- 3) der Bekanntmachung vom 9. Juni 1838, nach welcher im Amte Calvörde auch die Berliner Elle, der Berliner Scheffel mit seinen Unterabtheilungen in Meßen und das Berliner Quart, wie auch der Preussische Eimer mit den nach diesem berechneten Gefäßen, gebraucht werden darf;

bleiben bis auf Weiteres ferner in Kraft, eben so

- 4) die Bekanntmachung vom 24. Juli 1840, durch welche auch der Gebrauch des Magdeburger Haspelmaaßes in dem Kreise Blankenburg, dem Amte Calvörde und den Ortschaften Hessen und Pabstorf für die Garnspinner und Garnkäufer gestattet ist.

Contraventionen gegen die Bedingungen, unter denen der Magdeburger Haspel nach jener Bekanntmachung zugelassen ist, sind nach Maßgabe der §§. 111 bis 113 zu bestrafen.

E. Vergehen in Bezug auf Münzen und Stempel.

§. 115.

Wer, insofern durch die betreffende Handlung Criminalstrafe nicht verurtheilt ist:

- 1) ohne schriftlichen Auftrag einer öffentlichen Behörde oder der zuständigen öffentlich autorisirten Körperschaft:

Stempel, Siegel, Stiche, Platten oder andere Formen, welche zur Anfertigung von Münzen oder Werthpapieren dienen können, oder Abdrücke durch solche Formen *u.* fertigt, oder die gefertigten Formen oder Abdrücke an einen andern, als an die bestellende Behörde oder deren bekannte Diener abliefern:

Geldbuße von 10 \mathfrak{R} bis 100 \mathfrak{R} oder Gefängniß von 14 Tagen bis zu 3 Monaten, neben Confiscation der gefertigten Werkzeuge und Abdrücke.

- 2) Wer dergleichen im Auftrage gefertigte Stempel, Siegel, Stiche, Platten oder andere Formen gegen Verschleppung oder Mißbrauch nicht sorgsam verwahrt:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{R} .

- 3) Wer andere, als zur Verfertigung von Münzen oder Werthpapieren dienende Siegel oder Stempel der öffentlichen oder Gemeindebehörden, Körperschaften oder Anstalten ohne Auftrag derselben fertigt oder doch an andere Personen, als an die bestellende Behörde *u.* oder deren bekannte Diener, abgibt:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{R} , nebst Confiscation der bezeichneten Werkzeuge.

- 4) Wer unbefugt die unter *N* 1 und 3 bezeichneten Stempel, Siegel, Stiche, Platten oder Formen besitzt, ohne dieselben sofort an die Obrigkeit abzuliefern:

Geldbuße bis zu 5 \mathfrak{R} .

Außerdem tritt gegen denjenigen Gewerbetreibenden, welcher sein Gewerbe zur Verübung einer der vorbezeichneten Uebertretungen mißbraucht, beim Rückfalle Entziehung der Gewerbeberechtigung ein.

IV. Titel.

Vergehen wider Leben und Gesundheit.

A. Unbefugte Ausübung der Heilkunde.

§. 116.

Wer ohne Berechtigung die innere Heilkunde, die Thier- oder Wundarzneikunde, oder die Geburtshülfe ausübt, oder dabei die Grenzen seiner Befugniß überschreitet:
Geldbuße von 5 bis 25 \mathfrak{R} ;

wenn durch die unbefugte Ausübung Gefahr für Leben oder Gesundheit entstanden ist, sowie beim Rückfalle:
Geldbuße von 10 bis 50 \mathfrak{R} oder Gefängniß von 14 Tagen bis zu 6 Wochen; vorbehältlich der nach dem Grim.-Gesetzb. §§. 159 bis 162 u. etwa zu erkennenden Strafe.

Hülfsleistung in Fällen der Noth bei Ermangelung ärztlichen oder geburtsärztlichen Beistandes bleibt straffrei.

Viehbesitzer sind berechtigt, ihr erkranktes Vieh selbst zu behandeln oder durch ihre Hausgenossen behandeln zu lassen.

§. 117.

Nach §. 116 ist auch zu strafen:

- 1) wenn Jemand ohne Genehmigung des Herzoglichen Staats-Ministeriums Irrenhäuser oder Kaltwasser-Heilanstalten anlegt, wobei, unabhängig von der Strafverfolgung, der Landes-Polizeibehörde die Schließung solcher Anstalten zusteht;

- 2) wenn Hebammen, Wund- oder Zahnärzte ohne Zuziehung eines zur Praxis berechtigten Arztes, oder ohne die desfallsige Erlaubniß des Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegiums erlangt zu haben, bei den geburtshülfslichen, chirurgischen oder zahnärztlichen Operationen Schwefeläther, Chloroform oder Formylchlorid oder ähnlich wirkende Betäubungsmittel verwenden;
- 3) wenn Hebammen es verabsäumen, in den durch die Verordnung vom 10. April 1803 bezeichneten Fällen einer bei der Entbindung sich herausstellenden Gefahr für das Leben der Mutter oder des Kindes einen approbirten Arzt oder Geburtshelfer herbeirufen zu lassen.

Entstehen Zweifel darüber, ob Medicinalbeamte, einschließlich der Hebammen, die Grenzen ihrer Befugniß überschritten haben, so ist die Vorentscheidung des Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegiums einzuholen.

B. Handel und Verkehr mit Arznei-Waaren, Farbwaaren und Giften.

§. 118.

Wer dem Gesetze über den Handel mit Arzneiwaaren, Farbwaaren und Giften vom 21. März 1843. 1. 7 zuwiderhandelt, und zwar:

- 1) Apotheker, welche die im §. 1, und Droguisten, welche die in den §§. 2 bis 6 jenes Gesetzes enthaltenen Bestimmungen überschreiten:
Geldbuße von 5 bis 10 \mathfrak{g} .
- 2) Großisten, welche die in den §§. 7 und 8, und Materialisten, welche die in den §§. 9 und 10 je-

nes Gesetzes getroffenen Bestimmungen nicht befolgen:

Geldbuße von 2 bis 10 zf ; im Wiederholungs-falle nicht unter 5 zf .

- 3) andere zum Handel mit den in jenem Gesetze bezeichneten Gegenständen überall nicht berechnigte Personen, welche dennoch damit handeln, oder dieselben auch nur zum Verkaufe ausbieten, oder feil halten:

Geldbuße von 5 bis 10 zf .

Durch die vorstehenden Strafbestimmungen werden die etwa verwirkten Criminalstrafen, auch eintretenden Falls die in den §§. 32 und 50 des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 4. April 1837 angedroheten Nachtheile und Strafen nicht ausgeschlossen.

§. 119.

Wer, obwohl zum Apothekergeschäft berechnigt, ohne schriftliche Genehmigung des Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegiums Geheimmittel, d. h. Substanzen, deren Bestandtheile oder Zusammensetzung ganz oder theilweise geheim gehalten werden, und womit krankhafte Zustände bei Menschen oder Thieren beseitigt werden sollen, verkauft, feilhält, zum Verkaufe ausbietet, oder in öffentlichen Blättern anpreiset:

Geldbuße bis 10 zf .

§. 120.

Quackjälber, Plitatenkrämer oder überhaupt zum Apothekergeschäfte nicht berechnigte Personen, welche Gegenstände irgend einer Art als Heilmittel für Menschen oder Thiere, dieselben mögen geheime oder andere Mittel, wirksam sein oder nicht, ohne schriftliche Genehmigung des Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegiums verkaufen, feilhalten, ausbieten oder öffentlich anpreisen:

Geldbuße von 5 bis 25 zf ;

und wenn das Mittel für das Leben oder die Gesundheit von Menschen gefährdend war, sowie beim Rückfalle:

Geldbuße von 10 bis 50 \mathfrak{z} , in allen Fällen neben Confiscation der betreffenden Mittel und vorbehältlich der nach dem Crimin.=Gesetz. etwa verwirkten Strafe.

Die Handelsbefugnisse der Droguisten, Grossisten und Materialisten sind jedoch hierdurch nicht weiter beschränkt, als solches durch das Gesetz vom 21. März 1843 N^o 7 bestimmt ist.

§. 121.

Derjenige Apotheker, welcher

- 1) Recepte für Medicamente, die von andern als den dazu autorisirten Medicinalpersonen ausgestellt sind, annimmt und die Medicamente darauf verabfolgt;
- 2) Medicamente von heftiger oder bedenklicher Wirkung (Bekanntmachung vom 13. Januar 1829) auf alte Recepte, ohne nochmaliges besonderes Anordnen eines zugelassenen Arztes verabfolgt, wobei der Apotheker für seine Gehülfen und Lehrlinge, vorbehältlich des Rückgriffs, haftet;
auf Antrag oder mit Genehmigung des Herzogl. Ober=Sanitäts=Collegiums:

Geldbuße von 10 bis 20 \mathfrak{z} .

§. 122.

Kammerjäger, welche

- 1) die anzuwendenden Gifstoffe anders woher, als aus inländischen Apotheken und, soweit sie in Arsenik bestehen, anders als in präparirtem Zustande, mit Rienruß und Saftgrün vermischt, entnehmen;
- 2) die Gifte anders, als in festen, wohl verwahrten irdenen oder hölzernen Gefäßen, auf welchen das Wort „Gift“ und ein Totenkopf oder drei Kreuze

beständig, mit sich führen oder solche nicht sorgfältig verwahren;

- 3) die Gifte in solchen Mischungen oder Formen verwenden, welche eine Verwechselung mit Nahrungsstoffen für Menschen oder Hausthiere besorgen lassen;
- 4) beim Vegen des Giftes nicht mit der nöthigen Vorsicht verfahren, oder dasselbe an dritte Personen ohne schriftliche, diese Personen speciell bezeichnende Erlaubniß der Ortspolizeibehörde abgeben oder dem Käufer zum Selbstgebrauche überlassen;

vorbehältlich der nach dem Criminal-Gesetzbuche §§. 159 bis 162 u. etwa zu erkennenden Strafe: Geldbuße von 1 bis 10 \mathfrak{R} , beim zweiten Rückfalle daneben Entziehung des Gewerberechts.

§. 123.

Wer ohne landespolizeiliche Erlaubniß oder unter Ueberschreitung der gestellten Bedingungen, um Feldmäuse und anderes Feldungeziefer zu vertilgen, oder zu anderen Zwecken Arsenik oder andere giftige Substanzen im Freien auslegt:

Geldbuße von 1 bis 5 \mathfrak{R} , im Wiederholungsfalle von 2 bis 10 \mathfrak{R} .

§. 124.

Wer, ohne durch das Gesetz vom 21. März 1843 \mathfrak{N}° 7 zum Gifthandel berechtigt zu sein, Gift, welches er im Besitze hat, gegen Verwechselung, Verschleppung oder schädlichen Mißbrauch nicht sorgfältig verwahrt, oder dasselbe an dritte Personen ohne schriftliche, diese Personen speciell bezeichnende, Erlaubniß der Ortspolizeibehörde abgibt:

Geldbuße von 3 bis 10 \mathfrak{R} .

C. Verbreitung von Krankheiten unter Menschen und Vieh.

§. 125.

Familienhäupter, Haus- und Gastwirth, sowie Medizinalbeamte, welche von den in ihrer Familie, ihrem Hause oder ihrer Praxis vorkommenden Fällen wichtiger und zugleich dem Gemeinwesen Gefahr drohender Krankheiten unter Menschen, als: Cholera, Menschenblattern, Typhus, Maserei u. nicht binnen 12 Stunden, nachdem ihnen der Krankheitszustand bekannt geworden, der Ortspolizeibehörde Anzeige machen;

wobei jedoch die erstgenannten Personen dann von Strafe frei bleiben, wenn binnen der oben bezeichneten Frist ein inländischer Arzt den Krankheitsfall in Behandlung genommen hat, welchem alsdann die Anzeige obliegt:

Geldbuße von 1 bis 10 \mathfrak{f} .

§. 126.

- 1) Wer, wissentlich mit einer dem Gemeinwesen Gefahr drohenden ansteckenden Krankheit befaßt, ohne Erlaubniß des Arztes sich aus seiner Wohnung hinweg auf Straßen, öffentliche Plätze oder überhaupt nach solchen Orten begiebt, wo ein Zusammentreffen mit andern Personen wahrscheinlich ist;
- 2) Wer mit der Obhut eines Menschen, welcher an einer dem Gemeinwesen Gefahr drohenden Krankheit leidet, betraut worden ist und diese in einer Weise vernachlässigt, daß dadurch Gefahr der Beschädigung Dritter oder Gefahr der Weiterverbreitung einer ansteckenden Krankheit entsteht;
- 3) Wer wissentlich Kleidungsstücke oder andere Geräthe, welche ein an einer gefährlichen ansteckenden Krankheit Leidender während derselben benutzte, in den

Verkehr bringt, oder doch auf polizeiliche Nachfrage verheimlicht, oder auf ärztliche oder polizeiliche Anforderung nicht vernichtet oder gehörig reinigt;

- 4) Wer die Absperrungs- und Aufsichtsmaßregeln, die Ein- oder Ausfuhr-Verbote verletzt, welche von den Polizeibehörden in gesetzlicher Weise zur Verhütung des Einführens oder der Weiterverbreitung von ansteckenden Krankheiten unter Menschen angeordnet worden sind;

insofern das Criminal-Gesetzbuch nicht Anwendung findet:

Geldbuße bis 100 \mathfrak{M} oder Gefängniß bis von 3 Monaten, neben Confiscation der unter \mathfrak{N} 3 bezeichneten Gegenstände.

§. 127.

Wer, wissentlich an einem ansteckenden Uebel leidend, mit Verheimlichung desselben sich als Diensthote, Amme, Gesell oder Lehrling verdingt,

oder, wer im Dienste von einem solchen Uebel befallen, solches der Herrschaft oder dem Meister verheimlicht; insofern nicht das Criminal-Gesetzbuch Anwendung findet:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{M} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen.

Die Dienstherrschaft oder der Meister ist nach vorgängiger oder unter gleichzeitiger Anzeige bei der Orts-polizeibehörde befugt, einen solchergestalt Strafbaren sofort aus dem Dienst- oder Arbeitsverhältnisse zu entlassen.

§. 128.

Wer mit der Lustseuche behaftet im Bewußtsein dieses Zustandes mit einer andern Person Geschlechtsumgang pflegt:

insofern nicht schwerere Strafe nach §§. 159 bis 162 des Criminal-Gesetzbuchs verwirkt worden ist: Gefängniß von 1 bis 6 Wochen.

§. 129.

Uebertretungen des Gesetzes vom 30. März 1833 N^o 9, die allgemeine Einführung der Kuhpocken-Impfung betreffend, werden nach den darin enthaltenen Bestimmungen bestraft.

§. 130.

Jeder Viehbesitzer, Hirt, Viehtreiber, Wirth oder Thierarzt, welcher Spuren einer dem Gemeinwesen Gefahr drohenden ansteckenden Krankheit unter dem ihm zugehörigen, bezüglich dem seiner Hütung oder Leitung anvertrauten, dem bei ihm eingestellten oder aber seiner Behandlung anvertrauten Viehe wahrnimmt und davon nicht spätestens binnen 12 Stunden der Ortspolizeibehörde Anzeige macht,

wobei jedoch die erstgenannten Personen dann von Strafe frei bleiben, wenn binnen jener Frist ein inländischer Thierarzt den Krankheitsfall in Behandlung genommen hat, welchem alsdann die Anzeige obliegt:

Geldbuße von 1 bis 10 \mathfrak{g} .

§. 131.

- 1) Jeder Besitzer eines Thieres, welcher Spuren einer dem Gemeinwesen Gefahr drohenden ansteckenden Krankheit an demselben bemerkt und dasselbe nicht sofort von dem andern Viehe gesondert hält oder aber das Thier nicht sofort tödten läßt, wenn nach Erklärung des mit der Untersuchung desselben beauftragten Thierarztes keine Heilung erwartet werden kann;
- 2) wer an einer derartigen Krankheit crepirtes, oder

in deren Folge getödtetes Vieh ohne Zustimmung der Ortspolizei- und Medizinalbeamten öffnet oder ablebert, oder Bestandtheile, z. B. Haut oder Hörner davon abgiebt, oder das Fleisch zur menschlichen Nahrung verwendet;

- 3) wer dasselbe anders als auf dem Abdeckerplatze oder in dessen Ermangelung auf einem von der Ortspolizeibehörde angewiesenen Platze und in Gruben von wenigstens 5 Fuß Tiefe verscharrt oder verscharren läßt;
- 4) derjenige Abdecker, welcher solches Vieh nicht mittelst einer ausschließlich dazu bestimmten Schleife oder Karre nach dem Abdeckerplatze bringt oder bei dessen Transporte die nöthige Vorsicht zur Verhütung oder Verschleppung der Krankheit nicht anwendet;
- 5) wer wissentlich Thiere, welche Spuren solcher Krankheit zeigen, in den Verkehr bringt, von einem Orte zum andern, auf die gemeinschaftliche Weide oder zu andern noch nicht angesteckten Thieren führt;
- 6) wer überhaupt aus denjenigen Orten, in welchen eine Viehseuche notorisch herrscht, Vieh der betreffenden Art, selbst wenn es von der Seuche noch nicht befallen ist, oder aber Gegenstände, welche ihrer Natur nach die Seuche weiter zu verbreiten geeignet sind, nach nicht inficirten Ortschaften oder Feldmarken bringt;
- 7) wer den Stall, in welchem ein von gefährlicher ansteckender Krankheit befallenes Thier gestanden hat, für anderes Vieh vor gehöriger Lüftung und Reinigung wieder benutzt;
- 8) wer mit der Aufsicht über ein solches Thier beauftragt, diese in einer Weise vernachlässigt, daß da-

durch Gefahr der Weiterverbreitung der ansteckenden Krankheit entsteht;

- 9) wer Gegenstände, welche mit den an ansteckenden Krankheiten erkrankten Thieren in Berührung gekommen sind, ohne vorgängige polizeilich gebilligte Reinigung feilhält oder in den Verkehr bringt;
- 10) wer die von den Polizeibehörden zur Verhütung des Einbringens oder der Verbreitung von Viehseuchen in gesetzlicher Weise angeordneten Absperungs- und Aufsichtsmaßregeln, oder Ein- und Ausfuhrverbote übertritt;

insofern das Criminal-Gesetzbuch nicht Anwendung findet:

Geldbuße bis 50 \mathfrak{R} oder Gefängniß bis von 6 Wochen.

§. 132.

Die Ortspolizeibehörden sind verpflichtet, von den in ihrem Bezirke unter Menschen oder Vieh ausgebrochenen, dem Gemeinwesen Gefahr drohenden ansteckenden Krankheiten, sobald sie davon Kenntniß erhalten, bei Vermeidung von Ordnungsstrafen, sowohl der Landespolizeibehörde, als dem Physikus Anzeige zu machen.

§. 133.

Wer unbefugt das zum Genuße für Menschen oder Thiere bestimmte Wasser in Brunnen, Cisternen u. oder zum öffentlichen Gebrauche bestimmten Quellen und Bächen verunreinigt oder verdirbt:

Geldbuße bis 3 \mathfrak{R} .

§. 134.

- 1) Wer Trink- oder Eßwaaren, insonderheit auch Conditormaaren feilhält, welche wegen ihrer nicht sofort erkennbaren Beschaffenheit (z. B. der Gesundheit nachtheiliges Fleisch von krankem Viehe) oder Mischung, wegen der Art und Zeit der Zu-

- berettung oder Aufbewahrung, oder wegen der dazu gebrauchten Werkzeuge oder Gefäße für die Gesundheit oder das Leben gefährbringend sind;
- 2) wer Gefäße zur Aufbewahrung oder Werkzeuge zur Bereitung von Nahrungsmitteln in einem die Gesundheit gefährdenden Zustande in den Verkehr bringt, z. B. nicht tüchtig verzinnnte Kupfergefäße oder mit Blei versetzte Zinngeschirre;
 - 3) wer mit schädlichen Farben bemalte Kinderspielwaaren feilhält;
 - 4) wer Papiere, Fenster-Rouleaur, Gardinen oder Fenstervorhänger mit solchen Stoffen bedruckt, daß jene durch den ordnungsmäßigen Gebrauch für Leben oder Gesundheit der Menschen nachtheilig sind, oder
 - 5) wer dergleichen Gegenstände in den Verkehr bringt, oder
 - 6) wer Zimmer oder Tapeten in gleich gefährdender Weise anstreicht:
 - a. wenn der Angeklagte mit der gefährdender Beschaffenheit der Waare ic. bekannt war:
Geldbuße von 5 bis 50 \mathfrak{R} oder Gefängniß von 5 Tagen bis zu 6 Wochen
 - b. sonst
Geldbuße bis 5 \mathfrak{R} , in beiden Fällen neben Confiscation und Vernichtung der gesundheitschädlichen Gegenstände.

§. 135.

Wer zum Verkaufe bestimmtes Fleisch aufbläst oder sonst verunreinigt:

Geldbuße bis zu 5 \mathfrak{R} .

D. Vergehen an Leichen und in Bezug auf deren Beerdigung.

§. 136.

Wer, ohne gegen die Vorschriften des Criminal-Gesetzbuches zu verstoßen, Leichen zu unerlaubten Zwecken mißbraucht oder zu an sich erlaubten Zwecken unbefugt gebraucht,

wer an Leichen Unfug verübt oder Gräber unbefugt öffnet;

insofern §. 219 des Criminal-Gesetzbuches keine Anwendung findet:

Geldbuße von 10 bis 50 \mathfrak{M} oder Gefängniß von 14 Tagen bis 6 Wochen.

§. 137.

Wer einen Leichnam, insbesondere auch sofort nach der Geburt verstorbene oder todtgeborene Kinder verheimlicht, verbirgt oder bei Seite schafft, ohne daß jedoch dadurch gegen die Bestimmungen des Criminal-Gesetzbuchs verstoßen ist;

- 1) wenn der Leichnam Spuren von Vergiftung, Tödtung oder gewaltsamer Verletzung an sich trägt:

Geldbuße von 10 bis 100 \mathfrak{M} oder Gefängniß von 14 Tagen bis zu 3 Monaten;

- 2) in anderen Fällen:

Geldbuße von 5 bis 50 \mathfrak{M} oder Gefängniß von 5 Tagen bis zu 6 Wochen.

§. 138.

Wer ohne Erlaubniß der zuständigen Behörde:

- 1) eine menschliche Leiche an einem anderen Orte, als dem öffentlichen Friedhofe oder einem genehmigten Familienbegräbnisse beerdigt;
- 2) Leichen öffentlich ausstellt;

- 3) eine Leiche beerdigen läßt vor Ablauf von 48 Stunden nach erfolgtem Tode, oder nicht spätestens im Winter binnen 5 mal 24 und im Sommer binnen 4 mal 24 Stunden nach Eintritt des Todes;
- 4) die Beerdigung einer Leiche auf dem unter seiner Aufsicht stehenden Begräbnißplatze unter wissentlicher Verletzung der ad 3 angegebenen Beerdigungszeit, oder da, wo eine förmliche Leichenschau angeordnet worden, vor Beibringung der Todesbescheinigung gestattet:

Geldbuße von 1 bis 10 \mathfrak{R} .

§. 139.

Wer bei Vorrichtung einer Grabstelle auf öffentlichen Friedhöfen die von der Aufsichtsbehörde wegen der Lage und Tiefe der Grabstellen getroffenen Anweisungen verlegt:

Geldbuße bis 5 \mathfrak{R} .

E. Vergehen bezüglich der Verscharrung crepirten Viehes.

§. 140.

Wer crepirtes Vieh nicht binnen 24 Stunden gehörig verscharrt, oder, insofern dem Abdecker ein Recht darauf zusteht, diesem bei warmer Witterung nicht innerhalb 12, sonst innerhalb 24 Stunden nach dem ihm bekannt gewordenen Tode des Thieres die Anzeige macht, — welche Anzeige von Reisenden, denen ein Thier unterwegs gefallen ist, bei der nächsten Ortspolizeibehörde behuf der Benachrichtigung des Abdeckers anzubringen ist, — imgleichen derjenige Abdecker, welcher das ihm überwiesene Vieh nicht innerhalb 24 Stunden nach der ihm gewordenen Anzeige abholt:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{R} .

§. 141.

Wer ohne Zustimmung des Abdeckers und, insofern 10 Jahre nach der Betscharrung noch nicht verfloßen sind, ohne Genehmigung der Ortspolizeibehörde auf dem Abdeckereiplatz verscharrtes Vieh wieder ausgräbt:

Geldbuße bis 10 ₰.

F. Vorkehrungen gegen äußere Unglücksfälle:

a. durch Thiere.

§. 142.

- 1) Wer ohne vorgängige Anzeige bei der Ortspolizeibehörde oder unter Ueberschreitung der von letzter angeordneten Sicherungsmaßregeln gefährlich wilde Thiere hält;
- 2) wer nicht augenblicklich der Ortspolizeibehörde Anzeige macht, sobald ihm ein solches Thier aus der Verwahrung entkommen ist;
- 3) wer ein ihm gehöriges Thier bei wahrgenommenen Kennzeichen der Wuth (Tollheit), oder wenn es durch ein von der Wuth ergriffenes oder der Tollwuth verdächtiges Thier verletzt ist, nicht sofort tödtet oder sicher verwahrt;
- 4) wer im letztern Falle der Ortspolizeibehörde nicht schleunige Anzeige macht:

Geldbuße von 2 bis 10 ₰.

Ein ausgebrochenes gefährlich wildes oder tolles Thier darf Jedermann tödten.

Die Polizeibehörde ist berechtigt, Thiere der vorbezeichneten Art (N^o 1 bis 4), rücksichtlich welcher die Uebertretung begangen ward, tödten zu lassen.

Den Orts- und Landes-Polizeibehörden steht die Befugniß zu, unter den gesetzlichen Voraussetzungen specielle

und allgemeine Anordnungen (revidirte Städte-Ordnung vom 19. März 1850, §§. 99 und 103, Landgemeinde-Ordnung vom 19. März 1850, §. 73 und 74, Gesetz über die Polizeiverwaltung in der Stadt Braunschweig vom 19. März 1850, §§. 6 und 7, Gesetz über die Organisation der Landes-Verwaltungsbehörden vom 19. März 1850, §§. 17 und 18) zu erlassen, um den Gefahren zu begegnen, welche durch wilde oder wüthende Thiere hervorgerufen werden können.

§. 143.

Wer ihm angehörige zahme, aber bössartige Thiere so, daß Gefahr für Menschen oder Eigenthum daraus entsteht, frei umherlaufen läßt oder in Ansehung ihrer diejenigen Vorsichtsmaßregeln nicht anwendet, welche zur Verhütung von Beschädigungen erforderlich sind:

Geldbuße bis zu 5 \mathfrak{R} .

§. 144.

Wer an Orten, wo Personen oder fremde Sachen beschädigt werden können, Thiere geffentlichlich reizt, scheu oder wild macht, wer Hunde auf Personen oder mißbräuchlich auf Thiere hegt, oder seinen Hund von Angriffen auf Menschen oder Thiere nicht zurückzuhalten bemühet ist;

insofern härtere Strafen nicht verwirkt worden:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{R} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen.

b. durch gefährliche Anlagen.

§. 145.

Wer seine offenen Brunnen oder Cisternen nicht mit einer festen Bedeckung oder einer geschlossenen, mindestens 3 Fuß hohen Einfriedigung versieht;

wer seine Dünger- oder Abtrittsgruben, Lehm- oder Kalkgruben in ungeschlossenen Räumen nicht gehörig bedeckt oder befriedigt:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{f} .

Wer die Bedeckung oder Einfriedigung solcher Brunnen, Cisternen oder Gruben öffnet und nach gemachtem Gebrauche nicht wieder schließt:

Geldbuße bis 5 \mathfrak{f} .

§. 146.

Wer seine Steinbrüche, Lehm-, Sand-, Kieß-, Mergel- oder sonstige Gruben an den Stellen, wo sie in gefährlicher Nähe von fahr- oder gangbaren Wegen steile Vertiefungen bilden;

oder wer überhaupt seine Steinbrüche, Gruben, Teiche oder sonstige Gewässer an denjenigen Stellen, rücksichtlich welcher dieses durch die Polizeibehörde angeordnet worden ist,

mit zureichender Einfriedigung nicht versieht, oder solche nicht stets in gehörigem Stande erhält:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{f} .

§. 147.

Wer beim Steinbruch- oder Grubenbetriebe die, abgesehen von der Einfriedigungspflicht (§. 146), durch die Polizeibehörde zur Verhütung von Unglücksfällen getroffenen Anordnungen nicht befolgt;

insofern Strafe nach dem Crimin.-Gesetzb. nicht verwirkt worden:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{f} .

c. durch gefährliche Handlungen.

§. 148.

Wer an solchen Orten oder zu solchen Zeiten badet oder auf das Eis geht, an welchen es von der Polizei-

behörde durch öffentliche Bekanntmachung verboten worden ist:

Geldbuße bis 5 \mathfrak{S} .

§. 149.

- 1) Wer Gegenstände auf Straßen, öffentliche Plätze, Hofräume oder fremde Grundstücke mit Gefahr für Menschen oder fremdes Eigenthum wirft;
- 2) Wer aus Gebäuden Gegenstände mit Gefahr für Menschen oder fremdes Eigenthum aushängt oder ausstellt, oder doch, insofern dieses augenblicklich nicht zu vermeiden ist, die nöthigen Warnungszeichen unterläßt;
- 3) Wer Gegenstände auf eine Weise ausgießt, daß dadurch die Vorübergehenden beschädigt oder verunreinigt werden können:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{S} .

Für die Geldstrafe und Kosten haftet der Inhaber des betreffenden Gebäudetheils mit Vorbehalt des Regresses gegen den Thäter.

§. 150.

Derjenige Gewerbmänn, welcher bei von ihm besorgter Dach- oder Hausreparatur oder sonst gefährlicher Anlage die üblichen Warnungszeichen zur Sicherung Vorbeipassirender unterläßt, oder die Arbeit sonst in gefährlicher Weise vornimmt, oder vornehmen läßt:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{S} .

Für die Strafe und Kosten haftet der betreffende Meister, vorbehaltlich des Regresses.

§. 151.

Wer bei solchen Berrichtungen, bei welchen, damit nicht Leben und Gesundheit Dritter in Gefahr gerathe, besondere Vorsicht nöthig ist, sich betrinkt, oder wer betrunken solche Berrichtungen unternimmt:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{S} .

§. 152.

Wer ohne ortspolizeiliche Erlaubniß oder ohne Beachtung der von der Polizeibehörde etwa angeordneten Vorsichtsmaßregeln: Selbstgeschosse, Schlagetisen oder Fußangeln an Orten legt, wo Menschen gefährdet werden können:

Geldbuße von 1 bis 10 \mathfrak{R} ,

und wenn dergleichen Vorrichtungen an öffentlichen Orten oder in fremdem Eigenthum ohne Wissen und Willen der Behörde und bezüglich des Besitzers angebracht sind;

insofern strengere Strafen nach dem Criminal-Gesetzbuche nicht verwirkt worden:

Geldbuße von 10 bis 25 \mathfrak{R} .

§. 153.

1) Wer Schießgewehre unvorsichtig gebraucht oder verwahrt oder ohne gehörige Aufsicht an Kinder oder solche Personen, von denen die nöthige Vorsicht bei deren Gebrauche nicht vorausgesetzt werden kann, verabfolgt;

2) wer mit Waffen (Crimin.-Gesetz. §. 80) unter Umständen, wo Anderer Leben oder Gesundheit dadurch in Gefahr geräth, unvorsichtig umgeht:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{R} .

§. 154.

Wer mit Gefahr für Personen oder Eigenthum die ihm über nicht zurechnungsfähige Personen übertragene specielle Aufsicht gröblich vernachlässigt:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{R} .

§. 155.

Wer ohne schriftliche Erlaubniß der Landes-Polizeibehörde sich im Besitze von Wilddiebsflinten, Stockflinten, Windbüchsen oder von Schußwaffen befindet, welche ohne Pulverladung nur durch ein Percussions-Zündhütchen ab-

geschossen werden, oder wer ohne diese Erlaubniß dergleichen Waffen fertigt oder feilhält:

Geldbuße von 5 bis 10 \mathfrak{R} , nebst Confiscation der verbotenen Waffen.

Auf die Büchsenmacher und solche Personen, welche den Handel mit Schusswaffen als alleiniges oder doch als Hauptgeschäft betreiben, finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

§. 156.

Wer mit Gefahr für Menschen oder fremdes Eigenthum Sprengungen durch explodirende Stoffe vornimmt; falls Criminalstrafe nicht verwirkt ist:

Geldbuße von 1 bis 10 \mathfrak{R} .

Straffreiheit tritt ein, wenn zu dem Unternehmen in der Weise, wie dasselbe ausgeführt ist, die ortspolizeiliche Genehmigung erteilt worden war.

§. 157.

Wer einen für eine Dampfmaschine von hohem oder niederem Drucke, für ein Dampfboot, eine Locomotive, für Eisenbahnen, gewerbliche oder andere Zwecke bestimmten Dampfkessel in Gebrauch nimmt, bevor nicht in Folge der desfalligen, noch vor der Einmauerung oder Einsäufung des Kessels zu machenden Anzeige des Eigenthümers oder Verfertigers die Sicherheit des Kessels, auf Anordnung der Landes-Polizeibehörde, geprüft (Kesselsprobe) und hiernach von dieser die Anwendung des Kessels für zulässig erklärt ist:

Geldbuße von 10 bis 50 \mathfrak{R} .

§. 158.

Wer einen bereits für sicher erklärten Dampfkessel nach einer wesentlichen Aenderung oder Ausbesserung in Gebrauch nimmt, bevor dessen Anwendung von der Lan-

des - Polizeibehörde nach abermaliger Kesselprobe gestattet ist:

Geldbuße von 2 bis 50 \mathfrak{f} .

§. 159.

Wer einen Dampfkessel anwendet, nachdem derselbe von der Landes - Polizeibehörde für unsicher erklärt worden ist:

Geldbuße von 20 bis 200 \mathfrak{f} oder Gefängniß von 14 Tagen bis zu 4 Monaten.

§. 160.

Die Strafverfolgung findet in den §§. 157 bis 159 bezeichneten Fällen nur Statt auf Antrag oder mit Zustimmung der Landes - Polizeibehörde.

Die Kosten, welche durch Zuziehung von Sachverständigen bei der auf Grund der §§. 157 und 158 anzustellenden Kesselprobe entstehen, hat der Eigenthümer des Kessels zu übernehmen.

Die Landes - Polizeibehörde ist berechtigt, auch außer diesen Fällen bei zu besorgender Unsicherheit des Kessels auf Staatskosten die Anstellung einer Kesselprobe zu verfügen.

V. Titel.

Vergehen wider die Sitten.

A. Concubinat, Piederlichkeit, Verletzung der Schamhaftigkeit.

§. 161.

Personen, welche in außerehelicher Geschlechtsverbindung in einer Wohnung zusammenleben, und Hauswirthe, welche dieses Zusammenleben gestatten, insofern ortspolizeiliche Warnung erfolglos vorausgegangen ist:

Geldbuße von 1 bis 10 \mathfrak{M} oder Gefängniß von 1 bis 14 Tagen.

Wird die Uebertretung nach erfolgter Bestrafung fortgesetzt:

Geldbuße von 5 bis 50 \mathfrak{M} oder Gefängniß von 1 bis 6 Wochen; bei wiederholtem Rückfalle geschärftes Gefängniß von gleicher Dauer.

Der Orts-Polizeibehörde bleibt, unabhängig von der Strafverfolgung, die Trennung der im Concubinate lebenden Personen vorbehalten.

§. 162.

Frauenpersonen, welche sich der Unzucht unbefugt gewerbmäßig ergeben oder welche an öffentlichen Orten sich unzüchtig umherreiben:

Gefängniß von 3 bis 14 Tagen; beim Rückfalle: geschärftes Gefängniß von 14 Tagen bis 6 Wochen und Stellung unter Polizei-Aufsicht.

Ausländerinnen sind schon bei der ersten Uebertretung des Landes zu verweisen.

§. 163.

- 1) Wer durch öffentliche Verletzung der Schamhaftigkeit Aergerniß giebt, oder
- 2) wer in geschlossenen Räumen mit mehreren Personen zu solchen Zwecken zusammenkommt, welche die Sittlichkeit und Schamhaftigkeit offen verletzen, und dadurch Aergerniß giebt, sowie wer zu solchen ihm bekannten Zwecken das Local gewährt; falls schwerere Strafe (z. B. nach dem Crimin.-Gesetz. §§. 190 und 196) nicht verwirkt worden ist:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{M} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen.

B. Gaukeleien.

§. 164.

Wer sich gegen Lohn oder sonstigen Vortheil mit Wahrsagen, Kartenschlagen, Schatzgraben, Zeichen- und Traumdeuten, Zaubereien, Geisterbeschwörungen und dergleichen Gaukeleien abgiebt;

insofern härtere Strafe (z. B. nach Criminal-Gesetzbuch §§. 225 und 226 I. C.) nicht verwirkt ist:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{R} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen; beim Rückfalle: Gefängniß nicht unter 1 Woche.

C. Glücksspiele und Ausspielen von Sachen.

§. 165.

- 1) Wer ein Glückss- oder Hazardspiel als Unternehmer oder Bankhalter zur allgemeinen Theilnahme — sei es, daß Jedermann Zutritt hat, oder der Zutritt von gewissen allgemeinen Bedingungen oder der Beobachtung besonderer Formen abhängt, — eröffnet:

Geldbuße von 20 bis 200 \mathfrak{R} ; oder Gefängniß von 14 Tagen bis zu 3 Monaten, je nach der Schädlichkeit, Dauer und Höhe des Spiels; beim Rückfalle daneben Stellung unter Polizei-Aufsicht.

- 2) Wer bei derartigen Glückss- oder Hazardspielen als Gehülfe des Unternehmers thätig wird, oder ein solches Spiel in seiner Wohnung duldet:

Geldbuße von 10 bis 50 \mathfrak{R} .

- 3) Wer an solchem Spiele Theil nimmt:

Geldbuße von 2 bis 30 \mathfrak{R} .

Außerdem ist gegen Gast- und Schenkwirthe, welche derartige Glücksspiele in ihren Localen gestatten, beim Rückfalle auf Concessionsentziehung zu erkennen.

§. 166.

Wer an anderen als den im §. 165 bezeichneten Glücks- oder Hazardspielen Theil nimmt oder dieselben in seiner Wohnung duldet.

Geldbuße von 2 bis 25 \mathfrak{f} ; außerdem ist gegen Gast- und Schenkwirthe, welche solches Glücksspiel in ihren Localen gestatten, beim zweiten Rückfalle auf Concessionsentziehung zu erkennen.

§. 167.

Neben der Strafe tritt in den §§. 165 und 166 bezeichneten Fällen Confiscation sämmtlicher Gelder und geldwerthen Gegenstände, welche sich beim Glücks- oder Hazardspiele ausgelegt vorfinden, sowie der Spielgeräthschaften ein.

§. 168.

1) Wer ohne Genehmigung des Herzogl. Staats-Ministeriums oder unter Ueberschreitung der von demselben gestellten Bedingungen

- a. eine Lotterie oder ein Lotto um Geld,
- b. eine Auspielung unbeweglicher Sachen,
- c. oder eine mit Geldgewinn verbundene Auspielung von beweglichen Sachen unternimmt:

Geldbuße von 10 bis 100 \mathfrak{f} ;

2) wer für derartige Lotterien, Lotto's oder Auspielungen, sowie für ausländische, vom Herzogl. Staats-Ministerium nicht genehmigte Geld- oder Güter-Lotterien oder Lotto's Theilnehmer sammelt (colligirt) oder solche öffentlich ankündigt:

Geldbuße von 10 bis 50 \mathfrak{f} und darf letztere Strafe nicht unter 20 \mathfrak{f} herabsetzen, wenn die für die inländische Lotterie legitimirten Collec-

teurs oder Gehülfen sich eines solchen Vergehens schuldig machen; auch ist daneben im Wiederholungsfalle gegen diese auf Verlust ihrer Legitimation zu erkennen.

§. 169.

Die Ausgabe von Promessen ist als unter dem Verbote der Lotterien mitbegriffen anzusehen.

§. 170.

- 1) Wer eine Auspielung beweglicher Sachen, mit welcher Geldgewinne nicht verbunden sind, wenn der Werth der Sachen 50 \mathfrak{R} nicht übersteigt, ohne Genehmigung der Herzogl. Kreis-Direction, in andern Fällen ohne Genehmigung des Herzogl. Staats-Ministeriums, oder mit Ueberschreitung derselben unternimmt:

Geldbuße bis 25 \mathfrak{R} .

- 2) Wer für solche Auspielungen Theilnehmer sammelt:

Geldbuße bis 5 \mathfrak{R} .

Ist der Sammler ein für die inländische Lotterie legitimirter Collecteur oder Gehülfe, so tritt doppelte Geldbuße und im Wiederholungsfalle daneben Verlust der Legitimation ein.

§. 171.

Neben der Strafe tritt bei allen nicht genehmigten Lotterien, Lotto's und Auspielungen (§§. 168 bis 170) die Confiscation der Einsätze, sowie der auszuspielenden Gelder und sonstigen Gegenstände, bezüglich der Gewinne bei ausländischen Geld- und Güter-Lotterien und Lotto's ein.

§. 172.

Die Bestimmungen der §§. 168 bis 171 finden keine Anwendung:

- 1) auf den Verkauf von Obligationen zu Staatsan-

leihen mit Prämien, und es bleiben ferner straf-
frei:

- 2) Auspielungen von Sachen geringern Werthes ohne Geldgewinn durch Würfel oder auf andere Weise, insofern sie auf Jahrmärkten, Freischießen oder bei sonstigen Volkslustbarkeiten unter orts-
polizeilicher Erlaubniß geschehen. Ist letztere nicht erteilt, so tritt ein:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{R} ;

- 3) Auspielungen, welche in Privatgesellschaften zu Zwecken der Milbthätigkeit oder geselligen Unter-
haltung veranstaltet werden.

D. Thierquälerei und dergleichen.

§. 173.

Wer Thiere böshaft quält oder roh mißhandelt:

Geldbuße bis 5 \mathfrak{R} , beim Rückfalle Geldbuße
von 1 bis 10 \mathfrak{R} oder Gefängniß von 1 bis
14 Tagen.

§. 174.

Wer Nachtigallen einfängt, absichtlich tödtet oder
ohne Erlaubnißschein der Landespolizeibehörde hält:

Geldbuße von 5 bis 10 \mathfrak{R} .

§. 175.

Wer Nester, Eier oder Brut von Singvögeln au-
ßerhalb seiner Gehöfte und geschlossenen Gärten aus-
nimmt oder zerstört;

insofern nicht die Vorschriften des Jagdstrafgesetzes
vom 20. August 1849 Anwendung finden:

Geldbuße bis zu 1 \mathfrak{R} .

E. Befubelung von Bauwerken.

§. 176.

- 1) Wer Hoheitszeichen, amtliche öffentlich ausstän-

gende Bekanntmachungen, Weg- und Meilenzeiger, öffentliche Denkmäler, Herzogl. Residenzschlösser, gottesdienstliche, Gerichts- und andere öffentliche Gebäude, imgleichen öffentliche Brunnen, Wasserleitungen, Laternen und dergleichen, besudelt oder an oder in denselben sonstige Frevel verübt;

wer auf Begräbnißplätzen Unfug treibt, wer unbefugt darüber fährt, reitet, Vieh treibt oder hütet, insofern schwerere Strafe z. B. nach §§. 104 bis 106, 110, 209 und 210 des Criminal-Gesetzbuchs nicht verwirkt ist:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{f} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen.

2) Wer Privatgebäude besudelt oder an oder in denselben Frevel verübt;

unter gleicher Voraussetzung (z. B. Criminal-Gesetzbuch §§. 110 und 180) auf Antrag des Eigenthümers oder Nutzungsberechtigten:

Geldbuße bis 5 \mathfrak{f} oder Gefängniß bis zu 8 Tagen.

3) Wer Anschlagzettel oder Plakate an Herzogl. Residenzschlösser oder gottesdienstliche Gebäude oder aber an diejenigen öffentlichen Bauwerke unbefugt anschlägt oder anheftet, welche als dazu nicht geeignet durch öffentliche Bekanntmachung der Ortspolizeibehörde bezeichnet sind:

Geldbuße bis zu 3 \mathfrak{f} .

4) Wer Anschlagzettel oder Plakate an solche Privat-Bauwerke unbefugt anschlägt oder anheftet, bezüglich welcher dieses auf Antrag des Eigenthümers durch öffentliche Bekanntmachung der Ortspolizeibehörde oder durch einen Anschlag des Ci-

Eigenthümers an dem Gebäude selbst untersagt worden ist;

auf Antrag des Eigenthümers oder dessen Vertreters:

Geldbuße bis zu 1 \mathfrak{R} .

VI. Titel.

Vergehen gegen die häusliche Ordnung.

(Gesinde = Polizei.)

A. Vergehen der Dienstboten.

§. 177.

Wer zuerst innerhalb des Herzogthums in den GesindeDienst eintritt und es unterläßt, bis zum Dienstantritt ein Dienstbuch bei der Ortspolizeibehörde (Gesindeordnung vom 15. October 1834) zu lösen:

Geldbuße von 16 \mathfrak{M} .

§. 178.

Derjenige Dienstbote, welcher das erhaltene Dienstbuch verloren zu haben behauptet und den unverschuldeten Verlust weder nachweisen, noch wahrscheinlich machen kann, sowie derjenige, welcher das in seinem Besitze befindliche Dienstbuch der Polizeibehörde auf Anfordern vorenthält:

Geldbuße von 16 \mathfrak{M} bis zu 2 \mathfrak{R} .

§. 179.

Derjenige Dienstbote, welcher sich für die nämliche Zeit bei mehreren Herrschaften vermietet:

Geldbuße von 1 bis 10 \mathfrak{R} , oder Gefängniß von 1 bis 14 Tagen.

§. 180.

Dienstboten, welche ohne gesetzlichen Grund den

ordnungsmäßigen Dienstantritt verweigern, oder den Dienst vor Ablauf der Dienstzeit eigenmächtig ohne gesetzliche Ursache verlassen;

auf Antrag der Herrschaft, unbeschadet deren Rechts zur Entlassung oder Verbeibehaltung des Diensthoten: Geldbuße bis 10 z^{f} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen.

Diese Bestimmung findet auch Anwendung:

- 1) auf die bei den Stromschiffern im Dienste stehenden Schiffsknechte;
- 2) auf das Verhältniß zwischen dem Besitzer, Pächter oder Verwalter eines Landguts oder einer andern Acker- oder Forstwirtschaft und solchen Dienstleuten, welche gegen Gewährung einer Wohnung in den jenen gehörigen oder auf dem Gute befindlichen Gebäuden und gegen einen im Voraus bestimmten Lohn beauf der Bewirtschaftung angenommen sind;
- 3) auf das Verhältniß zwischen dem Arbeitgeber und solchen Handarbeitern, welche sich zu bestimmten land- und forstwirtschaftlichen Arbeiten z. B. Erntearbeiten auf Acker und Wiesen, Meliorationsarbeiten, Holzschnitten und zu Arbeiten bei landwirtschaftlichen Nebengewerben, als: Ziegelerbeiter u. dergleichen verbunden haben.

Die Bestimmungen des Criminal-Gesetzbuches §. 123 bleiben unverändert.

Die Polizeibehörden sind, unabhängig von der Strafverfolgung, befugt, das den Antritt oder die Fortsetzung des Dienstes ohne gesetzlichen Grund verweigernde Gesinde und die demselben gleichgestellten Personen der Herrschaft, auf deren Antrag, mit Vorbehalt des Rechtsweges, zwangsweise zuführen zu lassen.

§. 181.

Dienstboten, welche, wenn sie den Dienst vor Ablauf der Dienstzeit, wenn auch aus gesetzlichem Grunde, verlassen, davon nicht zuvor oder beim Abgange der Ortspolizeibehörde Anzeige machen:

Geldbuße bis zu 1 \mathfrak{R} .

§. 182.

Dienstboten, welche sich hartnäckigen Ungehorsam oder Widerseßlichkeit gegen die Befehle der Herrschaft oder deren Stellvertreter zu Schulden kommen lassen, oder die Pflicht der Ehrerbietung gegen jene gröblich verletzen; Hausgesinde, welches ohne Erlaubniß der Herrschaft über Nacht entweder aus deren Wohnung sich entfernt oder in dieselbe andere Personen bei sich aufnimmt; insofern schwerere Strafe nicht verwirkt worden, auf Antrag der Herrschaft oder ihres Stellverters:

Geldbuße bis zu 3 \mathfrak{R} , in leichteren Fällen Verweis.

§. 183.

In den in §§. 180 bis 182 bezeichneten Fällen muß der Antrag auf Bestrafung des Dienstboten innerhalb 14 Tagen seit Begehung der Uebertretung bei dem öffentlichen Ankläger gestellt werden, widrigenfalls eine strafrechtliche Verfolgung nicht weiter Statt findet.

B. Vergehen der Dienstherrschaften.

§. 184.

Dienstherrschaften, welche einen Dienstboten miethen, wissend, daß derselbe bereits für die nämliche Zeit bei einem Andern sich vermietet habe:

Geldbuße von 1 bis 10 \mathfrak{R} .

§. 185.

Diejenige Dienstherrschaft, welche, insofern nicht das

zu miethende Gefinde zum ersten Male in einen Dienst eintritt, sich beim Abschlusse des Dienstvertrages das Dienstbuch nicht vorlegen läßt,

oder von den darin offensichtlich enthaltenen Mängeln oder Unrichtigkeiten der Ortspolizeibehörde nicht sofort Anzeige macht,

oder aber bei der Dienstentlassung eines Gefindes, oder wenn es verlangt wird, auch während der Dienstzeit, demselben weder ein Zeugniß im Dienstbuche ausstellt, noch ein solches nach §. 4 der Gefinde-Ordnung an die Ortspolizeibehörde einsendet:

Geldbuße von 16 *M.*

§. 186.

Diejenige Dienstherrschaft, welche dem Dienstboten entweder in dem Dienstbuche oder in dem an die Ortspolizeibehörde eingesandten Atteste wider besseres Wissen die Unwahrheit bezeugt, sei es zum Vortheile oder zum Nachtheile des Dienstboten:

Geldbuße bis zu 10 *fl.*, vorbehaltlich der Entschädigungsansprüche des Dienstboten oder der dadurch getäuschten und benachtheiligten Dritten.

C. Vergehen der Gefindemakler.

§. 187.

Derjenige Gefindemakler, welcher im Dienste stehendes Gefinde zu dessen Verlassung oder zur Annahme eines andern Dienstes anreizt;

oder untaugliches oder ungetreues Gefinde wider besseres Wissen als tauglich oder zuverlässig,

oder bereits von einer andern Herrschaft gemiethetes Gefinde, bekannt hiermit, zur Dienstannahme bei einer zweiten Herrschaft empfiehlt:

Geldbuße von 5 *fl.*, und im Wiederholungsfalle

daneben Verlust des Gewerberechts. Die Privatentschädigungsansprüche Dritter bleiben vorbehalten.

VII. Titel.

Vergehen gegen die gewerbliche Ordnung.

A. Vergehen gegen die Vorschriften über den gildemäßigen Gewerbebetrieb.

§. 188.

Gildegenossen, welche sich gegen die Gildevorsteher bei Ausübung ihres Amtes ungebührlich betragen; auf Antrag der letzteren;

falls nicht gegen die Bestimmungen des Criminal-Gesetzbuchs verstoßen ist:

Geldbuße bis zu 5 \mathfrak{R} , welche der betreffenden Gildecasse zu überweisen ist.

§. 189.

Gildegenossen, welche, wenn sie ihre Verechtsame für beeinträchtigt halten, nicht im gesetzlichen Wege sondern eigenmächtig verfahren oder überhaupt den Bestimmungen der Gildeordnung oder obrigkeitlichen Anordnungen entgegenzuwirken bemüht sind,

welche insbesondere sich das Verschreien oder Schimpfen einzelner Gilden oder Gildegenossen erlauben;

falls die Handlungen nicht unter die Bestimmungen des Criminal-Gesetzbuchs fallen:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{R} , oder Gefängniß bis von 14 Tagen.

§. 190.

Gildegenossen, Handwerksmeister, Fabrikanten oder Künstler, welche anderen Gewerbetreibenden dieser Art

die bei denselben in Arbeit stehenden Gesellen oder Gehülfen abspänstig zu machen suchen,

sowie derjenige Gildevorsteher oder Herbergswirth, welcher von solchen Versuchen Kenntniß gehabt und nicht sofort Anzeige gemacht hat:

Geldbuße bis 10 zf .

§. 191.

Gildevorsteher und obrigkeitliche Deputirte, welche bei den Gildeversammlungen Trink- oder Spielgelage oder ähnliche Mißbräuche zulassen:

Geldbuße von 5 zf .

Gildemitglieder, welche an dergleichen Ordnungswidrigkeiten Theil genommen haben:

Geldbuße von 2 zf .

§. 192.

Gildevorsteher, welche entweder höhere, als die durch Gesetz oder Gildestatut bestimmten Gebühren, oder aber freiwillige Gaben in Gildesachen annehmen:

Geldbuße von 2 bis 10 zf und Ersatz des unrechtmäßig erhobenen oder angenommenen Betrages.

§. 193.

Gildevorsteher, welche eine Bestrafung nach Maßgabe der §§. 191 oder 192 erlitten haben, können von der Gildebehörde ihres Amtes entlassen werden und sind dann nicht wieder wählbar.

Wider obrigkeitliche Deputirte bleibt das Disciplinarverfahren wegen solcher Vergehungen und die etwa verwirkte criminelle Bestrafung vorbehalten.

§. 194.

Derjenige Meister, welcher seinem Gesellen wissenstlich ein unrichtiges Zeugniß erteilt:

Geldbuße von 5 bis 10 zf .

§. 195.

Derjenige Meister, welcher einen fremden Gesellen in Arbeit nimmt, ohne sich zuvor über dessen Wohlverhalten und Geschicklichkeit durch Einsicht seines Wanderbuches oder des ihm an Stelle desselben von der Obrigkeit seines Heimathsorts erteilten Reise- Legitimations- documents, oder eines obrigkeitlich beglaubigten Zeugnisses seines Wohlverhaltens und seiner Geschicklichkeit vergewissert zu haben:

Geldbuße von 1 bis 5 \mathfrak{f} .

§. 196.

Derjenige Meister, welcher sich weigert, von andern Meistern oder an fremden Orten angefangene oder gefertigte Arbeiten aus diesem Grunde zu vollenden oder auszubessern:

Geldbuße von 1 bis 10 \mathfrak{f} .

§. 197.

Derjenige Meister, welcher einem andern die Kunden abspänstig zu machen sucht:

Geldbuße von 5 \mathfrak{f} .

§. 198.

Derjenige, welcher die im §. 84 des Gesetzes über den gildemäßigen Gewerbebetrieb vom 24. Januar 1852 wegen der einwandernden Gesellen vorgeschriebene Ordnung übertritt;

auf Antrag der Gildebehörde:

Geldbuße bis 5 \mathfrak{f} .

§. 199.

Herbergswirthe, welche die im §. 98 des Gesetzes vom 24. Januar 1852 \mathfrak{N} 11 ihnen auferlegten Verpflichtungen übertreten:

insofern schwerere Strafe nicht verwirkt ist:

Geldbuße bis 5 \mathfrak{f} .

§. 200.

Derjenige Gesell, welcher die im §. 91 des Gesetzes vom 24. Januar 1852 N^o 11 enthaltenen Vorschriften,

oder, falls er bei seinem Meister wohnt, durch ungebührliches Betragen die Hausordnung gröblich verletzt, insbesondere ohne Erlaubniß des Meisters sich über Nacht aus dessen Wohnung entfernt oder andere Personen in des Meisters Wohnung bei sich aufnimmt;

auf Antrag des Meisters, insofern derselbe binnen 14 Tagen nach der Uebertretung und vor etwaiger Entlassung des Gesellen bei dem öffentlichen Ankläger gestellt wird:

Geldbuße bis 3 \mathcal{R} , in leichteren Fällen Verweis.

§. 201.

Gesellen oder Fabrikarbeiter, welche ohne gesetzlichen Grund die Arbeit bei ihrem Meister oder Fabrikherrn nicht antreten, oder die Fortsetzung der Arbeit verweigern, oder aber vor Ablauf der durch Vertrag, Statut oder Gesetz (Gesetz vom 24. Januar 1852 N^o 11, §. 92) festgestellten Dienstzeit eigenmächtig verlassen;

auf Antrag des Meisters oder Fabrikherrn, insofern derselbe binnen 14 Tagen nach der Uebertretung bei dem öffentlichen Ankläger gestellt wird:

Geldbuße bis 10 \mathcal{R} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen.

Unabhängig von der Strafverfolgung ist die Polizeibehörde berechtigt, Gesellen oder Fabrikarbeiter, welche unbefugt aus der Arbeit treten, dem betreffenden Meister oder Fabrikherrn auf dessen Antrag wieder zuzuführen.

§. 202.

Derjenige einheimische Gesell, welcher aus einem der

im §. 94 des Gesetzes vom 24. Januar 1852 *N* 11 aufgeführten Gründe aus der Arbeit entlassen oder nach §. 87 als entlassen zu betrachten ist, wenn er sich weigert, sofort wenigstens auf drei Monate fortzuwandern; auf Antrag des betreffenden Meisters:

Geldbuße bis 10 *z*ß, welche der Gildecaße zufällt.

§. 203.

Gesellen oder Fabrikarbeiter, welche sich Handwerksmißbräuche zu Schulden kommen lassen, oder Corporationen oder Bruderschaften bilden, welche dem Verbote der Handwerksmißbräuche zuwiderlaufende Zwecke verfolgen,

oder ein Vereinsiegel oder eine schwarze Tafel führen,

oder ein Strafrecht über Meister, Arbeitgeber oder Gesellen auszuüben sich erlauben;

insofern härtere Strafe nicht verwirkt ist:

Geldbuße bis 10 *z*ß oder Gefängniß bis zu 14 Tagen.

§. 204.

Gesellen oder Fabrikarbeiter, welche den blauen Montag feiern:

Geldbuße von 1 *z*ß.

§. 205.

Wirth, welche am Montag während der gewöhnlichen Arbeitsstunden ohne ortspolizeiliche Erlaubniß Zusammenkünfte von Gesellen oder Fabrikarbeitern bei sich bulden:

Geldbuße von 4 *z*ß.

§. 206.

Gildevorsteher, Meister und Arbeitgeber, welche die ihnen bekannt werdenden Contraventionen der Gesellen ihrer Gilde oder ihrer Arbeiter gegen die Bestimmungen

im §. 203 dieses Gesetzes und die Vorschriften des Gesetzes vom 24. Januar 1852, *N.* 11, nicht entweder selbst abstellen, wenn sie die Befugniß und die Mittel dazu haben, oder aber zur Abstellung der hiezu befugten Person oder Behörde anzeigen:

Geldbuße bis 3 \mathfrak{R} .

§. 207.

Derjenige Stückmeister, welcher bei Anfertigung, Aufweisung oder Prüfung des Probestücks eine Bewirthung anstellt:

Geldbuße von 10 \mathfrak{R} .

Obrigkeithliche Deputirte, Gildevorsteher und andere Mitglieder der betreffenden Gilde, welche an der Bewirthung Theil nehmen, werden nach §. 191 bestraft.

§. 208.

Derjenige Meister, welcher sich bei Anfertigung des Probestücks durch den Stückmeister unbefugt einsindet:

Geldbuße von 5 \mathfrak{R} .

§. 209.

Derjenige Stückmeister, welcher bei Anfertigung des Probestücks sich fremder Hülfe bedient:

Gefängniß von 14 Tagen bis zu 6 Monaten, Confiscation des Probestücks zum Besten der Gildecasse und Verlust des in Folge jener Probearbeit gewonnenen Meisterrechts, auch Zurücksetzung der anderweiten Meldung zur Anfertigung eines neuen Probestücks auf ein Jahr.

§. 210.

Derjenige Meister oder Gewerbetreibende, welcher, der bereits zwei Male deshalb erlittenen Bestrafung ungeachtet, obrigkeithlichen Befehlen oder polizeilichen Anordnungen in Gilde oder Gewerbesachen entgegenhandelt oder eine Veruntreuung der ihm in seinem Gewer-

betriebe anvertrauten Gegenstände zum zweiten Male überführt wird, kann, neben der sonst verhängten Strafe, zum Verluste der Gewerbebefugniß und wenn ein Gildemeister sich solchen Vergehens schuldig machte, zur Ausstoßung aus der Gilde und zum Verluste der Befugniß zum selbstständigen Betriebe eines gildemäßigen Gewerbes verwurtheilt werden. (Gewerbsteuergesetz vom 4. April 1837, §. 32; Gesetz über den gildemäßigen Gewerbebetrieb vom 24. Januar 1852, §. 117.)

B. Beschäftigung von Kindern in den Fabriken.

§. 211.

Inhaber von Fabriken, Berg-, Hütten- oder Pochwerken und Steinbrüchen, welche

- 1) Kinder unter 10 Jahren zu regelmäßiger Arbeit in denselben annehmen,
- 2) noch schulpflichtige Kinder über 10 Jahren
 - a. täglich länger als 6 Stunden,
 - b. oder vor 6 Uhr Morgens, oder nach 8 Uhr Abends,
 - c. oder ohne ihnen am Vor- und Nachmittage je $\frac{1}{2}$ Stunde Muße, unter Gestattung der Bewegung in freier Luft, zu geben,
 - d. oder dieselben vom regelmäßigen Schulbesuche oder von dem Confirmanden- oder Catechumenen-Unterrichte zurückhalten,
 - e. oder dieselben in der Fabrik u. nicht unter die Aufsicht eines anerkannt rechtlichen Aufsehers stellen:

Geldbuße von 16 fl bis 5 fl für jeden vorschriftswidrig beschäftigten Arbeiter,

und kann außerdem das Gericht Demjenigen, welcher wiederholt wegen Uebertretung vorstehender Bestimmungen bestraft worden ist, bei fernerer Uebertretung die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter ganz oder auf bestimmte Zeit untersagen. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden mit Geldbuße von 16 *M* bis 5 *§* für jedes Kind und jeden Contraventionsfall bestraft.

Das Herzogl. Staats-Ministerium ist ermächtigt, für einzelne, besonders angreifende, oder irgendwie nachtheilige Art der Gewerbeverrichtungen noch weiter gehende Beschränkungen anzuordnen, deren Uebertretung alsdann gleicher Strafe unterliegt.

- 3) Diejenigen Inhaber von Fabriken, Berg-, Hütten- und Hochwerken, welche es unterlassen, über die von ihnen regelmäßig beschäftigten Kinder vollständige Listen, deren Namen, Alter, Wohnort, Eintritt in die Fabrik und Arbeitszeit enthaltend, zu führen und solche in dem Arbeitslocale aufzubewahren; sowie diejenigen, welche den Polizeiofficianten die Einsicht dieser Listen, oder aber zum Zwecke der Controle den Zutritt in die Arbeitsräume verweigern:

Geldbuße von 1 bis 25 *§*.

Die controlirenden Polizeiofficianten können den Zutritt in die Arbeitsräume nur auf Grund eines ihnen erteilten schriftlichen Auftrags der Polizeibehörde in Anspruch nehmen und sind solchen auf Erfordern dem Fabrikherrn oder dessen Vertreter vorzuzeigen verpflichtet.

C. Belohnung der Arbeiter mit Waaren.

§. 212.

Fabrikinhaber und andere Gewerbetreibende, deren Stellvertreter, sowie Diejenigen, welche mit Ganz- oder Halb-Fabrikaten Handel treiben, wenn sie die in oder außerhalb der Fabrikstätte mit Anfertigung der Fabrikate beschäftigten Arbeiter, statt in baarem Gelde, mit Waaren lohnen oder denselben Waaren creditiren — wobei es jedoch gestattet ist, den Arbeitern Wohnung, Feuerungsbedarf, Landnutzung, regelmäßige Beköstigung, Arznei und ärztliche Hülfe, sowie Werkzeuge und Stoffe zu den von ihnen anzufertigenden Fabrikaten, unter Anrechnung bei der Lohnzahlung, contractsgemäß zu verabreichen: —

Geldbuße von 10 bis 50 \mathfrak{R} für den betreffenden Fabrik-Inhaber resp. dessen Vertreter, sowie für Jeden, der zur Umgehung durch Leistung seines Namens mitwirkt. Beim Rückfall: Geldbuße von 25 bis 100 \mathfrak{R} und öffentliche Bekanntmachung des Erkenntnisses.

D. Nichtbeachtung festgestellter Taxen.

§. 213.

Gewerbetreibende, namentlich auch Apotheker, welche die von der competenten Behörde festgestellten Taxen für ihre Waaren, Arbeiten oder sonstigen Leistungen nicht inne halten:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{R} .

§. 214.

Wer, zur Nachweisung und Unterhandlung wegen an- oder auszuleihender Capitalien, oder zur Vermittelung der Veräußerung von Grundstücken berechtigt, sich eine höhere als die gesetzliche Provision bedingt oder

zahlen läßt, wird, vorbehaltlich der etwa verwirkten Criminalstrafe, nach den darüber ergangenen, besondern gesetzlichen Bestimmungen (Geld- und Wechsel-Makler-Ordnung vom 16. October 1787, Verordnung vom 19. Juli 1827, № 16, Declaration vom 11. Februar 1832, № 3, Advocaten- und Notariats-Ordnung vom 19. März 1850) bestraft.

§. 215.

Hengsthalter, welche ein geringeres als das festgestellte Sprung- und Füllengeld nehmen (Verordnung vom 4. Juni 1834 № 7):

für jeden einzelnen Contraventionsfall 2 \mathfrak{g} und beim Rückfalle 5 \mathfrak{g} .

Hengsthalter, welche der Verpflichtung zur Einreichung der in §. 8 der Verordnung vom 4. Juni 1834 № 7 vorgeschriebenen Listen nicht nachkommen:

Geldbuße von 1 \mathfrak{g} .

E. An- und Verlegung der Betriebsstätten einzelner Gewerbe.

§. 216.

Wer die Betriebsstätten solcher Gewerbe, deren Ausübung mit ungewöhnlichem Geräusche verbunden ist, errichtet oder verlegt, ohne zuvor die landespolizeiliche Genehmigung hinsichtlich der gewählten Localität eingeholt zu haben, welche insbesondere dann zu verweigern oder aber nur unter den geeigneten Beschränkungen zu erteilen ist, wenn in der Nähe der gewählten Betriebsstätte sich Kirchen, Schulen, Krankenhäuser oder andere öffentliche Gebäude befinden, deren bestimmungsmäßige Benutzung durch den Gewerbebetrieb auf dieser Stelle eine erhebliche Stö-

eung oder Belästigung erleiden würde; auf Antrag der Landes-Polizeibehörde:

Geldbuße von 1 bis 10 fl.

§. 217.

Wer Werkstätten oder Fabriken, welche eine schädliche oder belästigende Ausdünstung verbreiten, oder sonst für die Nachbarn oder das Publikum überhaupt erhebliche Gefahren oder Nachtheile herbeiführen können, als: Schießpulver-Fabriken, Anlagen zur Feuerwerkerei und Bereitung von Zündstoffen aller Art, Gasbereitungs- und Gasbewahrungsanstalten, Anlagen zur Bereitung von Steinkohlentheer oder Coaks, sofern sie außerhalb des Gewinnungsorts des Materials errichtet werden, Spiegel-, Porzellan-, Fayance- und Thongeschirr-Fabriken, Glas- und Ruffhütten, Zuckersiedereien, Kalk-, Ziegel- und Gypsöfen, Schmelzhütten, Hohöfen, Metallgießereien, chemische Fabriken, Firnißsiedereien, Cichorien-, Wachstuch- und Darmsaiten-Fabriken, Leim-, Thran-, Seifen- und Fluß-Siedereien, Knochenbrennereien, Schlachthäuser, Gerbereien, Abdeckereien, Bunderette- und Düngersfabriken, Dampfmaschinen, Dampffessel, durch Wind oder Wasser bewegte Triebwerke, Brauntelwein- oder Spiritusbrennereien u. anlegt, oder hinsichtlich der Lage, Einrichtung und Betriebsart wesentlich verändert, ohne zuvor die Genehmigung der Landes-Polizeibehörde erlangt zu haben; auf Antrag der Letztern:

Geldbuße von 5 bis 25 fl.

Die privatrechtlichen Ansprüche Dritter bleiben stets vorbehalten.

§. 218.

Bei den in der Stadt Braunschweig vorkommenden Fällen der §§. 216 und 217 ist vor Ertheilung der beantragten Genehmigung der Stadt-Magistrat zu hören und es hat, wenn eine Uebereinstimmung desselben mit

Herzogtl. Polizei-Direction nicht stattfindet, die Herzogl. Kreis-Direction über den Antrag zunächst zu entscheiden.

§. 219.

Inhaber von Herbergen, Gast-, Krug- und Schenkwirthschaften, welche ihre Wirthschaftslocale innerhalb des Gemeindebezirks willkürlich ohne Genehmigung der Orts-Polizeibehörde verlegen; auf Antrag der Letztern:

Geldbuße bis 5 \mathfrak{f} .

§. 220.

Die zuständigen Polizeibehörden sind in den §§. 216 bis 219 bezeichneten Fällen befugt, dergleichen ohne die vorgeschriebene Genehmigung errichtete, verlegte oder abgeänderte Betriebsstätten u. oder Wirthschaften, wenn und soweit polizeiliche Gründe solches nothwendig erscheinen lassen, bis zur Abhülfe der beanstandeten Einrichtungen und bis zur Ertheilung der vorgeschriebenen Genehmigung zu schließen.

F. Sonstige Vergehen bei Ausübung einzelner Gewerbe.

§. 221.

Jeder zur Beherbergung von Fremden berechnete Wirth, welcher den von der Landespolizeibehörde erlassenen Vorschriften über die Aufnahme und Beherbergung von Fremden, namentlich auch über Führung von Fremdenbüchern nicht Folge leistet:

Geldbuße bis zu 5 \mathfrak{f} .

§. 222.

Inhaber von Gastwirthschaften, welche die Aufnahme von Reisenden ohne genügenden Grund verweigern:

Geldbuße von 1 bis 5 \mathfrak{f} .

§. 223.

- 1) Gastwirth, Herbergirer, Krüger und Schenk-
wirth, welche ohne schriftliche Erlaubniß der Orts-Polizei-
behörde, oder unter Ueberschreitung der gestellten
Beschränkungen, Tanzlustbarkeiten, Schauspiele,
Vorstellungen, Concerte oder Feuerwerke in ihren
Localen veranstalten oder gestatten:

Geldbuße bis zu 10 zf .

- 2) Derjenige Gastwirth, Krüger oder Schenk-
wirth, welcher den gelöseten Erlaubnißschein auf Erfordern
den controlirenden Polizeiofficianten nicht vorzeigt:

Geldbuße bis zu 1 zf .

- 3) Unternehmer von solchen Tanzvergnügungen in
Privatlocalen, zu welchen Personen gegen Entrich-
tung eines bestimmten Eintrittsgeldes zugelassen
werden, unter der Voraussetzung sub N° 1 u. 2:

Geldbuße wie sub N° 1 oder 2, auf Antrag
der Orts-Polizeibehörde.

Die schriftliche Erlaubniß kann übrigens von der
Polizeibehörde auch generell ertheilt werden.

§. 224.

Krüger, Schenk- und Gastwirth der niedrigsten Ge-
werbesteuerklasse, sowie Bierbraner und Herbergirer, welche
ohne ortspolizeiliche Erlaubniß den Gästen in ihren Lo-
calen nach 10 Uhr Abends noch etwas verabreichen und
es unterlassen, Feierabend anzukündigen:

Geldbuße bis zu 10 zf ;

und wenn sie ihre Gäste nach der Feierabendstunde dem
Polizeipersonale verheimlichen oder diesem den Eintritt in
das Gastlocal zum Zweck der Controle versagen:

Geldbuße von 5 bis 10 zf .

Für einzelne Ortschaften und Zeiten kann von der
Landes-Polizeibehörde eine Verlängerung der Feierabend-
stunde bestimmt werden.

§. 225.

Gäste, welche über die Feierabendstunde hinaus in den im §. 224 bezeichneten Wirthschaften verbleiben und auf die Bemerkung des Wirths, dessen Stellvertreters oder des Polizeipersonals, daß die Feierabendstunde erschienen sei, sich nicht sogleich aus dem Wirthshause entfernen; vorbehältlich der Bestimmungen des §. 180 des Crimin.-Gesetzbuchs:

Geldbuße bis zu 3 \mathfrak{R} .

§. 226.

Die Bestimmungen der §§. 224 und 225 finden keine Anwendung auf Reisende, welche zur Nachtzeit in den dort bezeichneten Wirthschaften logiren, oder, um sich zu erfrischen, nur anhalten.

§. 227.

Diejenigen, zur Bereitung und Feilhaltung von Brod, Mehl oder Fleisch berechtigten Gewerbetreibenden, welche zur Zeit der öffentlichen Noth, ohne auf ihr Gewerbrecht zu verzichten, ungeachtet ortspolizeilicher Aufforderung den Fortbetrieb ihres Gewerbes einstellen oder ungebührlich beschränken, oder aber ihre Vorräthe auf polizeiliche Nachfrage verheimlichen;

auf Antrag der Ortspolizeibehörde:

Geldbuße von 2 bis 10 \mathfrak{R} und daneben, bei Fortsetzung der Weigerung, Entziehung des Gewerberechts.

§. 228.

Wer gegen die in der allgemeinen Mühlenordnung vom 21. December 1841, §§. 4 bis 16, und §. 19 enthaltenen Vorschriften verstößt;

vorbekühaltlich der etwa verwirkten Criminalstrafe:

Geldbuße von 1 bis 10 \mathfrak{R} .

§. 229.

Wer die Strafbestimmungen des Gesetzes vom 17. October 1836, Nr. 32, die Anlage neuer Mahlmühlen zur Exportation des darauf producirten Mählwerkes in's Ausland betreffend, übertritt;

nach Maßgabe desselben: Geldbuße von 100 \mathfrak{f} und im Wiederholungsfalle außerdem Concessionsverlust.

§. 230.

Derjenige Bäcker oder Backwaarenverkäufer, welcher, falls die Ortspolizeibehörde solches allgemein anordnet, es unterläßt, die Preise und das Gewicht seiner verschiedenen feil gehaltenen Waaren für gewisse, von der Ortspolizeibehörde zu bestimmende, die Dauer eines Monats nie übersteigende Zeiträume derselben anzuzeigen und solche zugleich durch einen deutlichen, während der täglichen Verkaufszeit in oder vor dem Verkaufsorte, Jedermann sichtbar, aushängenden und kostenfrei mit dem Polizeistempel zu versehenen Anschlag zur Kenntniß des Publicums zu bringen, sowie derjenige, welcher die darin bemerkten Selbsttaren überschreitet, die von ihm declarirten Brotsorten nicht, oder aber Brotsorten, deren Declaration vorgeschrieben ist, ohne solche Declaration backt:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{f} und zum Besten der Ortsarmencasse Confiscation derjenigen Backwaaren, rücksichtlich welcher die Uebertretung begangen ist.

Das für die Stadt Braunschweig unterm 18. Januar 1817 erlassene Reglement über die Einrichtung des dortigen Backwesens bleibt unverändert fortbestehen.

§. 231.

Gold- und Silberarbeiter, welche die von ihnen gefertigten Gold- und Silberwaaren, abgesehen von Kleinigkeiten unter 1 \mathfrak{f} Werth, nicht mit Bezeichnung ihres Namens und des Feingehalts; bei Waaren aber, welche

jene Bezeichnung nicht zulassen, nicht wenigstens mit letzter versehen:

Geldbuße von 2 bis 25 \mathfrak{R} .

Strafffreiheit tritt ein, wenn die Waare wegen ihrer Feinheit auch die Bezeichnung des Feingehalts nicht zuläßt.

§. 232.

Gold- und Silberarbeiter, welche Silber unter 12 Loth Feingehalt verarbeiten oder Silberwaaren geringern Gehalts feil halten:

Geldbuße von 2 bis 25 \mathfrak{R} und Confiscation der Waare.

Strafffreiheit tritt ein, wenn Waaren geringern Gehalts erweislich bestellt sind.

§. 233.

Inhaber von Leihbibliotheken, welche über die in ihrer Leihbibliothek vorhandenen Werke nicht stets vollständig erhaltene Cataloge führen,

oder den Orts- oder Landespolizeibeamten auf Anforderung die Einsicht dieser Cataloge, sowie der in ihrer Bibliothek vorhandenen Werke vorenthalten,

oder Werke unzüchtigen Inhalts wissenflich in denselben besitzen: — (eine vorgängige Warnung von Seiten der Landes-Polizeibehörde schließt die Unwissenheit aus) —

Geldbuße von 3 bis 10 \mathfrak{R} und Confiscation der verbotwidrig geführten Werke, daneben bei wiederholtem Rückfalle Entziehung des Gewerbe-rechts.

§. 234.

Lotterie-Collecteure oder Gehülfen, welche

- 1) sich statt mit baarem Gelde, den Einsatz mit Sachen bezahlen lassen,

- 2) oder den in ihrer Collecte Spielenden nicht auch die Loose für die spätern Classen gegen Bezahlung der Renovationsgelder oder etwaiger Rückstände aus den frühern Classen, zur Renovation anbieten,
- 3) oder ein in ihrer Collecte u. debitirtes Loos während der Ziehung der betreffenden Lotterie durch irgend welchen Vertrag an sich bringen,
- 4) oder dem Spieler den etwaigen Gewinn nicht unverkürzt auszahlen oder ihm solchen ungebührlich vorenthalten,
- 5) oder Loose durch unaufgeforderte Zusendung oder mittelst Eintritts in die Häuser ohne vorgängige Bestellung ausbieten,
- 6) oder sich von dem Spieler für den Fall eines ihm zufallenden Gewinnes besondere Douceurgelder versprechen lassen,
- 7) oder von den Spielern, denen Gewinne zufallen, Geschenke begehren oder erbitten,
- 8) oder Loose auf einzelne Classen, Tage oder gar Stunden der Ziehung vermieten,
- 9) oder Antheilscheine auf Lotterieloos ausgeben:

Geldbuße von 2 bis 25 fl , daneben in den Fällen sub Nris. 1, 2, 3, und 4 unter allen Umständen, in den übrigen Fällen aber unter erschwerenden Umständen oder im Wiederholungs-falle Verlust der Gewerbe-Befugniß.

Die etwa nach den Bestimmungen des Criminalgesetzbuchs verurtheilten Strafen werden dadurch nicht aufgehoben.

Alle nach dem Obigen den Lotterie-Collecteuren und Gehülfen verbotenen Verträge sind nichtig, daß in deren Folge an Jene Gegebene, sowie Geschenke, welche auf Bitten oder Begehren derselben von dem gewinnenden

Spieler gemacht wurden, oder deren Werth, können zurückgefordert werden.

§. 235.

Wer ohne landespolizeiliche Erlaubniß Lumpen sammelt:

Geldbuße bis zu 5 \mathfrak{R} nebst Confiscation der gesammelten Lumpen.

§. 236.

Der von der Landes-Polizeibehörde zugelassene Lumpensammler, welcher:

- 1) die von ihm eingehandelten Lumpen an andere Personen, als von welchen er angenommen ist, abgeliefert,
- 2) gleichzeitig das Geschäft des Lumpensammelns für verschiedene Personen besorgt,
- 3) die zum Lumpensammeln ihm erteilte Legitimation während des Lumpensammelns nicht bei sich führt,
- 4) nicht vor dem Beginne des Lumpensammelns an jedem Orte hiezu die Genehmigung der Ortspolizeibehörde einholt,
- 5) seine Legitimation auf desfallsige Aufforderung der Polizeiofficianten diesen nicht vorzeigt:

Geldbuße bis zu 5 \mathfrak{R} .

§. 237.

Lumpenfactore, Lumpenhändler und Papiermüller, welche:

- 1) Lumpen von andern Lumpensammlern, als den von ihnen selbst angenommenen Sammlern kaufen oder annehmen,
- 2) wissentlich den von einem andern bereits angenommenen Lumpensammler vor geendigtem Contracte desselben als Sammler engagiren:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{R} .

VIII. Titel.

Vergehen gegen bau- und feuerpolizeiliche Vorschriften.

A. Bau-Polizei.

§. 238.

Bau-Unternehmer oder Bauhandwerker, welche

- 1) bei einem Baue oder einer Reparatur in der Auswahl der Materialien zu solchen, oder in der Vornahme der Arbeit gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst dergestalt verstoßen, daß daraus eine Gefahr für die Bewohner des Hauses oder das Publikum entsteht,
- 2) einen Bau mit Gerüsten aufführen, oder solche bei Reparaturen aufstellen, oder Theile eines Gebäudes durch Stützen sichern, alsdann, wenn das Gerüste oder das gestützte Gebäude in Folge der fehlerhaften Einrichtung der Gerüste oder Stützen einstürzt; insofern die Bestimmungen des Criminal-Gesetzbuches §§. 152, 162 und 286 keine Anwendung finden:

Geldbuße von 5 bis 10 \mathfrak{R} .

§. 239.

Wer absichtlich oder fahrlässig die ihm obliegende Unterhaltung eines Bauwerkes, einschließlich der Blitzableiter, mit Gefahr für Personen, oder fremdes Eigenthum vernachlässigt:

Geldbuße von 5 bis 10 \mathfrak{R} .

§. 240.

Wer der Aufforderung der zuständigen Polizeibehörde, einen gefahrdrohenden Bau ausbessern, zu sichern oder

niederzureißen, ohne genügenden Entschuldigungsgrund, binnen der gesetzten Frist nicht Folge leistet:

Geldbuße von 10 bis 25 \mathfrak{R} .

§. 241.

Wer Bauten oder Reparaturen an Gebäuden, Brunnen, Brücken oder Schleusen vornimmt, ohne die von der Polizeibehörde angeordneten, oder sonst nothwendigen Sicherungsmaßregeln zu treffen:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{R} .

§. 242.

Baubandwerker, welche der an sie ergangenen Aufforderung der zuständigen Polizeibehörde zur schleunigen Sicherung oder Niederreißung eines Bauwerks ohne genügenden Entschuldigungsgrund nicht nachkommen;

auf Antrag der Polizeibehörde:

Geldbuße von 5 bis 25 \mathfrak{R} .

§. 243.

Anderere Uebertretungen der Baupolizei sind nach Maßgabe der Local-Baupolizei- und Feuer-Ordnungen und in deren Ermangelung, so viel das Land betrifft, nach Maßgabe der allgemeinen Feuerordnung für die Landgemeinden vom 15. October 1832 zu beurtheilen und zu bestrafen.

§. 244.

Unabhängig von der Strafverfolgung verbleibt der zuständigen Polizeibehörde die Befugniß, die Abänderung oder Beseitigung eines Theils solcher Neubauten und neuen baulichen Einrichtungen, welche gegen die Local-Baupolizei- und Feuerordnungen, das Gesetz oder den genehmigten Bauplan ausgeführt sind, und anderen Theils solcher Bauwerke zu verfügen, welche als gemeingefährlich sich darstellen.

Die betreffende Polizeibehörde ist befugt, ihrer Anordnung durch die gesetzlichen Zwangsmittel Nachdruck zu

geben, insbesondere auch bei Unfolgsamkeit des Eigenthümers oder Bauherrn die Sicherung, Abänderung oder Reparatur eines Bauwerks, oder aber in den geeigneten Fällen dessen Abbruch oder dessen öffentlichen Verkauf zum sofortigen Abbruch auf Kosten des Eigenthümers oder Bauherrn zu verfügen.

B. Feuer=Polizei.

cf. §. 48.

§. 245.

Uebertretungen bezüglich der zu leistenden Feuerhülfe werden nach den Local=Feuerordnungen, sonst auf dem Lande nach der allgemeinen Feuerordnung für die Landgemeinden vom 15. October 1822 beurtheilt und bestraft.

§. 246.

Handlungen und Unterlassungen, welche Feuersgefahr für Gebäude oder sonstige Gegenstände, als Forsten, Torfmoore, Feldfrüchte u. herbeizuführen geeignet sind, werden nach dem Grade der Gefahr mit:

Geldbuße bis zu 25 \mathfrak{R}

bestraft. Insbesondere verwirkt:

- 1) wer zum Handel mit Pulver berechtigt, in seinem Laden eine größere Quantität als 2 \mathfrak{R} und diese nicht in einem wohl verschlossenen Gefäße, außerdem aber in seinem Wohnhause eine größere Quantität als 10 \mathfrak{R} oder diese auf andere Weise, als auf dem Boden des Hauses in dichten, wohlverschlossenen, mehr als je 2 \mathfrak{R} haltenden Gefäßen und nicht wenigstens 6 Fuß von Feuerstellen oder Schornsteinen entfernt, verwahrt,
- 2) wer zum Handel mit Pulver nicht berechtigt, mehr als 2 \mathfrak{R} Pulver und diese nicht sicher verwahrt in seinem Wohnhause hat,

- 3) wer überhaupt größere, als die vorstehend bezeichneten Quantitäten Pulver besitzt und solche in anderer, als der von der Ortspolizeibehörde speciell angeordneten Weise aufbewahrt,
- 4) wer bei der Fertigung von Pulver, Schießbaumwolle, Feuerwerken oder ähnlichen leicht explobirenden Stoffen unvorsichtig verfährt, oder dabei die von der Polizeibehörde angeordneten Sicherungsmaßregeln übertritt,
- 5) wer dergleichen Gegenstände bei offenem Lichte verkauft, oder mit solchen unter Gefahr für Andere verkehrt,
- 6) wer zu Lande größere Quantitäten als $\frac{1}{8}$ Centner Pulver transportirt und
 - a. das transportirte Pulver nicht fest verpackt in mit der Aufschrift „Pulver“ versehenen Säcken oder Behältern und fern von leicht entzündlichen Gegenständen verwahrt,
 - b. oder ohne Erlaubniß der Ortspolizeibehörde oder unter Verletzung der von ihr angeordneten Controlmaßregeln durch Ortschaften transportirt,
 - c. oder den mit Pulver beladenen Wagen übermäßig schnell fährt, oder damit auffährt, ohne von den Gebäuden wenigstens 300 Fuß entfernt zu bleiben,
 - d. oder mehre mit Pulver beladene Wagen nicht wenigstens 200 Fuß von einander entfernt hält,
 - e. oder die mit Pulver beladenen Wagen Nachts nicht durch einen Wächter beaufsichtigen läßt,
 - f. derjenige Führer eines Pulver-Transports, welcher, sobald er sich einer Eisenbahn bis auf 300 Schritte nähert, nicht so lange anhält, bis er auf Erkundigung bei dem nächsten Eisenbahnbeamten oder Bahnwärter benachrichtigt ist, daß er auf

oder neben der Bahn ohne Gefahr weiter passieren könne,

g. wer mehr als 1 Centner Pulver geladen hat und nicht während des Transports stets einen tauglichen Führer hält, welcher wenigstens 25 Schritte dem Wagen vorauszuweichen und alle ihm begegnenden Personen zur Vorsicht, insbesondere zur Beseitigung brennender oder glimmender Gegenstände, zum langsamen Reiten und Fahren u. aufzufordern hat,

b. wer solcher Aufforderung nicht genügt,

7) wer zu Wasser mehr als 5 Pfund Schießpulver transportirt und solches zwischen anderen Waaren verpackt oder damit beim Anlanden nicht wenigstens 600 Fuß von Gebäuden entfernt bleibt, oder der Ortspolizeibehörde beim Anlanden nicht sofort Anzeige macht, oder die von derselben angeordneten Sicherungsmaßregeln übertritt,

8) wer mehr als $\frac{1}{8}$ Centner Pulver zu Lande und mehr als 5 Pfund zu Schiffe transportirt, ohne das Fuhrwerk oder Schiff mit schwarzer Warnungsflagge zu versehen, oder wer auf solchem Fuhrwerke, den Pferden, oder dem Schiffe, raucht oder Feuer anmacht,

oder mit dem Fuhrwerke oder Fahrzeuge beim Gewitter nicht wenigstens 1000 Fuß von Gebäuden oder andern Schiffen entfernt, anlegt,

9) wer größere Quantitäten Lack, Firniß, Buchdrucker-schwärze, Theer, Schwefel, Terpentin, Bechfadeln, Bechfränze oder Feuerwerke anders, als auf freien Plätzen außerhalb der Ortschaften, oder als in einem von der Ortspolizeibehörde genehmigten Locale bereitet,

- 10) wer in den Ortschaften, oder doch in unmittelbarer Nähe von Gebäuden ohne ortspolizeiliche Erlaubniß, oder unter Uebertretung derselben Feuerwerke abbrennt, Raketen oder Schwärmer wirft:
Geldbuße von 2 bis 25 \mathfrak{R} .

§. 247.

- 1) Wer ohne polizeiliche Erlaubniß in den Ortschaften mit brennenden Fackeln geht oder verkehrt,
- 2) wer ohne Nothfall oder ortspolizeiliche Erlaubniß innerhalb der Ortschaften im Freien offenes Feuer anmacht, oder dasselbe, bevor es gelöscht ist, verläßt,
- 3) derjenige Schornsteinfeger, welcher durch Versäumniß der Reinigungszeit oder sonstiges Verschulden bewirkt, daß ein Schornstein in Brand geräth,
- 4) wer Pulver, Schießbaumwolle oder ähnliche, leicht explodirende Stoffe an Kinder unter 10 Jahren, an notorisch Geisteschwache oder an Betrunkene verabfolgt,
- 5) wer trockenen Flachs, Hanf und dergleichen leicht feuerfangende Sachen bearbeitet, feuerfangende Früchte auf- oder abladet-oder drischt, das Vieh in den Ställen füttert oder melkt und sich dabei eines andern Lichtes, als in einer verschlossenen, an gefährloser Stelle aufgehängten oder aufgestellten Laterne bedient, oder diese bei der Arbeit, so lange das Licht brennt, öffnet,
- 6) wer mit freiem Lichte oder nicht gehörig verwahrten glühenden Kohlen in Scheuren, Drechstennen oder mit leicht feuerfangenden Gegenständen versehene Vorraths- oder Rauchkammern, oder ähnliche Gemächer und Böden geht,
- 7) wer glühende Kohlen oder noch nicht ausgebrannte

- Asche in entzündbaren Behältern oder sonst feuergefährlich verwahrt oder ausgeschüttet,
- 8) wer größere Quantitäten unmittelbar aus den Köhlereien kommende Holzkohlen, insofern sie nicht bereits 12 Stunden vor der Abfuhr aus dem Meiler ausgethan waren, oder aber länger als 24 Stunden gefahren sind, nicht wenigstens 12 Stunden unter freiem Himmel in genügender Entfernung von feuerfangenden Gegenständen lagern läßt,
 - 9) wer außerhalb der Ortschaften, aber in gefährlicher Nähe von Gebäuden, oder von auf dem Felde lagernden leicht entzündlichen Gegenständen, oder bei reifen Kornfeldern, bei Hecken, Zäunen, oder in gefährlicher Nähe von Holzungen offenes Feuer anmacht, oder solches, bevor es gelöscht worden, verläßt,
 - 10) wer in Ställen, Scheunen und überhaupt in der Nähe leicht explodirender oder leicht entzündlicher Gegenstände, insbesondere auch beim Auf- oder Abladen oder dem Transporte von Heu, Flachs, Stroh oder ähnlichen Materialien sich der Streichfeuerzeuge bedient, Cigarren oder Taback raucht, oder unvorsichtig die noch glimmende Asche, oder die noch brennende Cigarre auf oder bei leicht feuerfangende Gegenstände legt oder wirft,
 - 11) wer eine in seinem oder einem fremden Hause entstandene Feuersbrunst zuerst gewahr wird und nicht sofort Alarm macht, oder um Hülfe rüft; insofern die Bestimmung des Criminal-Gesetzbuchs §. 212 keine Anwendung findet:
 Geldbuße von 1 bis 10 fl.

§. 248.

- 1) Wer mit freiem Lichte oder nicht gehörig verwahr-

ten glühenden Kohlen über die Straße oder Höfe geht,

- 2) wer Frucht-, Stroh-, Heu- oder Torfdimmen, Schober oder Miethen aufrichtet und damit, insofern ortspolizeiliche Erlaubniß nicht ertheilt worden, nicht wenigstens 60 Fuß von jedem nicht feuersicher gedeckten und nicht wenigstens 30 Fuß von jedem feuersicher gedeckten Gebäude oder von Zäunen und hölzernen Planken entfernt bleibt,
- 3) wer Abends beim Schlafengehen oder am Tage, falls das Haus von allen erwachsenen Personen verlassen wird, das Feuer in offenen Geschirren oder auf offenem Herde nicht auslöscht, oder in sicherer Weise zudeckt,
- 4) wer leicht feuerfangende Gegenstände, als Heede, Flachs, Stroh, Laub, Borke, Hanf, Spähne u. auf dem Herde oder in Defen zu Zeiten, wo solche geheizt zu werden pflegen, aufbewahrt oder trocknet und sie in trockenem Zustande von Schornsteinen und Feuerstellen, falls solche nicht durch ein wenigstens 2 Fuß entferntes Gitter völlig abgesperrt sind, nicht wenigstens 5 Fuß entfernt hält,
- 5) wer innerhalb der Gebäude oder in deren unmittelbarer Nähe größere Quantitäten ungelöschten Kalks an feuchten Orten aufbewahrt, oder Flachs, Hanf, Torf, Lohe, Heu oder Feldfrüchte in feuchtem Zustande aufhäuft,
- 6) derjenige Hausbesitzer, welcher die Reinigung der Schornsteine, Kamine und Rauchföhen zu den vorgeschriebenen Terminen nicht geschehen läßt, sowie derjenige Schornsteinfeger, welcher zu den vorgeschriebenen Zeiten diese Reinigung nicht vornimmt, oder bei etwaiger Weigerung des Hausbesitzers davon nicht sofort der Ortspolizeibehörde Anzeige

macht, damit derselbe zum Reinigenlassen angehalten werde,

- 7) wer Brennholz in den Rauchzugsröhren der Oefen, in Backöfen, Schornsteinen oder Rauchlöchern, oder auf Gerüsten, welche nicht wenigstens einen Fuß hoch wohl befestigt über dem Ofen hängen, trocknet oder aufbewahrt,
- 8) wer Feuerungsmaterial in solchen Längen oder in einer Weise verbrennt, daß dasselbe beim Brennen aus dem Ofen oder Heerde hervorragt,
- 9) wer brennbare Gegenstände, als Speck, Schinken u. nach vollendeter Räucherung im Schornsteine aufbewahrt, oder während derselben bei ungewöhnlich starkem Feuer, so lange dieses dauert, nicht wegnimmt:

Geldbuße von 12 \mathcal{M} bis 10 \mathcal{R} ;

- 10) derjenige Hauswirth, welcher eine mit Glas oder Hornscheibe versehene Laterne nicht besitzt, oder nicht im Stande erhält, oder bei Feuervisitationen auf Erfordern nicht vorzeigt:

Geldbuße von 6 \mathcal{M} bis 1 \mathcal{R} .

§. 249.

Wer beim Moor- oder Haidebrennen die erforderliche Vorsicht gegen die Weiterverbreitung des Brandes nicht anwendet, insbesondere:

- 1) wer von dem beabsichtigten Brande nicht zuvor der Ortspolizeibehörde Anzeige macht oder deren Sicherungs-Anordnungen zuwiderhandelt,
- 2) die abzubrennende Fläche nicht genügend und zwar beim Moorbrennen durch Gräben, beim Haidebrennen aber durch Abplaggen begrenzt,
- 3) das Moor- oder Haidebrennen in gefährlicher Nähe von Gebäuden, Forsten oder sonstigem fremden, der Feuergefährdung ausgesetzten Eigenthume vor-

nimmt, oder das Feuer verläßt oder nicht löscht, wenn durch besondere Umstände, z. B. Aenderung oder Verstärkung des Windes ein solche Gefahr eintritt:

insofern nicht Bestrafung nach §. 212 des Criminal-Gesetzbuches eintritt:

Geldbuße von 1 bis 10 \mathfrak{f} .

§. 250.

Unabhängig von der Strafverfolgung steht den Polizeibehörden die Befugniß zu, gesetzwidrige Zustände, durch welche Feuergefährlichkeit bewirkt wird, auf Kosten des Uebertreters zu beseitigen und überhaupt die zur Entfernung der Gefahr erforderlichen Anordnungen zu treffen.

§. 251.

Wer dem Gesetze vom 24. August 1840 \mathfrak{N} 35 zuwider leicht entzündliche oder ätzende Stoffe auf den Packhöfen zu Braunschweig oder Wolfenbüttel niederlegt oder verladen läßt, oder dem Güterbestätiger-Büreau in Braunschweig zu verladen giebt, wird nach Maßgabe der §§. 5 und 6 jenes Gesetzes bestraft.

C. Brandversicherungswesen.

§. 252.

Wer im Herzogthume belegene Gebäude, welche in Folge des Gesetzes vom 24. Juli 1837 \mathfrak{N} 35 von der Versicherung in der inländischen Landes-Brandversicherungsanstalt nicht ausgeschlossen sind, in einer fremden Privat- oder öffentlichen Affecuranz-Gesellschaft ganz oder theilweise versichert:

Geldbuße von 50 \mathfrak{f} sowohl für den Versicherten, als auch für den betreffenden hiesigen Agenten, neben Confiscation der von der auswärtigen Affecuranzgesellschaft im Falle eines Bran-

des erfolgenden Entschädigungssumme. (Gesetz vom 24. Juli 1837 *N.* 35, §. 3.)
§. 253.

Wer die Aufnahme eines nach dem Gesetze vom 24. Juli 1837 *N.* 35 zum Eintritte in die inländische Landes-Brandversicherungsanstalt nicht geeigneten Gebäudes in solche, oder die Aufnahme eines nur gegen höhere, als die gewöhnlichen Beiträge aufnahmefähigen Gebäudes gegen die gewöhnlichen Beiträge unter Verheimlichung der betreffenden Qualität erwirkt, oder vor der zuständigen Behörde keine Anzeige davon macht, wenn ein bereits ordnungsmäßig aufgenommenes Gebäude durch Veränderung seiner Bestimmung oder Einrichtung unter die Zahl der ausgeschlossenen, oder nur gegen höhere Beiträge versicherbaren gelangt:

Geldbuße von 5 Procent der eingetragenen Versicherungssummen, welche dem Reservefonds der inländischen Landes-Brandversicherungs-Anstalt zufällt.

Unabhängig von der Strafverfolgung steht dem Herzogl. Finanz-Collegium die Befugniß zu, die Ausschließung eines ordnungswidrig aufgenommenen oder ordnungswidrig in der Anstalt verbliebenen Gebäudes, den §§. 5 und 6 des Gesetzes vom 24. Juli 1837 gemäß, zu verfügen.

§. 254.

- 1) Wer Mobilien bei verschiedenen Gesellschaften doppelt versichert,
- 2) derjenige Mobilienbesitzer oder Schätzer, welcher wissentlich durch unrichtige Werthangabe, oder wissentlich durch unrichtige Schätzung eine Uebersicherung von Mobilien herbeiführt;
insofern nicht eine Bestrafung nach dem Criminalgesetzbuche einzutreten hat:

Geldbuße bis zu 100 \mathfrak{R} oder Gefängniß bis zu 3 Monaten.

- 3) Andere Vergehen in Ansehung der Versicherung bei auswärtigen Brandversicherungsanstalten werden nach den bestehenden Gesetzen (Verordnung vom 16. October 1826 \mathfrak{N} 27, vergl. mit den Gesetzen vom 24. Juli 1837 \mathfrak{N} 35, und vom 9. August 1849 \mathfrak{N} 28, besonders aber Gesetz vom 15. Mai 1835 \mathfrak{N} 40) beurtheilt und bestraft.

IX. Titel.

Vergehen gegen wege- und straßenpolizeiliche Vorschriften.

§. 255.

Es ist verboten:

bezüglich aller öffentlichen Wege und Straßen:

- 1) das Reiten, das Fahren, das Ziehen mit losem Viehe, dieses mag beladen sein oder nicht, sowie das Fortschaffen größerer Lasten auf den Banketts, Trottoirs und sonstigen Fußwegen, sowie auf allen durch Schlagbäume, Pfähle und dergleichen abgesperrten öffentlichen Plätzen und Kirchhöfen, imgleichen bei eingerichteten Erd- und Grandwegen hinter den Bäumen, Abweispfählen oder Steinen und da, wo solche sich nicht finden, auf 2 Fuß Entfernung von der Grabenkante,
 - 2) das Fahren und Reiten durch die Gräben,
 - 3) das Treiben und Weiden des Viehes in den Gräben und das Durchtreiben des Viehes durch dieselben,
- insofern nicht das Fahren und Reiten durch

die Gräben, sowie das Durch- und Uebertreiben des Viehes, in Ermangelung gehöriger anderweiter Uebergänge oder Tristen, durch die Wege=Aufsichtsbehörde gestattet ist, oder ein Nothfall vorliegt,

- 4) das ohne gleiche vorgängige Erlaubniß geſchehene Anhäufen und Lagern von Holz, Dünger und anderen Gegenständen auf den Wegen und Straßen, insofern dadurch die Fahrbahn beengt oder verunreinigt wird,

das Auf- und Abladen solcher Gegenstände, insofern dadurch die Straße gesperrt wird, das Auswerfen und Anfüllen von Unrath und ähnlichen Gegenständen auf Straßen, Wege oder in Gräben, falls diese dadurch beschädigt oder verunreinigt werden oder falls deren Benutzung dadurch gefährlich wird, sowie das unbefugte Niederstoßen und sonstige Beschädigen der Seitengräben,

- 5) die Benutzung derjenigen Wegstrecken, welche durch, von der Wege=Aufsichtsbehörde gesetzte, Tafeln, Wische, aufgeworfene Gräben und dergleichen als gesperrt bezeichnet sind,
- 6) das Umherlaufenlassen beißiger Hunde auf den Wegen, das für die Vorübergehenden zc. mit Gefahr verknüpfte zu lange Anbinden von Hunden unter den Frachtwagen zur Nachtzeit, die Erbauung von Jahrmarktsbuden, insoweit solches nicht in den Ortschaften ohne übermäßige Verengung der Fahrbahn auf die Marktdauer von der Ortspolizeibehörde erlaubt worden ist,
- 7) die Vornahme von Vogel- und Scheibenschießen in solcher Nähe öffentlicher Wege, welche das Abstreifen der Kugeln auf den Weg oder das Scheuwerden der Pferde besorgen läßt, insofern nicht

daß Schießen auf dem betreffenden Platze und zu der betreffenden Zeit vorgängig von der zuständigen Polizeibehörde ausdrücklich gestattet war,

- 8) das Stehenlassen ausgespannter Fuhrwerke auf Straßen und Wegen, insofern es ohne ortspolizeiliche Erlaubniß oder unter Ueberschreitung derselben entweder zur Nachtzeit oder unter übermäßiger Beengung der Fahrbahn geschieht, wobei Gasthofs-Inhaber für die Fuhrwerke der bei ihnen abgetretenen Fremden und Fuhrleute zu haften haben,
- 9) das Liegenlassen der Vorlegesteine auf der Fahrbahn während der Nachtzeit:

bei Geldbuße von 6 *M* bis 5 *§*.

§. 256.

Außerdem ist verboten

bezüglich aller öffentlichen gepflasterten oder chausfürten Wege:

- 1) das Benutzen der äußeren Grabenkante innerhalb zweier Fuß vom äußersten Rande des Grabens oder der Böschung (des s. g. Sicherheitsstreifens) bei Heerstraßen und des bei andern Wegen etwa vorhandenen Sicherheitsstreifens mittelst Anpflügens, Angrabens oder Bepflanzens,
- 2) das Halten lebendiger Hecken an jenen Wegen in der Weise, daß sie in den Sicherheitsstreifen hinein-, oder wo ein solcher nicht befindlich, über die äußere Grabenkante hinausragen,
- 3) die Benutzung der neben der eigentlichen Steinbahn für leichtes Reisefuhrwerk vorgerichteten Sommerwegstrecken durch Fracht- oder Landfuhrwerk, insofern diese Benutzung durch Warnungstafeln oder auf sonst übliche Weise von der Wegeaufsichtsbehörde untersagt worden ist,

- 4) das Fahren auf den Kantensteinen, insoweit dieses nicht zum Ausweichen unvermeidlich ist, sowie das Anhaften an die Kantensteine beim Herabfahren von einem Berge,
- 5) das Umwenden mit einem eingerichteten Pfluge,
- 6) das Nachschleifen geladener Fashinen, Wägen und Bauhölzer außer der Zeit der Schlittenbahn,
- 7) das Anbinden oder Füttern des Viehes auf der Fahrbahn, den Brücken, Banketts oder in den Seitengraben,
 das Weiden oder Treiben des Viehes auf Banketts, Böschungen und in den Seitengraben,
- 8) das Befahren mit Lastwagen oder Karren, deren Radbeschläge weniger als 2 Zoll breit sind, sowie mit Fuhrwerk, dessen Räder mit hervorstehenden Kopfnägeln, mit hervorstehenden Stiften, oder mit zwar eingesenkten, aber wenigstens $\frac{1}{4}$ Zoll über die Oberfläche des Reifens hervorragenden Nägeln versehen sind,
- 9) das muthwillige oder fahrlässige Ueberfahren über die Vorlegesteine oder Materialhaufen,
 das muthwillige oder fahrlässige Anfahren und Beschädigen von Presssteinen, Geländern oder sonstigen Sicherheits-Vorrichtungen, das Spurhalten an denjenigen Strecken, wo durch gelegte Steine auf dessen Unterlassen besonders hingewiesen ist,
 sowie auch das Halten der Geleise eines unmittelbar vorfahrenden Wagens, sofern dieses nach Witterung, Tageszeit und Umständen vermieden werden kann:
 bei Geldbuße von 6 *ℳ* bis 5 *ℳ*;
- 10) das Fahren mit solchem Fuhrwerke, dessen Ladungsbreite $11\frac{1}{4}$ braunschweigische Fuß übersteigt,
- 11) das Fahren mit schwererer als der gesetzlich gestat-

teten Ladung (Gesetz vom 25. November 1839 *N.* 29, und Bekanntmachung vom 17. Mai 1840 *N.* 24) die Uebertretung des §. 3 des Gesetzes vom 25. November 1839 *N.* 29, bei dem ausnahmsweisen Transporte größerer untheilbarer Lasten, sowie die Ausstellung unrichtiger Ladescheine über die Größe der von dem Fuhrwerke eingenommenen Ladung (Gesetz vom 25. November 1839 §§. 5 und 6):

bei Geldbuße von 1 bis 10 *fl.*

§. 257.

Ueber das Ausweichen von Fuhrwerken, Viehheerden und Reitern auf den Fahrbahnen sollen folgende Bestimmungen gelten:

I. Wenn die Breite und Beschaffenheit des Weges das Ausweichen gestattet, so hat:

- 1) jedes Fuhrwerk, jeder Reiter und jede Viehheerde den Herzoglichen Equipagen, sowie marschirenden Militairabtheilungen beim Einholen oder Begegnen unbedingt, den Posten und Extraposten aber, sobald der Postillon in's Horn stößt, aus dem Wege zu fahren und sie ohne Schwierigkeit vorbeizulassen:

bei Geldbuße von 2 bis 10 *fl.*

- 2) Hiervon abgesehen haben:

- a. Viehheerden und Reiter jedem ihnen begegnenden Fuhrwerke, unbeladenes Fuhrwerk dem beladenen auszuweichen, es muß jedoch das Fuhrwerk bei engen Wegen den ihm begegnenden Heerden und Reitern, insofern solches möglich, so viel Platz lassen, daß dieselben passiren können; auch so lange anhalten, bis die Heerden vorbeigetrieben sind, falls ein Vorbeitreiben der Heerden ohne Gefahr für diese nicht in anderer Weise zu beschaffen steht;

- b. Viehheerden und Reiter, welche einander begegnen, desgleichen beladene und bezüglich unbeladene Wagen, welche gleichen Wagen entgegenkommen, haben jeder zur Hälfte rechts auszuweichen, ausnahmsweise muß jedoch derjenige, welcher eine steile Anhöhe hinauffährt, dem Herabfahrenden, sowie alsdann derjenige dem Begegnernden ganz ausweichen, wenn dieser, ohne das Bankett zu berühren, nicht nach der rechten Seite ausbiegen kann;
- c. Viehheerden und langsam fahrende Fuhrwerke müssen den nachkommenden schneller fahrenden Wagen, sowie auch den nachkommenden Reiter, wenn diese nicht anders vorbeikommen können, auf ein gegebenes Zeichen links vorüberlassen; Niemand darf das Vorbeifahren eines ihm nachfolgenden Wagens durch Einlenken in dessen Fahrbahn verhindern; das Vorbeifahren im Jaggen und das Wettfahren auf Wegen und Ortsstraßen ist untersagt.

II. Wenn die Breite oder Beschaffenheit des Weges das Ausweichen nicht gestattet, so muß

- 1) derjenige Leiter eines Fuhrwerks, welcher den ihm entgegenkommenden Wagen zuerst bemerkt, an einem passenden Orte so lange halten, bis das andere Fuhrwerk vorüber gefahren ist; Fuhrleute haben sich auf solchen Wegen durch Rufen oder Klatschen mit der Peitsche, die Postillons mit dem Horne Zeichen zu geben;
- 2) diese Bestimmung gilt auch bei Hohlwegen. Kommen aber gleichzeitig zwei Fuhrwerke in einem solchen da zusammen, wo ein Ausweichen nicht möglich ist, so muß derjenige zurückfahren, für

welchen dieses nach Richtung, Entfernung und Ladung am leichtesten zu bewerkstelligen ist,

- 3) Viehheerden und Reiter, welche auf Wegen, wo kein Ausweichen möglich ist, mit Fuhrwerke zusammentreffen, müssen umkehren:
bei Geldbuße bis zu 3 \mathfrak{g} .

§. 258.

- 1) Jeder Reiter eines Fuhrwerks, welcher sich durch Schlafen oder andere Verschuldung in die Lage gebracht hat, daß er sein Gespann weder zu jeder Zeit in seiner Gewalt hat, noch es zu leiten im Stande ist;
- 2) wer Zug-, Last- oder Reit-Thiere mit Vernachlässigung der erforderlichen Sicherheits-Maßregeln auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen stehen läßt oder führt, insbesondere an Orten wo Gefahr entstehen kann, sich von den Pferden vor seinem Fuhrwerke weiter als 5 Schritte entfernt, ohne sie sicherer Aufsicht anzuvertrauen oder die Stränge zu lösen,
- 3) wer auf hölzernen Brücken schnell fährt, wer in belebten Straßen, auf abschüssigen Wegen, beim Ausfahren aus den Gehöften auf Ortsstraßen, oder sonst an Orten oder unter Umständen, welche Gefahr für Menschen besorgen lassen, oder wo dieses durch Warnungstafeln verboten ist, ohne besondere Vorsicht schnell fährt oder reitet,
- 4) wer mit gemeiner Gefahr innerhalb der Ortschaften Pferde einfährt oder zureitet, wer in den Ortschaften mit Schlitten ohne feste Deichsel, oder ohne Geläute oder Schelle anders als im Schritt fährt,
- 5) wer mit mehr als zwei hinter einander gehängten Wagen fährt,

- 6) wer auf gefahrvoll steilen Wegen oder da, wo solches durch Anschlag von der zuständigen Behörde geboten ist, sein Fuhrwerk nicht hemmt, oder dieses auf chausfirten oder gepflasterten Straßen und Wegen in anderer Weise als durch eine Brems-einrichtung oder durch einen Hemm- oder Radschuh mit ebener Fläche bewirkt, vorbehältlich jedoch der ausnahmsweisen Benutzung von Eisketten und ähnlichen Vorrichtungen bei Schnee oder Glätteis,
- 7) wer auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Promenaden Wagen- oder Reitpferde durch Lärm, Geschrei oder andern Unfug scheu zu machen sucht: Geldbuße bis zu 3 \mathfrak{f} .

§. 259.

Für die in den §§. 255 bis 258 bezeichneten Strafen, für Kosten und Schäden sind auch die Thiere, das Gespann und das Fuhrwerk verhaftet, mit welchen die Uebertretung begangen ist, vorbehältlich des Rückgriffs des Eigenthümers derselben auf den Thäter.

§. 260.

Die durch das Gesetz mit der Controle beauftragten Personen (Gesetz vom 8. Mai 1835 \mathcal{N} 31, §. 33, Gesetz vom 25. Novbr. 1839 \mathcal{N} 29, §. 13, Wegeordnung vom 11. Mai 1840 \mathcal{N} 25, §. 65) haben solche Personen, welche gegen die Vorschriften der §§. 255 bis 258 verstoßen, falls dieselben entweder Ausländer oder unbekannt sind, der nächsten Ortspolizeibehörde vorzuführen.

Durch Entrichtung der gesetzlichen Strafe und des etwaigen Entschädigungsbetrages an Letztere können die Contravenienten einem weitem gerichtlichen Verfahren vorbeugen.

Wollen dieselben die Sache nicht auf diese Weise definitiv beenden, so ist von ihnen, in Ermangelung

einer andern Sicherstellung, der höchste gesetzliche Strafbetrag und die etwa verwirkte Entschädigungssumme als Caution bei der Ortspolizeibehörde niederzulegen, worauf die Freilassung auch der bei der Uebertretung benutzten Thiere, Gespanne und Fuhrwerke erfolgt. Die deponirten Cautionsbeträge sind sofort an das zuständige Herzogl. Stadt- oder Amtsgericht einzusenden und verfallen, wenn nicht, vom Tage der Niederlegung an, binnen 3 Wochen der Cautionsbesteller bei dem zuständigen öffentlichen Ankläger die Erhebung der Anklage beantragt und gleichzeitig dem zuständigen Gerichte von der Stellung solchen Antrags Kenntniß giebt.

Erfolgt weder die freiwillige Erlegung, noch die Deponirung der Strafe und des Entschädigungsbetrages, so hat die Ortspolizeibehörde den unbekannten oder ausländischen Contravenienten dem zuständigen Gerichte vorführen zu lassen.

§. 261.

Die nach §§. 255 bis 258 freiwillig oder in Folge Erkenntnisses erlegten Strafen fließen, wenn die Uebertretung auf Heerstraßen oder in Bezug auf dieselben begangen ist, in die Staatscasse, sonst aber in die städtischen, bezüglich die Amts- und Wegeverbesserungscassen desjenigen Bezirks, in welchem die Uebertretung begangen ist.

§. 262.

Wer ohne landespolizeiliche Erlaubniß

- 1) Windmühlen näher als 30 Ruthen,
- 2) Bienenstände im Freien näher als 20 und in bewohnten Ortschaften näher als 5 Ruthen von Heer- oder Landstraßen aufstellt:

Geldbuße von 1 bis 10 \mathfrak{f} .

Unabhängig von der Strafverfolgung steht der Landespolizeibehörde die Befugniß zu, die Entfernung der

gesetzeswidrig aufgestellten Windmühlen und Bienenstände zu bewirken.

§. 263.

Wer mit Erlaubniß der Wegeaufsichtsbehörde oder in Fällen augenblicklicher unvermeidlicher Noth auf Ortsstraßen, Plätzen oder öffentlichen Wegen solche Gegenstände stehen oder liegen läßt, durch welche die Passage in gefährlicher Weise gehemmt oder gestört wird, oder durch irgend welche Anlagen die Passage auf denselben gefährdet und des Nachts die gefährdrohenden Gegenstände oder Stellen nicht durch ein brennende Laterne bezeichnet;

desgleichen wer das in solchen zur öffentlichen Beleuchtung ausgestellten Laternen brennende Licht vorsätzlich auslöscht,

oder, wenn das Erlöschen des Lichts durch seine Fahrlässigkeit geschah, für dessen Erneuerung nicht sofort Sorge trägt:

Geldbuße bis 3 \mathfrak{f} .

§. 264.

Wer auf öffentlichen Wegen, Plätzen oder Ortsstraßen unbefugt Schlagbäume öffnet, Sperrungs- oder Warnungszeichen irgend einer Art hinwegnimmt, verändert oder unkenntlich macht;

insofern die Vorschriften des Criminal-Gesetzbuchs keine Anwendung finden:

Geldbuße von 1 bis 10 \mathfrak{f} .

§. 265.

Wer innerhalb bewohnter Ortschaften seine an öffentliche Plätze und Straßen stoßenden Hof- und Gartenräume nach diesen zu auf Anfordern der Ortspolizeibehörde nicht gehörig befriedigt oder die Befriedigung nicht in gehörigem Stande erhält:

Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{f} .

§. 266.

- 1) Wer zur Winterszeit auf den Trottoirs in den bewohnten Ortschaften Eisrutschbahnen macht,
- 2) wer Ortsstraßen, Plätze oder öffentliche Spaziergänge durch Ekel erregende Gegenstände verunreinigt,
- 3) wer auf den Straßen und Plätzen der Ortschaften, auf den zum Befahren bestimmten Promenaden, oder auf Heer- und Landstraßen Drachen steigen läßt;

auf Antrag der Ortspolizeibehörde:

Geldbuße bis zu 1 \mathfrak{R} .

§. 267.

Ordnungswidrigkeiten bezüglich der Chausseegeld-Erhebung und Zahlung, insbesondere der Chausseegeld-Verkürzungen werden ferner nach dem Gesetze vom 8. Mai 1835 \mathfrak{N}° 31 gestraft und finden dieselben Strafbestimmungen Anwendung auf dergleichen Ordnungswidrigkeiten hinsichtlich aller Wege und Brücken, für deren Benutzung ein Weg- oder Brückengeld mit Genehmigung des Herzogl. Staats-Ministeriums erhoben wird.

X. Titel.

Vergehen an Stau-Anlagen und öffentlichen Gewässern.

§. 268.

Wer den Lauf öffentlicher Gewässer hemmt oder stört, oder wer dieselben unbefugt verunreinigt:

Geldbuße bis zu 5 \mathfrak{R} .

§. 269.

Wer ohne vorgängige Erlaubniß der Landesverwaltungsbehörde in öffentlichen Gewässern Hölz flößt:

Geldbuße von 5 bis 10 fl.

§. 270.

Wer Deiche oder ähnliche Erhöhungen der Erdoberfläche, welche die Ausbreitung der zeitweise aus ihren Ufern tretenden Gewässer beschränken, innerhalb desjenigen Gebiets, welches das Wasser bei der höchsten Ueberschwemmung einnimmt, — abgesehen von den in augenblicklichen Nothfällen für deren Dauer getroffenen Schutzmaßregeln, — ohne Erlaubniß der Landespolizeibehörde anlegt, verlegt, erhöht, ganz oder theilweise zerstört;

wer unbefugt Schleusen oder Siele öffnet:

insofern die Bestimmungen des Criminal-Gesetzbuchs §. 209 keine Anwendung finden:

Geldbuße von 1 bis 50 fl.

§. 271.

Wer gegen die Strafbestimmungen der Gesetze vom 19. December 1851, N^o 57, die Erhaltung der öffentlichen Flüsse zc. und N^o 4, die Entwässerung der Grundstücke betreffend, verstößt, insbesondere:

- 1) wer wesentliche Ausbesserungen oder Umbauten an Stauanlagen, Triebwerken, Brücken oder sonstigen, das Bett oder Ufer öffentlicher Flüsse berührenden Bauwerken,
- 2) desgleichen wer dauernde Vorrichtungen in öffentlichen Flüssen oder an deren Ufern vornimmt, ohne davon der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen und ohne nach der schriftlichen Bescheinigung des Empfanges dieser Anzeige noch 14 Tage mit der beabsichtigten Arbeit oder Veränderung des früheren Zustandes zu warten oder aber solche

- vornimmt, wenn innerhalb dieser 14tägigen Frist von der Landespolizeibehörde ein Anderes verfügt worden ist;
- 3) derjenige Anlieger eines öffentlichen Flusses, welcher nicht dafür sorgt, daß Bäume oder Sträucher von seinem Grundstücke weder nach dem Flusse überhängen, noch dessen Lauf in sonstiger Weise stören; imgleichen daß durch Abflachung das Überhängen seines Grundstücks beseitigt werde, sobald zu besorgen ist, daß der überhängende Theil einstürze, und den Abfluß des Wassers erschwere oder verhindere;
 - 4) derjenige Stauwerksinhaber, welcher die Stauzeiten und Stauziele nicht genau beachtet, oder nicht durch zeitige Oeffnung der Schleusen nach Möglichkeit dafür sorgt, daß das Wasser die zulässige Stauhöhe nicht übersteige, auch bei ungewöhnlichem Andränge schleunigst abgeführt werde, oder endlich die im gesetzlichen Wege (Gesetz vom 19. December 1851 *Nr.* 57, §. 28) dieserhalb erlassenen Regulative übertritt;
 - 5) derjenige Stauwerksinhaber, welcher die Schleusen der Stauwerke nicht aufzieht oder zuseht, wenn und auf so lange als solches nach Bestimmung der zuständigen Behörde zur Beschaffung der gewöhnlichen, möglichst zu beschleunigenden, Räumarbeiten bei Flußreinigungen erforderlich ist,
 - 6) derjenige Stauwerksinhaber, welcher für die Erhaltung der Markpfähle nicht rechtzeitig Sorge trägt, oder bei nothwendiger Erneuerung derselben die vorgängige Anzeige bei der Ortspolizeibehörde unterläßt;
 - 7) derjenige, welchem gesetzlich die Unterhaltungslast von Privatbächen, künstlichen Privatwasserzügen

und Entwässerungsanlagen obliegt, wenn er dieselbe nicht in solchem Stande erhält, daß die öffentliche Sicherheit, oder Grundstücke und Berechtigungen Dritter keiner Gefährdung oder Beschädigung ausgesetzt worden, so wie wenn er dieselben in einer Weise verändert oder niederlegt, bei welcher die eben erwähnten Voraussetzungen zutreffen: Geldbuße bis zu 50 \mathfrak{R} .

Sind bei einem künstlichen Privatwasserzuge Mehrere betheiligt, so haften die Theilnehmer solidarisch für die Strafe.

Bei Verbänden ist die Anklage gegen den Vorsteher des Verbandes zu richten.

Es bleibt Jedem, welcher in eine Strafe verurtheilt ist, vorbehalten, seinen Regreß gegen den zu nehmen, der die Uebertretung durch sein Verschulden unmittelbar veranlaßt hat, namentlich auch gegen die angenommenen Aufseher, welche in Erfüllung ihrer contractlichen Verpflichtungen säumnig waren.

§. 272.

Die Bestimmungen der §§. 269 und 271 finden auf die Weiser und auf das Herzogl. Amt Thedinghausen keine Anwendung.

XI. Titel.

Vergehen gegen die Feldpolizei oder durch sonstige Beeinträchtigung fremden Eigenthums.

A. Beschädigung von Anpflanzungen.

§. 273.

1) Wer Bäume, Gesträuche oder nicht preisgegebene Blumen in öffentlichen Anpflanzungen an Promenaden,

Wegen, Ortsstraßen, Plätzen oder Friedhöfen, oder aber in solchen Privatanlagen, welche dem Publikum geöffnet sind, unbefugt beschädigt oder zerstört, er mag die betreffenden Gegenstände sich aneignen oder nicht, insofern nicht nach dem Criminal-Gesetzbuche eine härtere Strafe verwirkt ist:

- a. wenn der Schaden 1 \mathfrak{z} nicht übersteigt,
Geldbuße bis 10 \mathfrak{z} oder Gefängniß bis von 14 Tagen.
- b. wenn der Schaden über 1 bis 20 \mathfrak{z} beträgt:
Geldbuße von 10 bis 300 \mathfrak{z} oder Gefängniß von 14 Tagen bis von 6 Monaten;
- c. wenn der Schaden 20 \mathfrak{z} übersteigt:
Geldbuße von 200 bis 1000 \mathfrak{z} ; oder Gefängniß von 4 Monaten bis zu 3 Jahren.

2) Wenn aber solches aus Fahrlässigkeit geschehen ist:
Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{z} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen.

§. 274.

1) Wer außer den im §. 273 bezeichneten Fällen Bäume oder Gesträuche, insofern nicht das Forststrafgesetz Anwendung findet, oder nach dem Criminal-Gesetzbuche eine härtere Strafe verwirkt ist, -- beschädigt oder zerstört, er mag die betreffenden Gegenstände sich aneignen oder nicht:

- a. wenn der Schaden 5 \mathfrak{z} nicht übersteigt:
Geldbuße bis 10 \mathfrak{z} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen;
- b. wenn der Schaden über 5 bis 30 \mathfrak{z} beträgt:
Geldbuße von 10 bis 100 \mathfrak{z} oder Gefängniß von 14 Tagen bis zu 3 Monaten;

- c. wenn der Schaden über 30 \mathfrak{z} beträgt:
 Geldbuße von 60 bis 1000 \mathfrak{z} oder Gefängniß
 von 2 Monaten bis zu 3 Jahren.
 2) Wenn solcher aus Fahrlässigkeit geschah:
 Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{z} .

§. 275.

Die in den §§. 273 u. 274 angedroheten Strafen
 finden auch Anwendung, wenn nur einzelne Zweige,
 Früchte, Laub, Befriedigungs- und Befestigungsmittel von
 Bäumen, Gesträuchen oder Blumen der bezeichneten Art
 beschädigt, zerstört oder entwendet sind.

B. Hütungsfrevel.

§. 276.

1) Wer ohne Berechtigung oder ohne vorgängig er-
 theilte Erlaubniß des Berechtigten auf fruchttragenden oder
 von ihren Früchten noch nicht völlig befreieten Grundstü-
 cken jeder Art, einschließlich der Gärten und Weidereviere,
 soweit solche Grundstücke nicht unter Forstschutze stehen,
 schadenbringend Vieh hütet, weidet, treibt oder dar-
 auf gehen läßt, hauptsächlich mit Rücksicht auf den ange-
 richteten Schaden:

- a. für Rinder, Pferde, Maulthiere, Esel und Schweine;
 bis zu 20 Stück:
 Geldbuße von 18 \mathfrak{M} bis 5 \mathfrak{z} ,
 über 20 bis 40 Stück:
 Geldbuße von 2 bis 10 \mathfrak{z} ,
 über 40 Stück:
 Geldbuße von 4 bis 20 \mathfrak{z} ;
 b. für Ziegen und Schafe:
 bis zu 50 Stück:
 Geldbuße von 12 bis 5 \mathfrak{z} ,

über 50 bis 100 Stück:

Geldbuße von 2 bis 10 fl ,

über 100 Stück:

Geldbuße von 4 bis 30 fl .

c. für Federvieh (Hühner, Puter, Gänse, Enten, Hühner);

bis 30 Stück:

Geldbuße von 6 fl bis 2 fl ,

über 30 Stück:

Geldbuße von 1 bis 5 fl .

Bei Hütungsanlegen durch Jungvieh, als: Kälber, Lämmer, Füllen, Gösseln u. ist behuf Feststellung des Strafmaßes dem richterlichen Ermessen anheimgestellt, eine Reduction der wirklich aufgetriebenen Stückzahl im Verhältnisse desjenigen Schadensbetrages vorzunehmen, welchen derartige Jungvieh gegen ausgewachsenes Vieh derselben Gattung anrichtet.

§. 287.

Wer ohne Berechtigung oder ohne vorgängige Erlaubniß des Berechtigten auf nicht unter Forstschutz stehenden Grundstücken oder auf der Viehtrift nicht geöffneten Wegen, ohne Schaden zuzufügen, Vieh hütet, treibt oder gehen läßt;

auf Antrag des Berechtigten:

Geldbuße bis 3 fl .

§. 278.

Wer mit dem eigenen Viehe unbefugt fremdes Vieh auf die gemeine Weide treibt, wird rücksichtlich der unbefugt aufgetriebenen Stückzahl fremden Viehes,

wer zur Weide auf fremden oder gemeinschaftlichen Grundstücken berechtigt, die zum Eintreiben des Viehes bestimmte Reihenfolge, die festgesetzten Jahres- und Tageszeiten nicht inne hält, wird rücksichtlich derjenigen Stück-

zahl, mit welcher die Uebertretung begangen ist, einem Hütungsflreveler gleich bestraft.

§. 279.

Wer durch Fahrlässigkeit eine der in den §§. 276 bis 278 bezeichneten Brogen veranlaßt, sowie derjenige Hirt, welcher das seiner Hütung anvertraute Vieh nicht fortwährend beaufsichtigt, oder die Aufsicht untauglichen Personen unbefugt überträgt:

1) insofern kein Schaden entstand:

Geldbuße bis zu 1 \mathfrak{R} ;

2) wenn durch Uebertritt oder Anlauf des Viehes fahrlässig Schaden geschah:

Geldbuße bis zu 5 \mathfrak{R} .

§. 280.

Wer sein Vieh außerhalb geschlossener Höfe oder befriedigter Räume ohne gehörige Aufsicht umherlaufen läßt, insofern solches nicht polizeilich gestattet ist:

Geldbuße bis zu 1 \mathfrak{R} ,

und wenn in dessen Folge Schaden geschah:

Geldbuße bis zu 5 \mathfrak{R} .

Als ein gehöriger Aufseher des Viehes ist Derjenige stets anzusehen, welchen die betreffende Aufsicht unter Zustimmung der Orts-Polizeibehörde übertragen ist.

§. 281.

Jeder Theilnehmer eines gemeinschaftlichen Hütungsrechts, welcher, insofern er das Recht der Einzelhütung nicht erlangt hat, sein Vieh nicht mit der gemeinschaftlichen Heerde, sondern einzeln hütet oder hüten läßt:

Geldbuße bis zu 3 \mathfrak{R} .

§. 282.

Wer, insofern nicht Local-Vorschriften oder Obervanzen abweichende Bestimmungen enthalten, oder insofern nicht die Orts-Polizeibehörde solches in einzelnen Fällen ausdrücklich gestattet hat:

- 1) Grundstücke, welche nicht auf allen Seiten so eingeschlossen sind, daß dadurch das Austreten des Viehes verhindert wird, des Nachts zur Weide benützt,
- 2) das während des Nachts im Freien in Hürden oder andern geschlossenen Räumen bleibende Vieh vor Sonnenaufgang auf die Weide bringt oder später als eine Stunde nach Sonnenuntergang wieder eintreibt,
- 3) das Weidevieh, insofern es nicht des Nachts in Hürden oder andern geschlossenen Räumen im Freien verbleibt, später als eine Stunde nach Sonnenuntergang zu Ställe bringt oder früher als eine Stunde vor Sonnenaufgang zur Hütung wieder auftreibt:

Geldbuße bis zu 5 fl.

§. 283.

Wenn das unter der Aufsicht eines an sich tüchtigen Hirten weidende Vieh durch einen unabwendbaren Zufall zum Uebertritt auf ein fremdes Grundstück veranlaßt ist, so tritt Straflosigkeit ein.

§. 284.

Bei strafbaren Hütungsziwrogen wird die Strafe milder bemessen, wenn der Beschädigte sein Verhältniß gegen das Vieh zu befriedigen gehalten, dieser Verpflichtung aber nicht in gehöriger Weise nachgekommen war.

§. 285.

Bei allen Hütungsziwrogen sind alsdann, wenn der Dienstherr desjenigen Hirten, welcher die Broge verübte, eine Gemeinde oder Interessenschaft ist, für diese die Handlungen des Bürgermeisters, Vorstehers oder Desjenigen verpflichtend, welcher sonst von Amtswegen den Hirten mit Hütungsanweisung zu versehen hatte.

§. 286.

Derjenige Hirt, welcher wegen eines ohne Geheiß oder Vorwissen der Dienstherrschaft begangenen nicht fahrlässigen Hütungsprevels, oder aber innerhalb eines Jahres zwei Male wegen fahrlässigen Hütungsprevels rechtskräftig verurtheilt ist, kann ohne Anspruch auf Lohn und Kost für den Ueberrest seiner Dienstzeit aus dem Dienste entlassen werden, insofern die Dienstherrschaft von diesem Rechte innerhalb 14 Tagen nach vollstreckbar gewordenem Straferkenntniße, unter gleichzeitiger Benachrichtigung der Orts-Polizeibehörde, Gebrauch macht.

C. Widerrechtliche Betretung fremder Grundstücke.

§. 287.

Wer ohne Berechtigung oder ohne vorgängig ertheilte Erlaubniß des Berechtigten:

- 1) durch noch nicht abgeerntete oder von ihren Producten noch nicht entblößte offene Grundstücke,
- 2) durch eingefriedigte Grundstücke,
- 3) durch offene abgeerntete oder nicht fruchttragende Grundstücke, insofern deren Betreten durch Warnungszeichen, als Tafeln, Strohwische, Gräben u. unter sagt worden ist,
- 4) über Feld- oder Privatwege, deren Betretung einstweilen oder dauernd überhaupt oder doch in der Weise, wie die Uebertretung geschah, durch Warnungszeichen vom Berechtigten verboten ist:

geht, fährt oder reitet:

- a. wenn dadurch kein Schaden entstanden ist:

Geldbuße von 6 *M* bis 2 *fl*;

- b. wenn dadurch ein Schaden bis zu 2 *fl* bewirkt ist:

Geldbuße von 12 *M* bis 5 *fl*;

c. wenn dadurch ein Schaden über 2 \mathfrak{M} geschah:

Geldbuße von 3 bis 10 \mathfrak{M} .

Strafffreiheit tritt ein, wenn der Angeklagte nachweist, daß es ihm ohne Gefahr für Person oder Eigenthum unmöglich gewesen, auf dem erlaubten Wege durchzukommen, und daß er nur insoweit dieses unmöglich gewesen und auf die unschädlichste Weise auf ein Nachbargrundstück ausgewichen sei. In diesem Falle hat den unvermeidlichen Schaden Derjenige zu ersetzen, welcher seine Verpflichtung zur Instandhaltung des Weges verabsäumt hat.

§. 288.

Wer unbefugt durch oder über Gatter oder Befriedigungen in fremde Grundstücke kriecht oder steigt;

insofern das Criminal-Gesetzbuch oder das Gesetz vom 12. September 1851, \mathfrak{N} 39, über den Schutz der Wildgatter, keine Anwendung findet:

Geldbuße bis zu 1 \mathfrak{M} .

D. Eigenmächtige Grenzveränderung.

§. 289.

- 1) Wer unbefugt Grundstücke Anderer, oder solche Grundstücke, welche ihm nicht ausschließlich zugehören, durch Abgraben, Abpflügen, Grabenziehen oder auf andere Weise verkleinert; insofern das Criminal-Gesetzbuch oder das Forststrafgesetz keine Anwendung findet:

Geldbuße von 1 bis 10 \mathfrak{M} neben Ersatz des Schadens, sowie der aufzuwendenden Kosten der etwaigen Vermessung, Schätzung und Wiederherstellung des vorigen Standes;

- 2) Wer auf Gemeinde = Grund und Boden unbefugt zäunt oder pflanzt:

Geldbuße von 1 bis 10 \mathfrak{R} , daneben Ersatz der Kosten der Wiederherstellung des vorigen Standes.

§. 290.

- 1) Wer den die eigentliche Grenzlinie bezeichnenden (in continio belegenden) Grenzgraben zwischen seinem und dem benachbarten Grundstücke einseitig und ohne Zuziehung der Mitberechtigten aufwirft oder auffrischt, oder Knicke oder Hecken, welche die Grenze bezeichnen, eigenmächtig oder einseitig ausrodet, ohne zuvor dem Besitzer des Nachbargrundstückes davon Anzeige gemacht zu haben,
- 2) wer Grenzgräben, welche dem Nachbar zugehören, oder gemeinschaftliches Eigenthum sind, zupflügt oder verschüttet,
- 3) wer unbefugt sonstige, jedoch nicht unter öffentlicher Autorität (Criminal = Gesetzbuch §. 134) gesetzte künstliche oder natürliche Grenzmale zerstört, beschädigt oder verändert;

insofern das Forststrafgesetz keine Anwendung findet:

Geldbuße von 1 bis 10 \mathfrak{R} und Schadenersatz.

§. 291.

Es bedarf zur Erhebung der Anklage in den durch die §§. 287 bis 290 bezeichneten Fällen des Antrags oder der Zustimmung des Eigenthümers oder Nutzungsberechtigten des betreffenden Grundstücks, oder deren Vertreters, und sind die mit der Flurpolizei beauftragten Personen verpflichtet, denselben von derartigen Uebertretungen sofort Anzeige zu machen.

E. Sonstige Ungebühr an fremden Grund- stücken.

§. 292.

- 1) Wer unbefugt die zur Absperrung oder Vermessung von Grundstücken oder Wegen dienenden Warnungszeichen oder Merkmale,
- 2) wer die im Freien befindlichen Vorrichtungen zum Wegfangen oder Verscheuchen schädlicher Thiere oder Vögel,
- 3) wer Ruhebänke oder Hütten der Hirten oder Wächter,
- 4) wer im Freien befindliche, für den öffentlichen Gebrauch bestimmte Sitze, Bänke, Tische und dergleichen zerstört, beschädigt, besudelt oder fortnimmt;

insofern der §. 264, das Criminal-Gesetzbuch, oder das Forst- und Jagdstrafgesetz nicht Anwendung findet:

Geldbuße bis 10 \mathfrak{f} .

§. 293.

Wer, insofern die Bestimmungen des Criminal-Gesetzbuchs oder der Forststrafgesetze keine Anwendung finden, ohne Berechtigung oder ohne Erlaubniß des Berechtigten auf fremden oder gemeinheitlichen Grundstücken.

- 1) Thon, Lehm, Mergel, Erde, Sand, Steine und dergleichen mit dem Boden noch verbundene Materialien gräbt, bricht, rodet oder danach schürft,
- 2) Torf, Flaggen, Haide, Bülden oder Rasen gräbt oder sticht,
- 3) von Aekern, Wiesen oder Aengern Dünger, Knochen oder Steine sammelt,
- 4) das an Grenzrainen, Gräben, Wegen oder Tristen

wachsende Gras oder sonstige Viehfutter abrupt, abschneidet oder abmähet,

er mag sich die betreffenden Gegenstände aneignen oder nicht:

a. wenn der angerichtete Schaden oder doch der Werth der entfremdeten Gegenstände 2 \mathfrak{R} nicht übersteigt:

Geldbuße bis 5 \mathfrak{R} .

b. wenn derselbe 2 \mathfrak{R} übersteigt:

Geldbuße von 3 bis 10 \mathfrak{R} , oder Gefängniß von 3 bis 14 Tagen.

§. 294.

Wer unbefugt:

- 1) auf fremden Grasängern oder Hecken Gegenstände zum Bleichen, Trocknen u. niederlegt oder ausbreitet,
- 2) Steine, Scherben, Schutt oder Unrath auf fremde Grundstücke oder in Grenzfurchen wirft, oder durch deren Niederlegung auf Privatwegen die Passage erschwert,
- 3) die zur Sperrung von Wegen oder von Eingängen in eingefriedigte Plätze dienenden Gatterthore, Schlagbäume, Thüren oder Pforten, ohne sie zu passiren, öffnet oder offen stehen läßt, oder sie nach dem Durchpassiren nicht wieder schließt;
insofern §. 264, oder das Gesetz vom 12. September 1851 Nr. 39 über den Schutz der Wildgatter, keine Anwendung finden:

Geldbuße von 6 \mathfrak{M} bis 1 \mathfrak{R} .

§. 295.

Wer unbefugt auf fremdem Grund und Boden Flachs rottet oder ausbreitet;

insofern §. 94 des Forststraf- und §. 46 des Jagdstrafgesetzes nicht zutrifft:

Geldbuße von 12 \mathcal{M} bis 5 \mathcal{R} ;

§. 296.

Wer das zur Bewässerung fremder Grundstücke dienende Wasser unbefugt ableitet:

Geldbuße von 12 \mathcal{M} bis 3 \mathcal{R} .

§. 297.

Wer unbefugt auf fremdem Grund und Boden Gebäude oder Hütten auführt:

Geldbuße bis 10 \mathcal{R} .

§. 298.

Die in den §§. 292 bis 297 bezeichneten Vergehen sind von den öffentlichen Anklägern nur auf Antrag oder mit Zustimmung des Eigenthümers oder Berechtigten oder deren Vertreters zu verfolgen.

Die mit der Feldpolizei beauftragten Personen sind verpflichtet, diesen von allen derartigen Vergehen sofort Anzeige zu machen.

§. 299.

Wer ohne landespolizeiliche Erlaubniß innerhalb der Ortschaften Flachs rottet;

insofern die Forst- und Jagdstrafgesetze keine Anwendung finden:

Geldbuße bis 3 \mathcal{R}

§. 300.

Wer auf vorgängige ortspolizeiliche Aufforderung die zur Leitung des Wassers dienenden, sowie die Grenzgräben nicht öffnet oder dieselben, sowie sonstige Grenzzeichen nicht im Stande erhält;

insofern §. 271 keine Anwendung findet:

Geldbuße bis zu 3 \mathcal{R} .

Die Ortspolizeibehörde ist, unabhängig von der Strafverfolgung, berechtigt, nach erfolgloser Aufforderung der Pflichtigen, den ordnungsmäßigen Zustand auf dessen Kosten herstellen zu lassen.

F. Erschwerungsgründe bei vorstehenden Freveln.

§. 301.

Neben der in den vorstehenden Paragraphen bezeichneten Strafe ist bei allen Selbstfreveln (§§. 273 sequ.) alsdann, wenn der Frevel:

- 1) sich der gesetzlich zulässigen Pfändung widersetzte oder entzog, insofern dadurch gegen das Criminal-Gesetzbuch nicht verstoßen ward, oder
- 2) bei Begehung des Frevels von dem Eigenthümer, dem Nutzungs-Berechtigten oder deren Vertreter, oder aber von den mit der Flurpolizei beauftragten Personen betroffen, ungeachtet deren Aufforderung, von dessen Fortsetzung sich nicht abhalten ließ,
- 3) oder innerhalb eines Jahres vom Tage der Begehung zurückgerechnet, wegen gleichen Frevels schon bestraft worden war,
- 4) oder sich durch Vermummung, Anschwärzen des Gesichts oder auf andere Weise unkenntlich machte,
- 5) oder einen vorsätzlichen Frevel an einem Sonn- oder Festtage, oder in eingetriedigten Grundstücken, oder — mit Ausnahme jedoch der Fälle in §. 282 — Nachts, d. h. nach Sonnenuntergang oder vor Sonnenaufgang verübte:

außerdem noch auf Geldbuße von 6 *fl.* bis 10 *fl.* zu erkennen; es kann jedoch auch beim Zusammentreffen

mehrerer oder aller dieser erschwerenden Umstände über den Betrag von 10 \mathfrak{S} nicht hinausgegangen werden.

G. Beeinträchtigungen durch Cultur=Veränderungen oder vorzeitiges Umpflügen.

§. 302.

Wer mit Weidegrunde, Wiesen= oder Ackerlande, so lange dasselbe nicht von den die Cultur beschränkenden Servituten und von der Zehntpflicht gänzlich befreit ist, ohne Zustimmung des Berechtigten eine Veränderung vornimmt, wodurch ein Grundstück aus einer dieser Gattung in eine andere versetzt, oder zu Forst oder Garten umgewandelt wird:

Geldbuße von 2 \mathfrak{S} für jeden Morgen.

§. 303.

Derjenige Ackerbesitzer, welcher da, wo ein fremdes Hütungsrecht eintritt:

- 1) die Futterkräuterstoppel der Hütung nach dem letzten Schnitte auf die im §. 6 des Gesetzes vom 14. Mai 1835 \mathfrak{N} 37 erwähnte Weise entzieht und solche dann umbricht, ohne sie zuvor 8 Tage lang aufgegeben und die Hütungsberechtigten oder deren Hirten bei der Eröffnung davon benachrichtigt zu haben,
- 2) die Rocken= oder Weizenstoppel durch das Umbrechen der Hütung vor dem gesetzlichen Zeitpunkte (Gesetz vom 14. Mai 1835 \mathfrak{N} 37, §. 9 \mathfrak{N} 2 und §. 10 \mathfrak{N} 2 und 4) entzieht, ohne das Land in der dort §. 10 \mathfrak{N} 2 und 3 erwähnten Art wieder zu bestellen, oder in demselben Herbst wenigstens noch einmal zu pflügen (§. 10 \mathfrak{N} 4) oder, wenn er dasselbe zwar wieder bestellt oder

das zweite Mal pflügt, ohne die Weideberechtigten oder deren Hirten zur rechten Zeit von dem beabsichtigten Umbruche in Kenntniß gesetzt zu haben:

Geldbuße von 2 \mathfrak{R} für jeden Morgen, welcher dadurch der Hütung aller oder einzelner Berechtigten entgangen ist.

Die unter \mathfrak{N} 2 enthaltene Vorschrift wegen des Umpflügens der Rocken- und Weizenstoppel findet im Herzogl. Ante Thedinghausen keine Anwendung.

H. Vertilgung der Wucherblumen.

§. 304.

Wer gegen die Vorschriften der Verordnung vom 26. October 1829, \mathfrak{N} 9, die Vertilgung und Abwendung der Wucherblume betreffend, verstößt, wird nach den darin enthaltenen Vorschriften bestraft.

I. Feldtaubenhalten.

§. 305.

Wer, ohne auf der Feldmark seines Wohnorts mindestens 25 Morgen Ackerland zu besitzen, überhaupt Feldtauben hält, oder wer auf je 5 Morgen solcher Länderei mehr als 1 Paar Feldtauben, oder wer überhaupt mehr als 100 Paar Feldtauben hält;

auf Antrag eines Betheiligten nach Maßgabe des Gesetzes vom 4. Januar 1845 \mathfrak{N} 4:

Geldbuße von 6 \mathfrak{R} für jedes Paar verbotswidrig gehaltener Tauben, jedoch nie über 10 \mathfrak{R} .

K. Vergehen der Flurpolizei-Officianten.

§. 306.

Wer mit der Flurpolizei beauftragt, seinen Dienst

zur Begehung von Feldpolizei-Contraventionen, oder zur Anstiftung, Theilnahme, Beihülfe oder Begünstigung solcher durch Dritte verübten Vergehen mißbraucht, ist, neben der verwirkten, mit Strenge abzumessenden Strafe, auf Anordnung der Orts- oder Landes-Polizeibehörde, insofern solche von dieser Befugniß binnen 14 Tagen nach vollstreckbar gewordenem Straferkenntniße Gebrauch macht, seines Dienstes zu entlassen und kann ohne deren Zustimmung in ihrem Bezirke zu gleichem Dienste nicht wieder angenommen werden.

§. 307.

Wer, mit der Flurpolizei beauftragt, die bei Verübung von Feldpolizei-Contraventionen betroffenen Frevler nicht zur Anzeige bringt,

oder von denselben zu solchen Zwecken Geschenke, insbesondere eine sogenannte Pfandgebühr annimmt oder einfordert:

Geldbuße bis 5 \mathfrak{f} .

Die Orts- und Landes-Polizeibehörden sind ermächtigt, die Entlassung der wegen solchen Vergehens innerhalb der letzten 3 Jahre wenigstens zwei Male bestraften aus dem Dienste anzuordnen; es erlischt jedoch diese Ermächtigung, wenn von derselben binnen 14 Tagen nach vollstreckbar gewordenem Straferkenntniße kein Gebrauch gemacht ist. Der solchergestalt entlassene darf in ihrem Bezirke ohne Erlaubniß der betreffenden Polizeibehörde zu gleichen Diensten nicht wieder angenommen werden.

L. Erwerb entfremdeter oder gefundenen Sachen.

§. 308.

Wer entfremdete Sachen zwar ohne bestimmte Kenntniß von der Entfremdung, aber unter Umständen an sich

bringt, welche gegen die anbietende Person den Verdacht unrechtmäßigen Besitzes erwecken mußten,

- 1) wenn der Werth der Sache 10 \mathfrak{R} nicht übersteigt:
Geldbuße bis 10 \mathfrak{R} oder Gefängniß bis zu 14 Tagen;
- 2) wenn der Werth der Sache ein höherer ist, oder aber
- 3) bei gewerbmäßigem Erwerbe solcher Sachen:
Geldbuße von 10 bis 100 \mathfrak{R} oder Gefängniß von 14 Tagen bis zu 3 Monaten.

Außerdem kann beim Rückfalle gegen Gewerbetreibende, welche ihr Gewerbe zur Begehung solcher Uebertretungen mißbrauchen, auf Verlust des Gewerberechts erkannt werden.

§. 309.

Wer Waffen, Armaturstücke oder Militair-Effecten des Herzoglichen Truppen-Corps,

wer die mit einem besonderen, zur öffentlichen Kunde gebrachten Zeichen versehenen Effecten der Armen-, Wohlthätigkeits-, Gefangenen- und Besserungs-Anstalten, sowie die in gleicher Weise gezeichneten Armaturstücke, welche der Bürgerwehr vom Staate oder der Gemeinde geliefert sind, von einem Andern, als der berechtigten Behörde, erwirbt, wird, insofern schwerere Strafe nicht verwirkt ist, nach §. 308 bestraft.

§. 310.

Wer bei einer herrschaftlichen Braunkohlengrube von den dort lagernden Kohlenvorräthen Kohlen aufladet, ohne zuvor über diejenige Quantität Kohlen, welche er zu erhalten wünscht, bei dem betreffenden Kohlenerheber einen Vadeßchein gelöst zu haben,

auf Antrag der mit der Controle beauftragten Personen:

Geldbuße bis zu 1 \mathfrak{R} .,

und wenn der betreffende Fuhrmann entweder ohne einen Ladeschein gelöst zu haben, oder aber, falls er einen Ladeschein gelöst hat, ohne dessen Abgabe sich mit den geladenen Kohlen entfernt,

auf Antrag der mit der Controle beauftragten Personen:

Geldbuße von 1 bis 10 \mathfrak{R} .

Gespann und Fuhrwerk haften für die Strafe und Kosten.

Dieselben Bestimmungen finden Anwendung auf Privat-Braunkohlengruben, auf Steinkohlengruben und auf Steinbrüche, wenn die Besitzer derselben behuf der Ladung und Abfuhr gleiche Controle-Einrichtungen treffen und davon, daß solches geschehen, bei der Landes-Polizeibehörde Anzeige gemacht haben, auch von Letzterer die erforderliche Bekanntmachung erlassen ist.

§. 311.

Wer eine verlorene Sache zum Werthe von mindestens 12 \mathfrak{R} findet und davon, falls er sie inzwischen nicht dem ihm bekannt gewordenen Verlierer oder Eigenthümer zurückgegeben hat, nach Maßgabe der Verordnung vom 15. April 1824, \mathfrak{N}° 11, nicht binnen 8 Tagen entweder der Ortspolizeibehörde oder dem Gerichte Anzeige macht, oder aber, falls der Werth der gefundenen Sache 10 \mathfrak{R} nicht übersteigt, die Bekanntmachung des Fundes durch die Braunschweigischen Anzeigen selbst bewirkt:

Geldbuße bis zum Betrage des Werths der gefundenen Sache oder entsprechendes Gefängniß;

Strafverdoppelung tritt ein, wenn die Sache von einem Postwagen oder von einem Staats-eisenbahnzuge verloren war und der Finder dieses wußte.

Widerrechtliche Aneignung gefundenen Sachen wird nach §. 223 des Criminal-Gesetzbuches bestraft.

M. Sonstige Beeinträchtigung fremder Rechte.

§. 312.

Wer Rechte aus Erfindungspatenten beeinträchtigt, auf Antrag der Privilegirten:

Geldbuße von 3 bis 50 \mathfrak{R} , daneben Confiscation der rechtswidrig verfertigten Gegenstände und, insofern es zur Verhütung fernerer Eingriffe angemessen erscheint, auch der Werkzeuge zur Verfertigung.

§. 313.

Wer bei den durch öffentliche Behörden oder Beamte vorgenommenen Versteigerungen, dieselben mögen Verkäufe, Verpachtungen, Lieferungen, Unternehmungen oder Geschäfte irgend einer Art betreffen, Andere durch Geschenke, Versprechungen, Bedrohungen oder unwahre Vorpiegelungen vom Mit- oder Weiterbieten abhält;

insofern der §. 179 des Criminal-Gesetzbuches keine Anwendung findet:

Geldbuße von 1 bis 100 \mathfrak{R} .

§. 314.

Wer unbefugt und eigenmächtig an einen Andern gerichtete Briefe, Urkunden, Acten, Handelsbücher oder sonstige Papiere, welche geheim gehalten zu werden pflegen, erbricht, ließt, abschreibt oder abschreiben läßt;

auf Antrag des Betheiligten, insofern schwerere Strafe (Crimin. = Gesetzbuch §. 237, Postordnung §§. 9 und 10 u.) nicht verwirkt worden:
Geldbuße bis zu 10 \mathfrak{f} .

XII. Titel.

Transitorische Bestimmungen.

§. 315.

Das Polizei = Strafgesetzbuch ist auf die vor dem 1. October 1855 begangenen Polizeivergehen, über welche an diesem Tage noch nicht entschieden ist, insoweit anzuwenden, als dasselbe für den Angeklagten günstig ist.

§. 316.

Die im §. 10 enthaltene Competenz = Bestimmung tritt bezüglich aller Uebertretungen ein, wegen welcher die Anklage nicht vor dem 1. October 1855 eingereicht ist.

§. 317.

Der in den §§. 15 und 16 angegebene Maßstab für die Feststellung der an die Stelle von Geldbußen tretenden Gefängnißstrafe findet alsdann Anwendung, wenn die Strafverwandlung nicht vor dem 1. October 1855 geschehen ist.

§. 318.

In den am 1. October 1855 anhängigen Anklagesachen, in welchen es nach dem Polizei = Strafgesetzbuche zur Erhebung der Anklage der Anzeige eines Dritten bedurft haben würde, ist, falls solche nicht schon erfolgt, oder aber ein Erkenntniß nicht schon abgegeben ist, das Verfahren bis dahin einzustellen, daß der betreffende Staatsanwalt oder öffentliche Ankläger die nachträgliche

Zustimmung des Dritten zur Erhebung der Anklage beibringt.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebruckten Herzoglichen Geheime=Canzlei=Siegels.

Braunschweig, am 18. August 1855.

(L. S.)

Auf Höchsten Special = Befehl.

von Genso. Vangerfeldt.

Alphabetisches Sachregister.

Die Zahlen weisen auf die Paragraphen des Buchs.

- Abbrechen von Zweigen und Früchten. 275.
Abbrennen von Feuerwerken. 246.
Abdecker, deren Verpflichtungen bei Viehseuchen. 131.
" Abholen des crepirten Viehes. 140.
Abdeckereien, Anlegung oder Veränderung derselben. 217.
Abdeckereiplatz. 131 u. 141.
Abdrücke von Stempeln, Siegeln u. zur Anfertigung von Münzen oder Werthpapieren. 115.
Abfassung schriftlicher Aufträge für Andere. 92.
Abflachung der Ufer. 271.
Abgaben, directe und indirecte, fortdauernde Gültigkeit der Strafbestimmungen über dieselben. 4.
Abgraben von Grundstücken. 289.
Abholen des crepirten Viehes durch den Abdecker. 140.
Abledern crepirten Viehes. 131.
Ableitung, unbefugte, des zur Bewässerung dienenden Wassers. 296.
Ablieferung von Stempeln, Siegeln u. zur Anfertigung von Münzen oder Werthpapieren. 115.
Ablohnen der Tagelöhner und Handwerker während des Gottesdienstes. 51.
Abmähen, Abschneiden und Abrupfen des Viehfutters an Grenzrainen, Gräben, Wegen oder Triften. 293.
Abpflücken von Früchten, Laub, Zweigen, Blumen u. 275.

- Abpflügen von Grundstücken. 289.
 Abschreiben, unbefugtes, fremder Briefe, Urkunden *ic.* 314.
 Abspenstigmachen der Gefellen und Gehülften. 190.
 " des Gesindes. 187.
 " der Kunden. 197.
 Absperrungsmaßregeln bei ansteckenden Krankheiten. 126.
 " bei Viehseuchen. 131.
 Absperrungszeichen, Beschädigung *ic.* derselben. 292.
 Abtrittsgruben, deren Bedeckung oder Einfriedigung. 145.
 Ackerland, Cultur-Veränderung desselben. 302.
 Acten, deren unbefugtes Erbrechen, Lesen, Abschreiben *ic.* 314.
 Aeltere als Mitverhaftete. 36.
 Aenderung eines geprüften Dampfkessels. 158.
 Liegende Stoffe, Lagern oder Verladen auf den Packhöfen. 251.
 Agenten der Brandversicherungsanstalten. 252 u. 254.
 Allgemeine Bestimmungen des Criminalgesetzbuchs, Anwendbarkeit
 derselben auf Polizeivergehen. 11.
 Amme, Vermietthen mit Verheimlichung eines ansteckenden Uebels.
 127.
 Amtskleidung, unbefugtes Tragen. 54.
 Amtsräthe, Störung der Sitzungen derselben. 52.
 Amtszeichen, unbefugtes Tragen. 54.
 Anbinden von Hunden unter Frachtwagen. 255.
 " des Viehes auf der Fahrbahn, den Brücken, Banketts
 oder in den Seitengraben. 256.
 Anfahren an die Presssteine, Geländer *ic.* 256.
 Angaben, falsche, vor öffentlichen Behörden und Beamten. 100—102.
 Angraben des Sicherheitsstreifens. 256.
 Anhaken an die Kantensteine. 256.
 Anhalten fremder oder unbekannter Contravenienten wegen der
 Wegepolizei. 260.
 Ankauf entfremdeter Sachen. 308
 " von Pfandscheinen. 98.
 Anklage, Erhebung derselben. 9.
 Ankläger bei Polizeivergehen. 8.
 Anlagen, Beschädigung derselben. 273 u. 275.
 " gefährliche. 145—147.
 " " Warnungszeichen bei denselben. 150.
 " durch Wind oder Wasser bewegte, Errichtung oder Ver-
 änderung derselben. 217.
 Anlauf des Viehes. 279.

- Anlegung von Deichen. 270.
 " geräuschvoller, belästigender oder gefahrbringender Werkstätten oder Fabriken. 216—220.
 Anleitung zum Betteln. 76.
 Anlieger eines öffentlichen Flusses, Verpflichtungen derselben. 271.
 Anmeldungs=Verpflichtung Angestellter beim Wohnortserwerbe. 71.
 " " bezüglich der Aufnahme Fremder und Einheimischer. 68—71.
 " " bei Geburts= und Sterbefällen. 67.
 " " bei gefährlichen Krankheiten und Viehseuchen. 125, 127 u. 130.
 Anordnungen, polizeiliche, beim Steinbruchs= und Grubenbetriebe. 147.
 Anpflanzungen, deren Beschädigung. 273—275.
 Anpflügen des Sicherheitsstreifens. 256.
 Anpreisen von Geheimmitteln. 119.
 Anschlagzetteln an Gebäuden. 176.
 Anschläge mit verbotenem Inhalte. 89.
 Anschwärzen des Gesichts bei Feld= und Hütungsweiden. 301.
 Ansprechung eines Geschenks oder einer Gabe zu Neujahr, Fastnacht und Martini. 75.
 Ansteckende Krankheiten bei Menschen. 125—128 u. 132.
 " " bei Thieren. 130—132.
 Anstellung, Anzeige derselben beim Wohnortserwerbe. 71.
 Antritt des Gesinde=Dienstes. 180.
 Anvertraute Sachen, Veruntreuung derselben durch Gewerbetreibende. 210.
 Anzeige Dritter als Erforderniß zur Erhebung der Anklage. 9.
 " eines Polizeivergehens, Erlöschen des Rechts zu derselben. 43.
 Anzug, Verpflichtung zu dessen Anmeldung bei der Gemeindebehörde. 71.
 Apotheker, Innehaltung festgestellter Taxen. 213.
 " Ueberschreitungen des Gesetzes vom 21. März 1843, **M** 7. 118.
 " deren Verpflichtungen bei Abgabe von Medicamenten. 121.
 Apothekergeschäft, Betrieb durch nicht berechnigte Personen. 120.
 Arbeit, Nichtantritt, Verweigern oder Verlassen derselben durch Gesellen oder Fabrikarbeiter. 201.

- Arbeiten im Freien während der Sonn- und Festtage. 51.
 „ mit Geräusch und Störung verbundenes an Sonn- und Festtagen. 51.
 „ der Gesellen für eigene Rechnung. 200.
 Arbeiter, Creditiren von Waaren durch die Arbeitgeber. 212.
 „ Löhnen derselben mit Waaren. 212.
 „ jugendliche, in Fabriken. 211.
 Arbeitgeber als Mitverhaftete. 36.
 „ deren Verpflichtung zur Abstellung von Arbeiter-Mißbräuchen. 206.
 Arbeitssuchende, Beherbergung derselben. 68.
 Arbeitsscheu. 73.
 Arbeitsverweigerung bei Unterstützung aus öffentlichen Armenfonds. 74.
 Armaturstücke des Herzogl. Truppencorps, Erwerb derselben. 309.
 Armenanstalten, Effecten derselben. 309.
 Arrestanlage, Verhinderung derselben. 105.
 Arrestbruch. 105.
 Arsenik, Auslegung im Freien. 123.
 Arzneiwaaren, Handel und Verkehr mit solchen. 118—124.
 Arzt, Verpflichtung zur Anzeige plötzlicher Erkrankungen = oder Todesfälle beim Verdachte eines Verbrechens. 62.
 „ Verpflichtung zur Anzeige bei ansteckenden oder gefährlichen Krankheiten. 125.
 Asche, nicht ausgebrannte, Ausschütten und Verwahren derselben. 247.
 Asscuranzgesellschaften, fremde. 252.
 Auctionen, gesetzwidriges Abhalten vom Mit- oder Weiterbieten. 313.
 „ von neuen Handwerkerwaaren. 96.
 „ von Kaufmannswaaren. 96.
 „ von Mobilien und Immobilien durch Unbefugte. 95.
 „ während der Sonn- und Festtage. 51.
 Aufblasen des Fleisches. 135.
 Aufenthalt an verbotenen Orten u. 79.
 Auffrischen der Grenzgräben. 290.
 Aufführungen, öffentliche, Störung derselben. 47.
 „ „ an Sonn- und Festtagen. 51.
 Aufgebot ohne die erforderlichen Bescheinigungen. 66.
 Aufhebung der ältern Polizeistrafbestimmungen. 2.
 Aufkaufen, öffentliches, während der Sonn- und Festtage. 51.
 Aufnahme Fremder und Einheimischer. 68—71.
 „ „ durch Gesellen. 200.

- Aufnahme Fremder durch Gesinde. 182.
 „ „ „ Wirth. 221 u. 222.
 Aufsicht über nicht zurechnungsfähige Personen, Vernachlässigung derselben. 154.
 „ über das Vieh beim Hüten. 279.
 „ „ frei umherlaufende Vieh. 280.
 Aufsichtsmaßregeln bei ansteckenden Krankheiten. 126.
 „ bei Viehseuchen. 131.
 Aufwerfen der Grenzgräben. 290.
 Aufziehen der Schleusen bei Stauwerken. 271.
 Aufzüge mit Musik ohne polizeiliche Erlaubniß. 50.
 „ , öffentliche, der Kunstreiter ic. an Sonn- u. Festtagen. 51.
 Ausbesserung eines gefahrdrohenden Baues. 240.
 „ „ geprüften Dampfkessels. 158.
 „ an Stauanlagen, Brücken oder Flußbauwerken. 271.
 Ausbieten von Geheimmitteln. 119.
 Ausfuhrverbote bei ansteckenden Krankheiten. 126.
 „ bei Viehseuchen. 131.
 Ausgespannte Fuhrwerke, Stehenlassen auf Wegen. 255.
 Ausgewiesene Personen, Beherbergung derselben. 68.
 Ausgießen verunreinigender Gegenstände. 149.
 Ausgraben verscharzten Viehes. 141.
 Aushängen von Gegenständen aus Gebäuden. 149.
 Ausland, in demselben begangene Polizeivergehen, wenn sie im Inlande zu bestrafen. 7.
 Ausländer, Bestrafung derselben wegen Polizeivergehen. 6.
 „ Landesverweisung derselben. 24.
 Ausnehmen von Nestern, Vogeleiern oder Brut. 175.
 Ausroden von Hecken und Knicken an der Grenze. 290.
 Ausruf, öffentlicher, ohne polizeiliche Erlaubniß. 89 u. 90.
 Aussendung zum Betteln. 76.
 Ausspielung von Sachen. 168, 170—172.
 Ausstellen von Gegenständen aus Gebäuden. 149.
 Ausstellung von Leichen. 138.
 Aussteuer-Cassen, unerlaubte. 99.
 Austreuungen, erdichtete. 46.
 Austreiben des Viehes. 282.
 Auswärtige Versicherungsgesellschaften. 252.
 „ Lotterien und Lotto's. 168.
 Ausweichen der Fuhrwerke, Heerden und Reiter auf Wegen. 257.
 Auswerfen von Sachen, gefährliches. 149.

- Bäcköfen**, Trocknen oder Aufbewahren von Holz in solchen. 248.
Backwaarenverkäufer, Vergehen derselben. 230.
Baden an verbotenen Orten und zu verbotenen Zeiten. 148.
Bäche, deren Beräumreinigung. 133.
Bäcker, Einstellung des Gewerbebetriebs zur Nothzeit. 227.
 " Vergehen derselben. 230.
Bänke, zum öffentlichen Gebrauche bestimmte, deren Beschädigung ic. 292.
Bäume, deren Beschädigung. 273—275.
 " Ueberhängen nach dem Flusse. 271.
Bahnordnung der Eisenbahnen. 4.
Banketts, Fahren, Reiten ic. auf denselben. 255.
 " Vieh=Anbinden, Füttern, Weiden oder Treiben auf denselben. 256.
Bankhalter. 165—167.
Bau, gefährdender. 240.
Bauen auf fremden Grundstücken. 297.
Bauhandwerker. 238, 241 u. 242.
Bauhölzer, Nachschleifen derselben auf Kunststraßen. 256.
Baukunst, Verstoß gegen deren Regeln. 238.
Bauplan, genehmigter. 244.
Baupolizei. 238—243.
Bauten, Vernachlässigung der erforderlichen Sicherungsmaßregeln. 241.
Bauunternehmer. 238 u. 241.
Bauwerk, vernachlässigte Unterhaltung desselben. 239.
Bauwerke, Befudelung derselben. 176.
 " gemeingefährliche. 242 u. 244.
 " das Ufer oder Bett öffentlicher Flüsse berührende. 271.
Beamte, ungebührliches Betragen und Widerspenstigkeit gegen dieselben, sowie Störung derselben im Dienste. 52.
Beaufsichtigung des Viehes beim Hüten. 279.
Bedeckung offener Brunnen oder Cisternen. 145.
 " der Dünger-, Abtritts-, Lehm- oder Kalkgruben. 145.
 " Schließung derselben. 145.
Beeinträchtigung der Rechte aus Erfindungspatenten. 312.
Beengung der Fahrbahn. 255.
Beerdigung bei verdächtigen Todesfällen. 62.
 " von Leichen, Vergehen in Bezug auf dieselbe. 138 und 139.
 " , Zeit derselben. 138.

Befestigungs- und Befriedigungsmittel an Bäumen *ic.*, Beschädigung *ic.* derselben. 275.

Befriedigung, siehe Einfriedigung.

Begräbnißort und Begräbnißzeit. 138.

Begräbnißplätze, Unfug auf denselben. 176.

Begünstigung von Polizeivergehen. 35.

Beherbergung Fremder durch Wirth. 221.

„ verfolgter, ausgewiesener oder verdächtiger Personen. 68.

Behörden, öffentliche, Zusammenkünfte derselben während des Gottesdienstes. 51.

Beihilfe bei Polizeivergehen. 35.

Beischarung crepirten Viehes. 140 u. 141.

Beistand, Verweigerung desselben bei Ergreifung oder Verfolgung von Verbrechern. 61.

Beiträge zu Unterstützungen und andern gemeinschaftlichen Zwecken, Sammeln derselben. 91.

Bekanntmachung des Straferkenntnisses. 24.

Bekanntmachungen, amtliche, öffentlich aushängende, Frevel an denselben. 176.

Benutzung gesperrter Wege. 255.

Bepflanzen des Sicherheitsstreifens. 256.

Bergwerksbesitzer, Beschäftigung von Kindern. 211.

Beschädigung von Anpflanzungen. 273—275.

„ Bäumen, Gesträuchen oder Blumen. 273—275.

„ Deichen *ic.* 270.

„ Grenzmalen. 290.

„ öffentlicher Tische, Bänke, Sitze, Warnungsschilden *ic.* 292.

„ der Presssteine, Geländer *ic.* 256.

„ der Seitengräben. 255.

„ von Zweigen, Früchten, Laub, Befestigungs- oder Befriedigungsmitteln an Bäumen *ic.* 275.

Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken *ic.* 211.

Beschlagnahmen, Vereitelung derselben. 105.

Beschränkung des Gewerbes, ungebührliche, zur Nothzeit. 227.

Beschwerden, Anbringung derselben durch mehr als 3 Personen. 53.

Besitz, unbefugter, von Stempeln, Siegeln *ic.* zur Anfertigung von Münzen oder Werthpapieren. 115.

„ von Wilddiebsflinten, Stockflinten, Windbüchsen oder Schusswaffen ohne Pulverladung. 155.

- Besorgen von Rechtsangelegenheiten, unbefugtes. 94.
 Besserungsanstalt, Aufnahme in dieselbe. 88.
 " Effecten derselben. 309.
 Befudelung von Gebäuden, Denkmälern u. 176.
 " öffentlicher Tische, Bänke, Sitze, Warnungszeichen u. 292.
 Betäubungsmittel, Anwendung derselben. 117.
 Betriebsstätten geräuschvoller Gewerbe, deren Errichtung oder Verlegung. 216.
 Bettelerei. 76—78.
 Betteln, Anleitung zu demselben. 76.
 " gewerbsmäßiges. 78.
 " in Wohnungen mit Mehreren. 77.
 " mit Ungebühr. 77.
 " nach Sonnenuntergang. 77.
 " unter Gebrauch eines falschen Namens. 77.
 " " wahrheitswidrigen Vorspiegelungen. 77.
 " wiederholtes. 78.
 Bewässerung, unbefugte Ableitung des dazu dienenden Wassers. 296.
 Bezirk, Aufenthalt in einem verbotenen. 79.
 Bienenstände, Entfernung derselben von den Straßen. 262.
 Bierschenken, Oeffnen derselben während des Gottesdienstes. 51.
 Bieten bei öffentlichen Versteigerungen, ungesetzliches Abhalten von demselben. 313.
 Bildwerke, deren öffentlicher Vertrieb. 90.
 Bittschriften, Verfertigung und Unterschrift derselben. 92.
 Blattern. 125.
 Blauer Montag, Feiern desselben. 204.
 Bleichen auf fremden Grasängern oder Hecken. 294.
 Blumen, deren Beschädigung. 273—275.
 Bötticher, deren Verpflichtungen. 106.
 Böschung, deren Benützung. 256.
 " Weiden und Treiben des Viehes auf derselben. 256.
 Borke auf dem Heerde oder in Defen oder an Schornsteinen u. 248.
 Brandversicherungswesen. 252—254.
 Branntweinbrennereien, Anlegung oder Veränderung. 217.
 Branntweinschenken, Oeffnen derselben während des Gottesdienstes. 51.
 Braunkohlengrube, Aneignung lagernder Kohlenvorräthe. 310.
 Braunkohlenvorräthe, deren Ladung ohne Ladeschein. 310.

- Bremsenrichtung. 258.
 Brennbare Gegenstände im Schornsteine. 248.
 Brennende Jackeln. 247.
 Brennholz, Trocknen oder Aufbewahren in Ofenröhren, Back-
 öfen u. 248.
 Briefe, unbefugtes Erbrechen, Lesen, Abschreiben u. 314.
 Brotagewicht. 230.
 Brotpreise. 230.
 Brotsorten, declarirte. 230.
 Brottare. 230.
 Brücken, Anbinden oder Hüttern des Viehes auf denselben. 256
 " Ausbesserungen oder Umbauten an. 271.
 " hölzerne, schnelles Fahren auf denselben. 258.
 Brückengeld und Brückengeldverkürzungen. 267.
 Bruderschaften durch Gesellen oder Fabrikarbeiter. 203.
 Brunnen, Verunreinigen des Wassers. 133.
 " offene, Bedeckung oder Einfriedigung derselben. 145.
 " öffentliche, Frevel an denselben. 176.
 Brut von Singvögeln, Ausnehmen und Zerstören derselben. 175.
 Buchdruckerschwärze, Ort der Bereitung. 246.
 Buden, Deffnen derselben während des Gottesdienstes. 51.
 Büchsenmacher. 155.
 Büstenstechen. 293.
 Bürgerwehr, fortdauernde Gültigkeit des Gesetzes über dieselbe. 4.
 Bürgerwehr-Effecten. 309.
 Bußtag, Feier desselben. 51.
 Capitalien, unbefugte Nachweisung oder Unterhandlung. 93.
 Casse, wohin die Polizeistrafgelder gezahlt werden. 21.
 Charfreitag, Feier desselben. 51.
 Chaussees, deren Benutzung. 255 u. 256.
 Chausseegeld, fortdauernde Gültigkeit der Strafbestimmungen über
 die Erhebung desselben. 4.
 Chausseegeld-Erhebung und Chausseegeld-Verkürzungen. 267.
 Chausseewärter u., deren Befugnisse. 260.
 Chemische Fabriken, Anlegung oder Veränderung. 217.
 Chloroform, Anwendung durch Hebammen, Wund- oder Zahn-
 ärzte. 117.
 Cholera. 125.
 Eichorienfabriken, Anlegung oder Veränderung. 217.
 Cigarrenrauchen. 55 u. 247.

- Cisternen, Verunreinigen des Wassers. 133.
 „ offene, Bedeckung oder Einfriedigung derselben. 145.
 Collecten. 91.
 Competenz der Gerichte zur Aburtheilung der Polizei=Vergehen.
 10, 28, 33 u. 316.
 „ der Gerichte bei Polizeivergehen der Kinder. 33.
 Concerte bei Wirthen ohne polizeiliche Erlaubniß. 223.
 Concubinat. 161.
 Conditoreien, Deffnen derselben während des Gottesdienstes. 51.
 Conditormaaren, für die Gesundheit oder das Leben gefahrbrin-
 gende. 134.
 Confiscation des für Begehung eines Polizei=Vergehens erhalte-
 nen Lohnes oder Gewinnes. 25.
 „ einzelner Sachen oder deren Werthbetrags. 24.
 Confiscirte Gegenstände, wenn sie zufallen. 26.
 Conventionen in Betreff öffentlicher Gewässer. 4.
 Corporationen durch Gesellen oder Fabrikarbeiter. 203.
 Correctionsanstalt, Bestimmungen wegen Aufnahme in die-
 selbe. 88.
 Creditiren von Waaren an die Arbeiter durch den Arbeitgeber. 212.
 Crepirtes Vieh. 131 u. 140.
 „ „ Abholen desselben durch den Abdecker. 140.
 „ „ Anzeige beim Abdecker. 140.
 „ „ Wiederausgraben desselben. 141.
 „ „ Zeit des Verscharrrens. 140.
 Criminalgesetzbuch, Anwendbarkeit der allgemeinen Bestimmun-
 gen desselben auf Polizeivergehen. 11.
 „ fortdauernde Gültigkeit der in demselben
 enthaltenen Strafbestimmungen. 4.
 Culturveränderung der Grundstücke. 302.
 Curatelen wegen Verschwendung. 88.
 Dachreparatur, Warnungszeichen bei derselben. 150.
 Dampfkessel, Anlegung oder Veränderung. 217.
 „ Aenderung oder Ausbesserung eines geprüften. 158.
 „ Gebrauch desselben vor der Kesselprobe 157.
 „ für unsicher erklärter. 159.
 Dampfmaschinen, Anlegung oder Veränderung derselben. 217.
 Darmsaitenfabriken, Anlegung oder Veränderung. 217.
 Deiche, Anlegung, Verlegung, Erhöhung oder Zerstörung dersel-
 ben. 270.

- Denkmäler, öffentliche, Frevel an denselben. 176.
 Denunciantengebühr, Wegfallen derselben. 29.
 Dienst, eigenmächtiges Verlassen desselben. 180 und 201.
 " öffentlicher, Ungebühr in Bezug auf denselben. 52—56.
 " polizeiliche Anzeige beim Verlassen desselben vor Ablauf der Dienstzeit. 181.
 " Zwang zum Antritt des. 180 und 201.
 Dienstantritt, Verweigerung desselben. 180 und 201.
 Dienstbote, Vermiethen mit Verheimlichung eines ansteckenden Uebels. 127.
 Dienstboten, Vergehen derselben. 177—183.
 Dienstbuch, Lösen desselben. 177.
 " Nichtbesitz eines solchen. 178.
 " Unrichtigkeiten und Mängel desselben. 185.
 " Vorenthalten desselben gegen die Polizeibehörde. 178.
 " Vorlegung desselben beim Miethen. 185.
 Dienstherrschaften, als Mitverhaftete. 36.
 " Vergehen derselben. 184—186.
 Dienstlosigkeit aus Arbeitscheu. 73.
 Dienstsuchende, Beherbergung derselben. 68.
 Dienstvergehen der Flurpolizei-Officianten. 306 ffgde.
 Dienstversäumniß der Nachtwächter und Wachen. 57.
 Dienstzeichen, unbefugtes Tragen derselben. 54.
 Dimmen, Entfernung derselben von Gebäuden ic. 248.
 Disciplinar = Strafbestimmungen, Bestehenbleiben derselben. 4.
 Drachen, Steigenlassen derselben. 266.
 Dreschen bei Licht. 247.
 Droguisten, deren Verpflichtungen und Befugnisse. 118 u. 120.
 Druckschriften, deren Vertrieb an öffentlichen Orten. 90.
 Düngeranhäufung auf Wegen und Straßen. 255.
 Düngersabriken, Anlegung oder Veränderung. 217.
 Düngergruben, Bedeckung oder Einfriedigung derselben. 145.
 Düngersammeln von Aekern, Wiesen oder Aengern. 293.
 Durtreiben des Viehes durch Gräben. 255.
 Ghemänner als Mitverhaftete. 36.
 Ehrenzeichen, unbefugtes Tragen. 54.
 Ehrerbietung, gröbliche Verletzung derselben gegen die Dienstherrschaft 182.
 Eindringen in fremde Geheimnisse. 314.

- Einfahren der Pferde innerhalb der Ortschaften. 258.
 Einfriedigung der Dünger-, Abtritts-, Lehm- oder Kalkgruben. 145.
 „ der Hof- und Gartenräume. 265.
 „ gehörige Erhaltung derselben. 146.
 „ offener Brunnen oder Cisternen. 145.
 „ Schließung derselben. 145.
 „ Steigen über und Kriechen durch dieselbe. 288.
 „ der Steinbrüche, Gruben, Teiche u. Gewässer 146.
 Einfuhrverbote bei ansteckenden Krankheiten. 126.
 „ bei Viehseuchen. 131.
 Eingaben, Verfertigung und Unterschrift derselben. 92.
 Einheimische, Aufnahme und Anmeldung derselben. 68—71.
 Einquartierung, Verweigerung der Aufnahme. 59.
 „ nicht vorschriftsmäßige Verpflegung. 59.
 Einsätze bei nicht genehmigten Lotterien, Confiscation derselben. 171.
 Einschlagen während der Sonn- und Festtage. 51.
 Einsteigen in fremde Grundstücke. 288.
 Einstellung des Fortbetriebes gewisser Gewerbe zur Nothzeit. 227.
 Einstürzen von Bauwerken oder Gerüsten. 238.
 Eintreiben des Viehes. 282.
 Einzahlung, freiwillige angedrohter Geldstrafen. 17.
 Einzelhütung des Viehes. 281.
 Eis, Gehen auf dasselbe an verbotenen Orten und zu verbotenen Zeiten. 148.
 Eisenbahnen, Bahnordnung derselben. 4.
 Eisrutschbahnen auf Trottoirs. 266.
 Eltern als Mitverhaftete. 36.
 Entfernen des Hausgesindes über Nacht. 182.
 Entfremdete Sachen, Erwerb derselben. 308.
 Entgegenhandeln gegen obrigkeitliche Befehle durch Gewerbetreibende. 210.
 Entlassung des Gesindes ohne Dienstzeugniß. 185.
 „ des Hirten nach zweimaligem Hütungsfrevel. 286.
 Entwässerungsanlagen, Unterhaltung derselben. 271.
 Entwendung von Zweigen, Früchten, Laub, Befestigungs- oder Befriedigungsmitteln an Bäumen. 275.
 Entziehen der Pfändung. 301.
 Entzündliche Stoffe, Lagern oder Verladen auf den Packhöfen. 251.
 Equipagen, Herzogliche, Ausweichen vor denselben. 257.
 Erbrechen, unbefugtes, fremder Briefe, Urkunden u. 314.

- Erdegraben. 293.
 Erdichtete Ausstreunungen. 46.
 Erfindungspatente, Verlegung der Rechte aus solchen. 312.
 Erhaltung der Grenzzeichen, Grenz- und Wasserleitungsgräben. 300.
 " der Markpfähle bei Stauwerken. 271.
 Erhöhung von Deichen. 270.
 Erkrankungsfälle, verdächtige, Verpflichtung zur Anzeige derselben. 62.
 Erneuerung der Markpfähle bei Stauwerken. 271.
 Errichtung geräuschvoller, belästigender oder gefahrbringender Werkstätten oder Fabriken. 216—220.
 Erwerb entfremdeter Sachen. 308.
 " von Militaireffecten oder gezeichneter Sachen der Armen-, Gefangenen-, Wohlthätigkeits- und Besserungsanstalten. 309.
 Erwerbsverhältnisse des Contravenienten als Strafzumessungsgrund. 40.
 Eswaaren, für das Leben oder die Gesundheit gefahrbringende. 134.
 Explodirende Stoffe. 246 und 247.
 " " Sprengungen mit solchen. 156.
 Extraposten, Ausweichen vor denselben. 257.
 Fabrikarbeiter, Vergehen derselben. 201, 203 und 204.
 " Zuführen derselben beim Nichtantritt oder Verlassen der Arbeit. 201.
 Fabriken, Beschäftigung von Kindern in denselben. 211.
 " gefahrdrohende, deren Errichtung oder Verlegung. 217.
 " mit schädlicher, oder belästigender Ausdünstung. 217.
 Fabrikhaber, Abspänstigmachen fremder Gesellen oder Gehülfen. 190.
 " Beschäftigung von Kindern durch dieselben. 211.
 " Creditiren von Waaren an die Arbeiter. 212.
 " Lohnen der Arbeiter mit Waaren. 212.
 Fackeln, brennende, Gehen mit denselben in Ortschaften. 247.
 Fackelzüge ohne polizeiliche Erlaubniß. 50.
 Fahrbahn, Anbinden oder Füttern des Viehes auf derselben. 256.
 " Liegenlassen der Vorlegesteine auf derselben. 255.
 " deren Sperrung, Beengung und Berunreinigung. 255.
 Fahren, durch nicht abgeerntete, durch gesperrte oder befriedigte Grundstücke. 287.
 " über abgesperrte Wege. 255 und 287.
 " auf abgesperrten öffentlichen Plätzen und Kirchhöfen. 255.

- Fahren auf Banketts, Trottoirs, Fußwegen u. 255.
 „ über Begräbnißplätze. 176.
 „ mit Fuhrwerke ohne gehörigen Radbeschlag. 256.
 „ durch Gräben. 255.
 „ auf den Kantensteinen. 256.
 „ mit mehr als zwei hinter einander gehängten Wagen. 258.
 „ an die Prellsteine, Geländer u. 256.
 „ mit schwererer als der gesetzlich gestatteten Ladung. 256.
 „ über Vorlegesteine oder Materialhaufen. 256.
 „ schnelles auf belebten Straßen, abschüssigen Wegen u. 258.
 „ „ auf hölzernen Brücken. 258.
 Fahrlässigkeit beim Ankauf u. von Sachen. 308 ff. g.
 „ als Bedingung der Strafbarkeit der Polizeivergehen. 32.
 „ bei Hütungsdrogen. 279.
 Familiennamen, Aenderung desselben. 65.
 Farbwaaren, Handel und Verkehr mit solchen. 118.
 Faschinen, Nachschleifen derselben auf Kunststraßen. 256.
 Fastnachtsfammeln. 75.
 Fayencefabriken, Anlegung oder Veränderung. 217.
 Feierabendstunde. 224—226.
 Feiern des blauen Montags. 204.
 Feiertagsordnung. 51.
 Feilbieten, öffentliches während der Sonn- und Festtage. 51.
 „ von Geheimmitteln. 119.
 „ schädlicher Ess-, Trink- oder Conditorenwaaren. 134.
 „ von Wilddiebsflinten, Stockflinten, Windbüchsen oder Schußwaffen ohne Pulverladung. 155.
 Feingehalt der Silberwaaren. 232.
 Feldfrevel, Anstiftung, Begünstigung u. derselben durch Sturpolizei-Officianten. 306.
 „ Nichtanzeige durch die Feldhüter. 307.
 Feldfrüchte in feuchtem Zustande, Aufhäufen derselben. 248.
 Feldhüter, deren Verpflichtungen. 291, 298, 306 und 307.
 Feldmäuse, Vertilgung derselben. 123.
 Feldpolizei. 273—307.
 Feldtauben, ungesetzliches Halten derselben. 305.
 Feldungeziefer, Vertilgung desselben. 123.
 Feldwege, abgesperrte, Gehen, Reiten, Fahren über dieselben. 287.
 Feldwrogen. 273—307.
 „ Erschwerungsgründe bei denselben. 301.

- Feldwrogen in eingefriedigten Grundstücken. 301.
 „ zur Nachtzeit. 301.
 „ an Sonn- und Festtagen. 301.
 „ Rückfall. 301.
 „ Unkenntlichkeitmachen der Frevler. 301.
 „ verbotwidrige Fortsetzung derselben. 301.
 Fenster=Rouleaur, bedruckte. 134.
 „ Vorseher, bedruckte. 134.
 Festlichkeiten, öffentliche, Störung derselben. 47.
 Festtag, Feld- und Hütungswrogen an demselben. 301.
 Festtage, Feier derselben. 51.
 Feuer in offenen Geschirren oder auf offenem Heerde. 248.
 „ offenes außerhalb der Dtschaften. 247.
 „ „ innerhalb „ „ 247 und 249.
 Feuerfangende Früchte, Auf- oder Abladen bei Licht. 247.
 „ Gegenstände auf dem Heerde, in Defen, an Schorn-
 steinen und Feuerstellen. 248.
 „ „ Bearbeitung bei Licht. 247.
 Feuergefährliche Handlungen oder Unterlassungen. 246—251.
 Feuergewehr, Schießen in Dtschaften oder auf belebten Be-
 gen. 48.
 „ deren unerlaubter Besiz. 155.
 „ deren unvorsichtiger Gebrauch. 153 und 255.
 Feuerhülfe, Uebertretungen bezüglich derselben. 245.
 Feuerlärm, Unterlassen desselben bei entdecktem Feuer. 247.
 Feuerlösch=Commissaire, ungebührliches Betragen gegen diesel-
 ben. 52.
 Feuerordnung, allgemeine für die Landgemeinden. 243 u. 245.
 Feuerpolizei. 245—251.
 Feuersbrunst, Entdecken derselben. 247.
 Feuerungsmaterial, Unvorsichtigkeit beim Verbrennen. 248.
 Feuerversicherungswesen. 252—254.
 Feuerwerke, Abbrennen derselben. 246.
 „ Ort der Vereitung. 246
 „ unvorsichtige Fertigung. 246 und 247.
 „ bei Wirthen ohne polizeiliche Erlaubniß. 223.
 Feuerwerkerei=Anlagen. 217.
 Finden verlorener Sachen. 311.
 Firniß, Ort der Vereitung. 246.
 Firnißsiedereien. 217.
 Fischen an Sonn- und Festtagen. 51.

- Flachs, Bearbeitung bei Licht. 247.
 „ in feuchtem Zustande, Aufhäufung desselben. 248.
 „ auf dem Herde, in Oefen, an Schornsteinen und Feuerstellen. 248.
 Flachsrotten oder Flachsausbreiten auf fremden Grundstücken. 295.
 „ innerhalb der Ortschaften. 299.
 Flaschen, gläserne auf ausländischen Hütten verfertigte. 109.
 „ „ Gebrauch ungestempelter. 109.
 „ „ Stempeln derselben. 108.
 Fleisch, Aufblasen oder Verunreinigung desselben. 135.
 Fleischer, Einstellung des Gewerbebetriebes zur Nothzeit. 227.
 Fleischscharren, Deffnen derselben während des Gottesdienstes. 51.
 Flößerei in öffentlichen Gewässern. 269.
 Flurpolizei, Verpflichtungen der damit beauftragten Personen 291, 298, 306 und 307.
 Flüsse, öffentliche, Anlieger an denselben. 271.
 „ „ Störung des Laufes. 271.
 „ „ Ueberhängen von Bäumen oder Gesträuchen. 271.
 „ „ Vorrichtungen an oder in denselben. 271.
 Flußsiedereien. 217.
 Formen zur Anfertigung von Münzen oder Werthpapieren. 115.
 Formylchlorid, Anwenden desselben durch Hebammen, Wund- oder Zahnärzte. 117.
 Forststrafgesetze, Fortbestehen derselben. 4.
 Fortnehmen öffentlicher Sitze, Tische, Bänke, Warnungszeichen ic. 292.
 Fortschaffen größerer Lasten auf abgesperrten öffentlichen Plätzen und Kirchhöfen. 255.
 „ größerer Lasten auf Banketts, Trottoirs, Fußwegen ic. 255.
 Fortwandern, Verpflichtung der Gefellen zu solchem. 202.
 Frachtfuhrwerk, Radbeschlag, Ladungsbreite und Ladungsgewicht desselben. 256.
 Frachtwagen, Anbinden von Hunden unter denselben. 255.
 Fremde, Aufnahme und Anmeldung derselben. 68—71.
 „ „ durch Gefellen. 200.
 „ „ durch das Gefinde. 182.
 „ „ durch Wirth. 221.
 „ Aufnahme-Verweigerung durch Wirth. 222.
 „ Versicherungsgesellschaften. 252.
 Fremdenbücher, falsche Angaben in dieselben durch Gäste. 103.

- Fremdenbücher, Vorschriften über die Führung derselben. 221.
 Frevel an oder in Gebäuden, Denkmälern *ic.* 176.
 Friedhof, öffentlicher, Beerdigung auf demselben. 138 und 139.
 Friedhöfe, Beschädigung der Anpflanzungen. 273 und 275.
 Fruchtdimmen, Entfernung derselben von Gebäuden *ic.* 248.
 Früchte, Beschädigung, Zerstörung oder Entwendung derselben. 275.
 Führung, nachlässige von Zug-, Last- oder Reitthieren. 258.
 Füllengeld, Nehmen eines geringeren als des festgestellten. 215.
 Füttern des Viehes auf der Fahrbahn, den Brücken, Banketts oder
 in den Seitengräben. 256.
 „ „ „ bei Licht. 247.
 Fuhrleute, nachlässige. 258.
 „ deren Verpflichtungen bei Pulvertransporte. 246.
 Fuhrwerk, Ausweichen desselben. 257.
 „ Breite desselben. 256.
 „ Haften desselben bei wege- und straßenpolizeilichen Ver-
 gehen. 259.
 „ mit zu schwerer Ladung. 256.
 „ ohne gehörigen Radbeschlag. 256.
 „ Stehenlassen auf Wegen. 255.
 Fußangeln, Legen derselben. 152.
 Futterkräuterstoppel, Entziehen der Hütung. 303.
 Gärten, deren Behütung. 276 *ffgde.*
 „ deren Einfriedigung. 265.
 „ deren unbefugtes Betreten. 287 und 288.
 Gäste, Beilegung falscher Namen. 103.
 „ unwahre Angaben derselben. 103.
 Gardinen, bedruckte. 134.
 Garn, nicht voll gehaspeltes. 113.
 Garnhaspel, Feilhalten und Besitz unrichtiger oder ordnungswi-
 driger. 111 und 112.
 Garnsammler. 113.
 Garnvorräthe, Revision derselben. 113.
 Gasbereitungs- und Gasbewahrungsanstalten. 217.
 Gastwirth, deren Verpflichtungen. 51, 68, 87, 109, 125, 130
 und 221—224.
 „ Verweigerung der Aufnahme Fremder. 222.
 Gastwirthschaften, Verlegung derselben. 219.
 Gatter, Steigen über und Kriechen durch dasselbe. 288.
 Gatterthore, Deffnen und Offenstehenlassen derselben. 294.

Gehülfe, Abspenstigmachen eines fremden. 190.

- Gehülfe des Bankhalters. 165—167.
 Gehülften von Lotterie-Collecteuren, deren Vergehen. 234.
 Geisterbeschwörungen. 164.
 Gelage bei Fertigung u. des Probestücks. 207.
 Geländer, Anfahren an dieselben oder Beschädigen derselben. 256.
 Geldbuße. 12.
 " die dafür eintretende Gefängnißstrafe. 14—16, 41 und 317.
 " freiwillige Einzahlung derselben. 17.
 " niedrigster Satz derselben. 13.
 " Priorität derselben. 20.
 Gelder, auszuspieldende, Confiscation derselben. 171.
 Geldstrafen bei Wegecontraventionen, deren Verrechnung. 261.
 Geleise, Halten derselben. 256.
 Gemeindebehörden, Zusammenkünfte während des Gottesdienstes. 51.
 Gemeindedienste, unterlassene oder verzögerte Leistung derselben. 58.
 Gemeindeglieder, Verabredung wegen Nichtvermiethen einer Wohnung an Wohnberechtigte. 70.
 Gemeindegund, unbefugtes Zäunen und Pflanzen auf demselben. 289.
 Gemeindegirten, Haftverbindlichkeit der Gemeinde für dieselben. 285.
 Gemeindegvertreter, Störung der Sitzungen derselben. 52.
 Gemeine Weide, deren Betreibung mit fremdem Viehe. 278.
 Geräthe mit ansteckenden Krankheiten behafteter Personen. 126.
 Geräusch, ungewöhnliches, erzeugende Gewerbe. 216.
 Gerbereien, Anlegung oder Veränderung derselben. 217.
 Gerichte, Competenz derselben zur Aburtheilung von Polizeivergehen. 10, 28, 33, 316.
 " Competenz derselben bei Polizeivergehen der Kinder. 33.
 " Störung der Sitzungen derselben. 52.
 Gerichtliche Verfolgung der Polizeivergehen, durch wen sie zu geschehen hat. 8—10.
 " Verjährung derselben. 44.
 Gerichtsgebäude, Frevel an oder in denselben. 176.
 Gerüste, fehlerhafte bei Bauten. 238.
 Geschäfte, ungebührliche Störung in denselben. 47.
 Geschäftsherren als Mitverhaftete. 36.
 Geschenke an Gildenvorsteher in Gildesachen. 192.

- Gewerbe, Einstellung des Fortbetriebs zur Nothzeit.** 227.
- » Fortbestehen der für einzelne erlassenen Strafbestimmungen. 3.
 - » geräuschvolle, Betriebsstätten derselben. 216.
 - » ungebührliche Beschränkung des Fortbetriebs zur Nothzeit. 227.
- Gewerbebetrieb, gildemäßiger, Vergehen gegen die Vorschriften über denselben.** 188—210
- Gewerberath, Störung der Sitzungen desselben.** 52.
- Gewerbsteuergesetze, fortdauernde Gültigkeit der in denselben enthaltenen Strafbestimmungen.** 4.
- Gewerbetreibende, zur Bereitung und Feilhaltung von Brot, Mehl und Fleisch berechnete.** 227.
- » Creditiren von Waaren an die Arbeiter. 212.
 - » Entgegenhandeln gegen obrigkeitliche Befehle und Anordnungen. 210.
 - » Innehaltung festgestellter Taxen. 213 ff. gde.
 - » Löhnen der Arbeiter mit Waaren. 212.
 - » Veruntreuung anvertraueter Sachen. 210.
- Gewerbliche Ordnung, Vergehen gegen dieselbe.** 188—237.
- Gewerbsrechte, Verlust derselben.** 24.
- Gewinn für Begehung eines Polizeivergehens, Confiscation desselben.** 25.
- Gewinne bei Lotterien, Confiscation derselben.** 171.
- Gewicht, Feilbieten ausländischen.** 110.
- » » nicht gestempelten. 110.
 - » Hannöversches und Preussisches. 114.
 - » Vergehen in Bezug auf dasselbe. 106—114.
 - » Verpflichtung zur Anwendung, Führung und Haltung des vorgeschriebenen. 110.
- Gift, Verwahrung desselben.** 118, 122—124.
- Gifte, Auslegung im Freien.** 123.
- » Handel und Verkehr mit denselben. 118, 122—124.
 - » Pflichten der Kammerjäger in Bezug auf dieselben. 122.
- Giftige Substanzen, deren Gebrauch beim Malen, Drucken u. s. w.** 134.
- Gilde deputirte obrigkeitliche, Vergehen derselben.** 191, 193 und 207.
- Gildengenossen, Abspenstigmachen der Gesellen und Gehülften.** 190.
- » Eigenmacht derselben. 189.
 - » Schimpfen von Gilden und Gildengenossen. 189.

- Gildegenossen, ungebührliches Betragen gegen die Gildenvorsteher. 188.
- „ Vergehen derselben. 188 ffgde.
- „ Verschreien von Gilden und Gildegenossen. 189.
- Gildemäßiger Gewerbebetrieb, Vergehen gegen die Gesetze über denselben. 188—210.
- Gilden, Zusammenkünfte während des Gottesdienstes. 51.
- Gildeversammlungen, Trink- oder Spielgelage bei denselben. 191.
- Gildenvorsteher, Vergehen derselben. 190—193, 206 u. 207.
- Glashütten, Anlegung oder Veränderung. 217.
- Glocken, Mißbrauch derselben. 46.
- Glühende Kohlen, Ausschütten derselben. 247.
- „ „ Gehen mit denselben in Scheunen u. 247.
- „ „ „ „ über Straßen oder Höfe. 248.
- „ „ Verwahrung derselben. 247.
- Glücksspiele. 165—167.
- Goldarbeiter, Vergehen derselben. 231 und 232.
- Goldwaaren, Bezeichnung derselben. 231.
- Gottesdienst, ungebührliches Betragen während desselben. 51 und 52.
- Gottesdienstliche Einrichtungen, ungebührliches Betragen während derselben. 52.
- Graben von Thon, Lehm u. 293.
- Grabenkante, äußere, deren Benutzung. 256.
- Grabenziehen an Grundstücken. 289.
- Grabstelle, deren Lage und Tiefe. 139.
- Gräben, Aneignen des Viehfutters an denselben. 293.
- „ Fahren, Reiten oder Viehtreiben durch solche. 255.
- „ Deffnen und Erhalten derselben. 300.
- Gräber, Deffnen derselben. 136.
- Grenzfurchen, Werfen von Steinen, Schutt, Scherben oder Unrath in dieselben. 294.
- Grenzgräben, einseitiges Aufwerfen oder Auffrischen derselben. 290.
- „ Nicht-Deffnen und Erhalten derselben auf polizeiliche Aufforderung. 300.
- „ Zutflügen oder Verschütten. 290.
- Grenzmaie, deren Veränderung, Beschädigung oder Zerstörung. 290.
- Grenzraine, Aneignen des Viehfutters an denselben. 293.

- Grenzveränderung, eigenmächtige. 289—291.
 Grenzzeichen, Erhaltung derselben. 300.
 Grober Unfug. 46 ffge.
 Grossisten, deren Verpflichtungen und Befugnisse. 118 u. 120.
 Gruben, Einfriedigung derselben. 146.
 Grubenbetrieb, Beschäftigung von Kindern bei demselben. 211.
 „ Nichtbefolgen der polizeilichen Anordnungen zur
 Verhütung von Unglücksfällen. 147.
 Grundstücke, Abgraben, Abpflügen oder Verkleinern derselben. 289.
 „ Befriedigungsverpflichtung. 265 cfr. 284.
 „ Behütung noch nicht von ihren Früchten befreiter.
 276 ffge.
 „ Beschädigung der Absperrungs- oder Vermessungs-
 zeichen an denselben 292.
 „ eingefriedigte, Feld- und Hütungsurogen in densel-
 ben. 301.
 „ fremde, Bauen auf denselben. 297.
 „ „ Flachsrotten oder Flachsausbreiten auf den-
 selben. 295.
 „ „ gefährliches Werfen von Gegenständen auf die-
 selben. 149.
 „ „ deren Verunreinigung. 294.
 „ fruchttragende, deren Behütung. 276 ffge.
 „ Gehen, Reiten, Fahren über nicht abgeerntete, über
 gesperrte oder befriedigte. 287.
 „ nächtliche Benutzung derselben zur Viehweide. 282.
 „ unbefugte Vermittelung der Veräußerung. 93.
 Gründonnerstag, Feier desselben. 51.
 Gutstagelöhner, Dienstverpflichtungen derselben. 180.
 Gypsöfen, Anlegung oder Veränderung. 217.
 Haften der Thiere, des Gespannes und Fuhrwerkes bei Wege- und
 strafpolizeilichen Vergehen. 259.
 Haftverbindlichkeit Dritter für Pfandgebühr, Kosten und Geld-
 buße. 36.
 „ der Gemeinden oder Interessenschaften bei
 Hütungsurogen ihrer Hirten. 285.
 „ des Hauswirths bei eigenmächtiger Aufnahme
 Fremder. 69.
 „ des Wohnungs-Inhabers bei Schießen in
 derselben. 48.

- Hagelfeiertag, Feier desselben. 51.
 Haidebrennen. 249.
 Haidehauen. 293.
 Halten von Feldtauben. 305.
 „ von wilden Thieren. 142.
 Handarbeiter, eigenmächtiges Verweigern oder Verlassen des Dienstes. 180.
 Handel mit Arznei-, Farbwaaren und Giften. 118—124.
 Handelsbücher, unbefugtes Lesen, Abschreiben u. fremder. 314.
 Handlungen, feuergefährliche. 246—251.
 „ lebensgefährliche. 148—160.
 Handwerke, Betrieb derselben an Sonn- und Festtagen. 51.
 Handwerker, Ablohnen derselben während des Gottesdienstes. 51.
 Handwerkerwaaren, neue, deren Versteigerung. 96.
 Handwerksgefelln, ohne Arbeit umherwandernde. 84.
 Handwerksmeister, Abspennstigmachen fremder Gefellen oder Gehülfen. 190.
 Handwerksmißbräuche. 203.
 Hanf, Bearbeitung bei Licht. 247.
 „ feuergefährliches Aufbewahren desselben. 248.
 Hausgesinde, unerlaubte Aufnahme Fremder durch dasselbe. 182.
 „ Entfernen über Nacht. 182.
 Hausfiren an Sonn- und Festtagen. 51.
 Hausfurer, Beherbergung derselben. 68.
 Hausordnung, deren gröbliche Verletzung durch Dienstboten und Gefellen. 182 u. 200.
 Hausreparatur, Warnungszeichen bei derselben. 150.
 Hauswirth, Gestattung des Concubinats. 161.
 „ „ von Glücks- oder Hazardspielen. 165.
 „ Verpflichtung zur Anmeldung aufgenommener Fremden. 68 u. 69.
 „ Verpflichtung zur Anmeldung von Geburts- und Sterbefällen. 67.
 „ Verpflichtung zur Anmeldung gefährlicher Krankheiten. 125 u. 130.
 „ Verpflichtungen in Ansehung der Feuerpolizei. 246 bis 248.
 Hazardspiele. 165—167.
 Hebammen, Gebrauch von Schwefeläther und ähnlichen Betäubungsmitteln. 117.
 „ Verpflichtung zur Anmeldung der Geburtsfälle. 67.

- Hebammen, Verpflichtung zur Anzeige verdächtiger Erkrankungs- und Todesfälle. 62.
- „ Zuziehung eines Arztes oder Geburtshelfers. 117.
- Hecken an der Grenze, Ausroden derselben. 290.
- „ , lebendige, an Wegen. 256.
- Heede, deren feuergefährliche Aufbewahrung. 248.
- Heilkunde, unbefugte Ausübung derselben. 116 u. 117.
- Hemmen auf steilen Wegen. 258.
- Hemmschuh. 258.
- Hemmung des Laufes öffentlicher Gewässer. 268.
- Hengsthalter. 215.
- Herbergen, Oeffnen desselben während des Gottesdienstes. 51.
- „ Luftbarkeiten in denselben. 223.
- „ Verlegung derselben. 219.
- Herbergswirthe, Vergehen derselben. 51, 109, 190, 199, 205, 219, 221 bis 224.
- Herrschaften, Vermiethen bei mehreren. 179.
- Herzogliche Equipagen, Ausweichen vor denselben. 257.
- Hesen der Hunde. 144.
- Heu in feuchtem Zustande, Aufhäufen desselben. 248.
- Heudimmen, Entfernung derselben von Gebäuden ic. 248.
- Himmelfahrtstag, Feier desselben. 51.
- Hirten, Beschädigung ic. der Ruhebänke oder Hütten derselben. 292.
- „ Entlassung derselben nach zweimaligem Hütungsfrevel. 286.
- „ Nachlässigkeit bei Beaussichtigung des Viehes. 279.
- „ Verpflichtung zur Anzeige von ansteckenden Krankheiten des Viehes. 130.
- Hofräume, gefährliches Werfen von Gegenständen auf dieselben. 149.
- „ Einfriedigung derselben. 265.
- Hoheitsdienste, unterlassene oder verzögerte Leistung. 58.
- Hoheitszeichen, Frevel an denselben. 176.
- Hohlwege, Ausweichen in denselben. 257.
- Hohöfen. 217.
- Holz, Vorsicht beim Brennen, Trocknen oder Aufbewahren. 248.
- Holzflößen in öffentlichen Gewässern. 269.
- Holzkohlen, Lagerung derselben. 247.
- Holzlagerung auf Wegen und Straßen. 255.
- Holzschläger, deren Dienstpflichten. 180.
- Hülfe, fremde, bei Anfertigung des Probestücks. 209.
- „ bei Ergreifung von Verbrechern. 61.
- „ bei Lebensgefahr und Rettungsversuchen. 63.

- Hülfe, bei Unglücksfällen, gemeiner Gefahr und Noth. 60.
- Hürden, Zeit des Ein- und Austreibens. 282.
- Hüten des Viehes auf nicht unter Forstschutz stehenden Grundstücken. 276 ffde.
- Hütten, deren Errichtung auf fremden Grundstücken. 297.
- „ der Hirten oder Wächter, Beschädigung u. derselben. 292.
- Hüttenwerksbesitzer, Beschäftigung von Kindern. 211.
- Hütung der Futterkräuterstoppel. 303.
- „ der Weizen- oder Roggenstoppel. 303.
- Hütungsrevier. 276--286.
- „ , fahrlässige. 279 ffde.
- „ auf Grundstücken, welche hätten befriedigt sein müssen. 284.
- „ , durch unabwendbaren Zufall herbeigeführte. 283.
- „ , vorsätzliche und schadenbringende. 276.
- „ , vorsätzliche ohne Schaden. 277.
- Hütungswegen, Erschwerungsgründe bei denselben. 301.
- „ in eingefriedigten Grundstücken. 301.
- „ bei Nacht. 301.
- „ Rückfall. 301.
- „ an Sonn- und Festtagen. 301.
- „ Unkenntlichmachen der Frevler bei denselben. 301.
- „ verbotwidrige Fortsetzung derselben. 301.
- Hunde, Anbinden derselben unter Frachtwagen. 255.
- „ Hezen derselben. 144.
- „ Umherlaufenlassen beißiger. 255.
- „ Zurückhalten derselben von Angriffen. 144.
- Jagdrecht, fortdauernde Gültigkeit des Gesetzes über dessen Ausübung. 4.
- Jagdstrafgesetze, Fortbestehen derselben. 4.
- Jahrmärktebuden auf Wegen. 255.
- Impfen, Nichtbefolgen der darüber erlassenen Vorschriften. 129.
- Interessenschaften, Haftverbindlichkeit bei Hütungswegen ihrer Hirten. 285.
- Irenhäuser, Anlage derselben. 117.
- Jugend, als Strafherabsetzungsgrund. 39.
- Jugendliche Arbeiter in Fabriken u. 211.
- Kaffeehäuser, Dessnen derselben während des Gottesdienstes. 51.
- Kalk, ungelöschter, Aufbewahrung desselben. 248.

- Kalkgruben, Bedeckung oder Einfriedigung derselben. 145.
 Kalköfen, Anlegung oder Veränderung. 217.
 Kaltwasserheilanstalten, Anlage derselben. 117.
 Kamine, Reinigung derselben. 248.
 Kammerjäger. 122.
 Kanonenschläge. 48.
 Kantensteine, Fahren auf denselben oder Anhasen an dieselben. 256.
 Karren ohne gehörigen Kadbefschlag. 256.
 Kartenschlagen. 164.
 Kauf von Pfandscheinen. 98.
 Kaufleute, Verpflichtungen beim Garnkaufe. 113.
 " Verpflichtung zum Halten richtigen Maaßes und Gewichts. 109 u. 110.
 Kaufmannswaaren, deren Versteigerung. 96.
 Kegelschieben an Sonn- und Festtagen. 51.
 Kesselflicker, Beherbergung derselben. 68.
 Kesselprobe. 157, 158 u. 160.
 Kiesgruben, Einfriedigung derselben. 146.
 Kinder, deren Beschäftigung in Fabriken ic. 211.
 " deren Bestrafung wegen Polizeivergehen. 33.
 " neugeborene, Finden derselben in hilflosem Zustande. 64.
 " Verbergen sofort nach der Geburt verstorbener oder todtgeborener. 137.
 Kinderspielwaaren, mit schädlichen Farben bemalte. 134.
 Kirchhöfe, Reiten, Fahren ic. auf denselben. 255.
 Kirchliche Ordnung, fortdauernde Gültigkeit der Gesetze und Verordnungen über dieselbe. 4.
 " Einrichtungen, Ungebührliches Betragen während derselben. 52.
 Kleidungsstücke mit ansteckenden Krankheiten behafteter Personen. 126.
 Knicke an der Grenze, Ausroden derselben. 290.
 Knochenbrennereien. 217.
 Knochen sammeln von Heckern, Wiesen oder Aengern. 293.
 Koaksöfen. 217.
 Kohlen, glühende, Ausschütten derselben. 247.
 " " Gehen mit denselben in Schreunen ic. 247.
 " " " " über Straßen u. Höfe. 248.
 " " Verwahrung derselben. 247.
 " Lagerung derselben. 247.
 Krämer, Verpflichtungen beim Garnkaufe. 113.

- Krankenwärter, nachlässige. 126.
 Krankheiten, ansteckende, bei Menschen. 125—128.
 „ „ bei Thieren. 130 u. 131.
 „ „ Verheimlichung derselben. 127.
 „ Verbreitung solcher unter Menschen und Vieh.
 125—135.
 „ Gefahr drohende, Anzeige derselben. 125 u. 132.
 „ wichtige und Gefahr drohende, Anzeige derselben.
 125 u. 132.
 Kreis-Commissionen, Störung der Sitzungen derselben. 52.
 Kriechen durch Befriedigungen in fremde Grundstücke. 288.
 Kriegsdienst, Fortbestehen des Gesetzes über die Aushebung von
 Pferden zu solchem. 4.
 „ Fortbestehen des Gesetzes über die Verpflichtung zu
 solchem. 4.
 Krüge, Deffnen derselben während des Gottesdienstes. 51.
 Krüger, Lustbarkeiten bei denselben. 223—226.
 Krugwirthschaften, Verlegung derselben. 219.
 Kuhpocken = Impfung, Nichtbefolgen der darüber erlassenen Vor-
 schriften. 129.
 Kunden, Abspenstigmachen derselben. 197.
 Künstler, Abspenstigmachen fremder Gesellen oder Gehülfen. 190.
 Kunststraßen, deren Benutzung. 255 u. 256.
 Kupfergefäße, nicht tüchtig verzinnzte. 134.
 Kuriren, unerlaubtes. 116 ff. gde.
 Laboratorium der Feuerwerker. 246.
 Lack, Ort der Bereitung. 246.
 Ladefchein für Braunkohlen. 310.
 Ladefcheine, unrichtige, bei Fuhrwerken. 256.
 Ladung, gesetzlich gestattete. 256.
 Läden, Deffnen derselben während des Gottesdienstes. 51.
 Lärm erregende Werkzeuge. 46.
 Lärmen, öffentliches. 46 u. 47.
 Lagern von leicht entzündlichen oder ägenden Stoffen auf den Pack-
 höfen. 251.
 Landesbrandversicherungsanstalt, Vergehen gegen die-
 selbe. 253.
 Landeseinwohner, Bestrafung derselben wegen Polizeivergehen. 6.
 Landesversammlung, Störung der Sitzungen derselben. 52.
 Landesverweisung bei Ausländern. 24.

- Landesverweisung**, Bekanntmachung derselben. 27.
Landstreicher. 82—84.
 „ mit falschen Papieren. 83.
 „ in Gemeinschaft Mehrerer. 83.
 „ rückfällige. 83.
 „ verkleidete oder unkenntliche. 83.
 „ mit Waffen oder gefährlichen Werkzeugen. 83.
Landwehrübungen, Fortdauer des Gesetzes über die Stellung der
Pferde zu denselben. 4.
Lastthiere, Vernachlässigung der Sicherungsmaßregeln bezüglich
derselben. 258.
Lastwagen ohne gehörigen Rabbeschlag. 256.
Laterne, Besitz derselben. 248.
 „ bei gefährdeter oder gehemmter Passage. 263.
 „ Vorzeigen derselben bei Feuervisitationen. 248.
Laternen, Befudelung oder Frevel an denselben. 176.
 „ deren Benutzung bei feuergefährlichen Gegenständen. 247.
Laub, Beschädigung, Abrupfen oder Entwendung desselben. 275.
 „ dessen feuergefährliche Aufbewahrung. 248.
Lauf öffentlicher Gewässer, Hemmung oder Störung desselben. 268
und 271.
Lebendige Hecken an Wegen. 256.
Lebensgefahr, unterlassene Hülfsleistung bei derselben. 63.
Lebensunterhalt, Ausweis über denselben. 73.
Lebensweise, müßige und ausschweifende der Hauskinder oder
Pflegebefohlenen. 86.
Legen von Selbstgeschossen, Schlageisen oder Fußangeln. 152.
Legitimationspapiere, Mangel derselben. 80.
 „ Mißbrauch u. dergleichen. 104.
Lehmgruben, Bedeckung oder Einfriedigung derselben. 145 u. 146.
Lehmroden. 293.
Lehrer, ungebührliches Betragen gegen dieselben. 52.
Lehrherren als Mitverhaftete. 36.
Lehrling, Verbinden mit Verheimlichung eines ansteckenden Uebels.
127.
Leichen, Ausstellung derselben. 138.
 „ Ort und Zeit des Begräbnisses. 138.
 „ Unfug und Vergehen an denselben. 136 u. 137.
 „ Verbergen, Verheimlichen oder Wegbringen derselben. 137.
Leichenmißbrauch. 136.
Leichenschau. 138.

- Leihbibliotheken, Deffnen derselben während des Gottesdienstes. 51.
 „ Verpflichtungen der Inhaber derselben. 233.
 Leihen auf Pfandscheine. 98.
 „ , unbefugtes, auf Pfänder. 97.
 Leimsiedereien. 217.
 Lesen, unbefugtes fremder Briefe u. 314.
 Licht bei gefährdeter oder gehemmter Passage. 263.
 „ , freies, Gehen mit demselben in Scheunen u. 247.
 „ , „ „ „ „ über Straßen und Höfe. 248.
 Liederlichkeit. 86 u. 162.
 Liegenlassen der Vorlegesteine auf der Fahrbahn. 255.
 Local zu Glücks- oder Hazardspielen. 165—167.
 „ =Baupolizeiordnungen. 243.
 „ =Feuerordnungen. 243 u. 245.
 „ =Strafbestimmungen bleiben fortbestehen. 3.
 Locomotiven, deren Gebrauch vor der Kesselprobe. 157 ffge.
 Lösen der Stränge. 258.
 Lohe in feuchtem Zustande, Aufhäufen derselben. 248.
 Lohn für Begehung eines Polizeivergehens, Confiscation desselben. 25.
 Lohnen der Arbeiter mit Waaren. 212.
 Loose, Vergehen bezüglich deren Vertriebs. 234.
 Lösungszeichen. 46.
 Lotterie. 168, 170—172.
 Lotterie=Collecteure. 168, 170—172.
 „ „ , deren Vergehen. 234.
 Lotterie=Collecturgehülfsen, deren Vergehen. 234.
 Lotto um Geld. 168, 170—172.
 Lügen vor der Obrigkeit. 100 ffge.
 Lumpenfactore, Vergehen derselben. 237.
 Lumpenhändler, Vergehen derselben. 237.
 Lumpensammeln, unbefugtes. 235.
 Lumpensammler, deren Vergehen. 236.
 Lustbarkeiten, geräuschvolle, an Sonn- und Festtagen. 51.
 Lustseuche, Geschlechtsumgang im Falle der Behaftung mit derselben. 128.

- Maß, Feilbieten ausländischen. 110.
 „ „ nicht gestempelten. 110.
 „ Hannöversches und Preussisches. 114.
 „ Vergehen in Bezug auf dasselbe. 106—114.

- Maß, Verpflichtung zur Führung des vorgeschriebenen. 110.
 Mahlmühlen behuf Exportation in's Ausland. 229.
 Makler für Gesinde. 187.
 Maklergebühr, Ueberschreitung derselben. 214.
 Maklergeschäfte, deren unbefugter Betrieb. 93.
 Marionettenspieler, Beherbergung derselben. 68.
 Markpfähle bei Stauwerken, Erhaltung und Erneuerung derselben. 271.
 Martinisammeln. 75.
 Maskenzüge ohne polizeiliche Erlaubniß. 50.
 Maßstab bei Umwandlung der Geldbußen in Gefängnißstrafen. 15 u. 16, 41 u. 317.
 Materialhaufen, Fahren über solche. 256.
 Materialisten, deren Verpflichtungen und Befugnisse. 118 u. 120.
 Medicamente auf alte Recepte. 121.
 Medicinische Puscherei. 116 ffge.
 Mehlhändler, Einstellung des Gewerbebetriebs zur Nothzeit. 227.
 Meilenzeiger, Frevler an denselben. 176.
 Meister, Abspenstigmachen von Kunden. 197.
 „ Ausstellung unrichtiger Zeugnisse. 194.
 „ Entgegenhandeln gegen obrigkeitliche Befehle und Anordnungen. 210.
 „ deren Pflichten bei Annahme der Gesellen. 195.
 „ Veruntreuung anvertrauter Sachen. 210.
 „ Verweigerung der Vollendung durch andere begonnener Arbeiten. 196.
 Meldung Fremder, Anziehender und Beherbergter. 68 ffge.
 Melken des Viehes bei Licht. 247.
 Memoriale, Fertigung und Unterschrift derselben. 92.
 Menschen, ansteckende Krankheiten derselben. 125—128.
 Menschenblattern. 125.
 Mergelgruben, Einfriedigung derselben. 146.
 Messverkehr, fortdauernde Gültigkeit der Strafbestimmungen über denselben. 4.
 Metallgießereien. 217.
 Miethen eines bereits durch Andere gemietheten Dienstboten. 184.
 Miethen, Entfernung derselben von Gebäuden u. 248.
 Militairabtheilungen, marschirende, Ausweichen vor denselben. 257.
 Militairaushebungscommissionen, Störung der Sitzungen derselben. 52.

- Militaireffecten des Herzogl. Truppcorps, Erwerb derselben. 309.
- Militairstrafgesetze, Bestehenbleiben derselben. 4.
- Misch = Ehen zwischen Christen und Juden, Anzeige der Religion der Kinder aus denselben. 67.
- Mißbrauch mit Leichen. 136.
- Mißhandlung von Thieren. 173.
- Mitschuldige. 35.
- Mitverhaftete für die durch Polizeivergehen verwirkte Pfandgebühr, Kosten und Geldbuße. 36.
- Mobilien, Versicherung bei verschiedenen Gesellschaften. 254.
- Moorbrennen. 249.
- Mühlen, Anlegung oder Veränderung. 217 u. 262.
- „ Betrieb derselben während der Sonn- und Festtage. 51.
- Mühlenordnung, Uebertretung der Vorschriften derselben. 228.
- Müller, Einstellung des Gewerbebetriebs zur Nothzeit. 227.
- „ Vergehen derselben. 217, 227—229, 262 u. 271.
- Münzen, Vergehen in Bezug auf deren Fertigung, Besitz und Ablieferung. 115.
- Müssiggang. 73, 74 u. 86.
- Musik, öffentliche, in der Charwoche. 51.
- Musikanten, umherziehende, Beherbergung derselben. 68.
- Nachdruck, Fortbestehen der Gesetze über denselben 4.
- Nachschleifen von Faschinen, Wafen und Bauhölzern auf Kunststraßen. 256.
- Nacht, Feld- und Hütungswrogen während derselben. 301.
- Nachthütung. 282.
- Nachtigallen, Einfangen, Tödten und Halten derselben. 174.
- Nachtwächter, Verabsäumung des Dienstes. 57.
- Nachweisung von Capitalien, unbefugte. 93.
- Nächtliche Ruhe, Störung derselben. 47.
- Nahrungsmittel, Feilhalten schädlicher. 134.
- Name, Aenderung des eigenen. 65.
- „ Beilegung eines fremden Geschlechtsnamens. 65.
- „ Führung eines falschen von Seiten der Gäste in Wirthshäusern. 103.
- Nebenstrafußel. 24.
- „ , competente Gerichte zur Erkennung derselben. 28.
- Nester, Ausnehmen oder Zerstören derselben. 175.
- Neuanziehende, deren Anmeldung. 69 u. 71.

- Neugeborenes Kind, Anmeldung des Auffindens eines solchen. 67.
 " " Finden desselben in hilflosem Zustande. 63
 und 64.
 Neujahrsammeln. 75.
 Neujahrstag, Feiern desselben. 51.
 Nichtabhalten vom Betteln. 76.
 Niederreißen eines gefahrdrohenden Baues. 240, 242 u. 244.
 Niederstoßen der Seitengräben. 255.
 Noth, gemeine, verweigerte Hülfeleistung bei derselben. 60.
 Nothruf, falscher. 46.
 Nothsignale, falsche. 46.
 Nothzeit, Einstellung oder Beschränkung gewisser Gewerbe in sol-
 cher. 227.
 Obdachlosigkeit, selbstverschuldete. 72.
 Obigkeitliche Gildedeputirte, Vergehen derselben. 191, 193, 207.
 Oeffentliche Bekanntmachung des Straferkenntnisses. 24.
 " Flüsse und Gewässer, Holzflößen in denselben. 268.
 " " " " Störung des Laufes. 268 u. 271.
 " " " " Verpflichtungen Anlieger an
 denselben. 271.
 " " " " Verunreinigung derselben. 268.
 " " " " Vorrichtungen in oder an den-
 selben. 271.
 " Sitzungen der Behörden, Störung derselben. 52.
 " Vergnügungen, Aufführungen oder Festlichkeiten
 Störung derselben. 47.
 " Versteigerungen von Mobilien und Immobilien, un-
 befugtes Besorgen derselben. 95.
 " Wege, Vergehen in Bezug auf deren Benutzung.
 255 ffde.
 Oeffentlicher Dienst, Ungebühr in Bezug auf denselben. 52—56.
 Oeffentliches Aergerniß durch Trunkenheit. 85.
 " Lärmen und Toben. 46—49.
 Oeffnen von Gräbern. 136.
 " unbefugtes der Schlagbäume. 264 und 294.
 " " der Schleusen und Siele. 270.
 " der Wasserleitungs- und Grenzgräben. 300.
 " zeitiges der Schleusen bei Staumerken. 271.
 Ofenröhren, Trocknen oder Aufbewahren von Holz in denselben. 248.
 Oeffenes Feuer außerhalb der Ortschaften. 247.

- Offenes Feuer innerhalb der Ortschaften. 247.
 Plünderkämpfer. 120.
 Orden, unbefugtes Tragen. 54.
 Ordnung, Vergehen gegen die gewerbliche. 188—237.
 „ „ „ „ häusliche. 177—187.
 „ „ „ „ öffentliche. 46 ffge.
 Ordnungs=Straf=Bestimmungen, Bestehenbleiben derselben. 4.
 Ordnungswidrigkeiten bei Gildesversammlungen. 191.
 Orgelspieler, Beherbergung derselben. 68.
 Ort, Aufenthalt an einem verbotenen. 79.
 Ortspolizeibehörde, Anzeige=Verpflichtung bei ansteckenden
 Krankheiten und Viehseuchen. 132.
 Ortsstraßen, Beschädigung der Anpflanzungen an denselben. 273
 und 275.
 „ Vergehen in Bezug auf dieselben. 255 ffge.
 Ostertage, Feier derselben. 51.
 Pachthöfe, Lagern oder Verladen leicht entzündlicher oder ätzender
 Stoffe auf denselben. 251.
 Papiere, Bedrucken derselben mit nachtheiligen Stoffen. 134.
 Papiermüller, Vergehen derselben. 237.
 Parteizeichen. 46.
 Passage, Vorsichtsmaßregeln bei deren Hemmung oder Störung. 263.
 Passkarten, Mißbrauch zc. derselben. 104.
 Pässe, Mißbrauch zc. derselben. 104.
 Patente über Erfindungen, Beeinträchtigung der Rechte aus sol-
 chen. 312.
 Pechfackeln und Pechkränze, Ort der Bereitung. 246.
 Personen, Aufnahme nicht wohnberechtigter. 69.
 „ Beherbergung gerichtlich oder polizeilich verfolgter, aus-
 gewiesener oder verdächtiger. 68.
 Personenstand, Vergehen in Ansehung desselben. 65—67.
 Pfandgebühr, Berechtigung zu derselben. 30.
 „ Betrag derselben. 30.
 „ Priorität derselben. 20.
 „ unbefugtes Anfordern oder Nehmen durch die Feld-
 hüter. 307.
 „ Zulässigkeit derselben. 30.
 Pfandgegenstände, von unbekannten Personen zurückgelassene. 31.
 Pfandleihanstalten, unbefugte. 97.
 Pfandscheine, Ankauf, Leihen und Verkauf derselben. 98.

- Pfänder, unbefugtes Leihen auf. 97.
 Pfändung. 30 und 31.
 » Widerseßlichkeit bei derselben. 301.
 Pferde, Einfahren und Zureiten derselben innerhalb der Drtschaften. 258.
 » Scheumachen derselben. 258.
 » zum Kriegsdienst, Fortbestehen des Gesetzes über die Aushebung derselben. 4.
 » zu den Landwehrübungen, Fortdauer des Gesetzes über deren Stellung. 4.
 Pfingstage, Feier derselben. 51.
 Pflanzen auf Gemeindegründe. 289.
 Pflegeeltern als Mitverhaftete. 36.
 Pflug, eingerichteter, Umwenden mit demselben auf Kunststraßen. 256.
 Pforten, Oeffnen und Offenstehenlassen derselben. 294.
 Puscherei medicinische. 116.
 Pläße, Beschädigung der Anpflanzungen an denselben. 273 u. 275.
 » Berunreinigung derselben. 266.
 » öffentliche, abgesperrte, Reiten, Fahren u. auf denselben. 255 und 287.
 » » gefährliches Werfen von Gegenständen auf dieselben. 149.
 Plaggenstechen. 293.
 Plakate, Anheften derselben an Gebäude. 176.
 » mit verbotenem Inhalte. 89.
 Platten zur Anfertigung von Münzen oder Werthpapieren. 115.
 Pochwerksbesitzer, Beschäftigung von Kindern durch dieselben. 211.
 Polizeiaufsicht, Befugniß der Polizeibehörden in Betreff der unter dieselbe gestellten Personen. 87.
 » Beginn der Wirkungen derselben. 27.
 » Bekanntmachung derselben. 27.
 » Dauer derselben. 27.
 » Stellung unter dieselbe. 24.
 Polizeibehörden, Anzeige=Verpflichtung bei ansteckenden Krankheiten und Viehseuchen. 132.
 Polizei= und andere Behörden, Anzeige oder Zustimmung derselben zur Erhebung von Anklagen. 9, 52, 58, 69, 71, 79, 121, 188, 190, 216, 217, 219, 223, 227, 266, 310.
 Polizeiliche Anordnungen beim Steinbruchs= und Grubenbetriebe. 147.
 Polizeistrafgelder, Casse, wohin sie fließen. 21.

- Polizeistrafgelder in der Stadt Braunschweig. 21.
 Polizeistrafgesetzbuch, Anwendung desselben auf frühere Vergehen. 315.
 " Umfang desselben. 1—7.
 Polizeistrafgesetze, Aufhebung der früher ergangenen. 2.
 Polizeivergehen, Anwendbarkeit der allgemeinen Bestimmungen des Criminalgesetzbuches auf dieselben. 11.
 " im Auslande begangene, wann sie im Inlande zu bestrafen sind. 7.
 " Begriff derselben. 5.
 " Competenz der Gerichte zur Aburtheilung derselben. 10, 28, 33 und 316.
 " Verfolgung derselben. 8—10.
 Porzellanfabriken, Anlegung oder Veränderung. 217.
 Posten, Ausweichen vor denselben. 257.
 Postgesetze, Bestehenbleiben derselben. 4.
 Poudrettefabriken. 217.
 Praxis, Anzeige der Zulassung zu derselben beim Wohnortserwerbe. 71.
 Prediger, ungebührliches Betragen gegen dieselben. 52.
 " deren Verpflichtungen bei Aufgeboten und Trauungen. 66.
 Prellsteine, Anfahren an dieselben oder Beschädigen derselben. 256.
 Preßgesetze, Fortbestehen derselben. 4.
 Privatanlagen, dem Publikum geöffnete, Beschädigung derselben. 273 und 275.
 Privatbäche, Unterhaltung derselben. 271.
 Privatgebäude, Frevel an oder in denselben. 176.
 Privatwasserzüge, künstliche, deren Unterhaltung. 271.
 Privatwege, abgesperrte, Gehen, Reiten und Fahren über dieselben. 287.
 Probestück, Bewirthung bei dessen Fertigung u. 207.
 " fremde Hülfe bei Fertigung desselben. 209.
 " unbefugtes Eindringen der Meister bei dessen Fertigung. 208.
 Promenaden, Beschädigung der Anpflanzungen an denselben. 273 und 275.
 Promessen. 169.
 Provision, Ueberschreitung des gesetzlichen Betrages. 214.
 Prüfung der Dampfessel. 157.
 Pulver, Fertigung, Besitz, Verwahrung, Transport und Vertrieb desselben. 246 und 247.

Pulvermühlen. 217.

Quacksalber. 120.

Quälerei von Thieren. 173.

Quartierzahl, Bezeichnung der Gebinde mit solcher. 107.

Quellen, Verunreinigungen des Wassers in denselben. 133.

Rabbiner, deren Verpflichtungen bei Aufgeboten und Trauungen. 66.

Radbeschlag, dessen Breite und Beschaffenheit. 256.

Radschuh. 258.

Raketenwerfen in Ortschaften oder in unmittelbarer Nähe von Gebäuden. 246.

Rasenstechen. 293.

Raserei. 125.

Rauchen beim Auf- und Abladen oder Transporte leicht entzündlicher Stoffe. 247.

» in Ställen und Scheunen. 247.

» im Vorbeigehen an einer Schildwache. 55.

Rauchküchen, deren Reinigung. 248.

Rauchlöcher, Trocknen oder Aufbewahren von Holz in denselben. 248.

Recepte, alte, Verabreichen von Medicamenten auf solche. 121.

» von nicht autorisirten Medicinalpersonen. 121.

Recht der Anzeige, Erlöschen desselben. 43.

Rechtsangelegenheiten, unbefugtes gewerbsmäßiges Besorgen für Andere. 94.

Reciprocum auswärtiger Behörden. 7.

Regalien, Fortbestehen der Gesetze und Verordnungen über dieselben. 4.

Reglements in Betreff öffentlicher Gewässer, fortdauernde Gültigkeit derselben. 4.

Reihedienste, unterlassene oder verzögerte Leistung derselben. 58.

Reihefolge, der Innehaltung beim Eintreiben des Viehes. 278.

Reinigung bei ansteckender Krankheit. 126.

Reiselegitimation, Mangel der vorschriftsmäßigen. 80.

Reiseroute, Verlassen der vorgeschriebenen. 81.

Reisezeit, Uebertretung der zwangsweise gesetzten. 81.

Reiten durch nicht abgeerntete, gesperrte oder befriedigte Grundstücke. 287.

» auf abgesperrten öffentlichen Plätzen oder Kirchhöfen. 255.

- Reiten auf Banketts, Trottoirs, Fußwegen u. 255.
 » über gesperrte Wege. 255 und 287.
 » durch Gräben. 255.
 » schnelles, auf belebten Straßen, abschüssigen Wegen u. 258.
 » unbefugtes, über Begräbnißplätze. 176.
 Reiter, Ausweichen derselben. 257.
 Reitthiere, Vernachlässigung der Sicherungsmaßregeln bezüglich derselben. 258.
 Reizen von Thieren. 144.
 Religion der Kinder aus Mischehen zwischen Christen und Juden. 67.
 Rentenanstalten, unerlaubte. 99.
 Reparaturen, Vernachlässigung der erforderlichen Sicherungsmaßregeln bei denselben. 241.
 Residenzschlösser, Herzogliche, Frevel an oder in denselben. 176.
 Rettung Verunglückter, Verweigerung der Mittel zu derselben. 63.
 Richter, deren Verpflichtungen bei Aufgeboten und Trauungen. 66.
 Rodenstoppel, deren Entziehen der Hütung. 303.
 Roden von Thon, Lehm u. 293.
 Rotten des Flachses auf fremdem Grund und Boden. 295.
 » » » innerhalb der Ortschaften. 299.
 Rouleaur, Bedrucken derselben mit nachtheiligen Stoffen. 134.
 Rückfall bei Polizeivergehen. 37 und 38.
 » bei Feld- und Hütungswroren. 301.
 Rücknahme der Anzeige eines Polizeivergehens. 42.
 Rücktritt von Polizeivergehen vor deren Ausführung als Strafherabsetzungsgrund. 39.
 Rückwirkende Kraft des Polizeistrafgesetzbuches. 315.
 Ruhe, nächtliche, Störung derselben. 47.
 » öffentliche, Störung derselben. 46—50.
 Ruhebänke der Hirten oder Wächter, Beschädigung u. derselben. 292.
 Rußhütten. 217.
 Sabbathfeier. 51.
 Sachen, anvertraute, Veruntreuung derselben durch Meister oder Gewerbetreibende. 210.
 » mit Arrest belegte, deren Beseitigung. 105.
 » Auspielung von. 168, 170—172.
 » gefundene. 311.
 Sachverständiger, wahrheitswidrige Angaben desselben. 100.

- Salzdebit, Festbestehen der Geseze und Verordnungen über denselben. 4.
- Sammeln von Beiträgen zu Unterstützung und andern gemein-schaftlichen Zwecken. 91.
- » von Geschenken oder Gaben zu Neujahr, Fastnacht und Martini. 75.
- » von Theilnehmern für Auspielungen. 170.
- Sammlungen, öffentliche. 91.
- Sandgruben, Einfriedigung derselben. 146.
- Sandröden. 293.
- Schadenersatz, Priorität desselben. 20.
- Schamhaftigkeit, deren Verletzung. 163.
- Schlaggraben. 164.
- Schauspiele bei Wirthen ohne polizeiliche Erlaubniß. 223.
- Schauspiele, umherziehende, Beherbergung derselben. 68.
- Schauspielvorstellungen am Charfreitage und Bußtage. 51.
- Schärfung der Gefängnißstrafe. 23.
- Scheerenschleifer, Beherbergung derselben. 68.
- Scheibenschießen in der Nähe von Wegen. 255.
- » ohne polizeiliche Erlaubniß. 50.
- » an Sonn- und Festtagen. 51.
- Scheintodter in hilflosem Zustande. 63 u. 64.
- Schenkwirth, Lustbarkeiten ohne polizeiliche Erlaubniß bei denselben. 223.
- Schenkwirthschaften, deren Besuch durch polizeilich Beaufsichtigte. 87.
- » Schließung während des Gottesdienstes und zur Feierabendstunde. 51 u. 224 ffgde.
- » Verlegung derselben. 219.
- Scherben, Werfen auf fremde Grundstücke oder in Grenzflüssen. 294.
- Scheut machen der Pferde. 258.
- » von Thieren unter Gefährdung von Personen oder Sachen. 144.
- Schießbaumwolle. 246 u. 247.
- Schießen mit Feuerwaffe im Innern der Dörtschaften oder auf Wegen. 48 u. 255.
- Schießgewehr, unvorsichtiger Gebrauch d. desselben. 153.
- Schießpulver, feuergefährlicher Verkehr mit demselben. 246 und 247.
- Schießpulverfabriken, Anlegung oder Veränderung. 217.

- Schiffer, deren Verpflichtungen beim Pulvertransporte. 246.
 Schiffsknechte, deren Dienstplichten. 180.
 Schildwache, Rauchen im Vorbeigehen vor derselben. 55.
 Schimpfen der Gilden und Gildegenossen. 189.
 Schinken, deren Aufbewahrung im Schornsteine. 248.
 Schlachthäuser. 217.
 Schlagbäume, Deffnen und Offenstehenlassen derselben. 264 und 294.
 Schlageisen. 152.
 Schleusen, Aufziehen und Zusehen derselben bei Stauwerken. 271.
 „ unbefugtes Deffnen derselben. 270.
 „ zeitiges Deffnen derselben bei Stauwerken. 271.
 Schlittenfahren in Ortschaften, ohne feste Deichsel oder ohne Geläute oder Schelle. 258.
 „ zum Vergnügen an Sonn- und Festtagen. 51.
 Schmaufereien bei Fertigung u. des Probestücks. 207.
 Schmelzhütten. 217.
 Schnelles Fahren auf belebten Straßen, abschüssigen Wegen u. 258.
 „ Reiten „ „ „ „ „ 258.
 Schober, Entfernung derselben von Gebäuden u. 248.
 Schornsteine, Aufbewahrung brennbarer Gegenstände in denselben. 248.
 „ Reinigung derselben. 248.
 Schornsteinfeger, Verschämmiß der Pflichten. 247.
 Schornsteinbrand. 247.
 Schriften, deren unbefugter öffentlicher Vertrieb. 90.
 Schürfen nach Thon, Lehm u. 293.
 Schulordnung, fortdauernde Gültigkeit der Gesetze über dieselbe. 4.
 Schulzucht, Störung derselben. 52.
 Schußwaffen ohne Pulverladung. 155.
 Schutt, Werfen auf fremde Grundstücke oder in Grenzfurchen. 294.
 Schuß der Wildgatter, Fortbestand des Gesetzes über denselben. 4.
 Schwärmerwerfen. 246.
 Schwefel, Ort der Bereitung. 246.
 Schwefeläther, Anwenden desselben durch Hebammen, Wund- oder Zahnärzte. 117.
 Schwerkranker in hilflosem Zustande. 64.
 Schwerverwundeter in hilflosem Zustande. 64.
 Seifensiedereien. 217.
 Seiltänzer, Beherbergung derselben. 68.

- Seitengräben, Anbinden, Füttern, Weiden oder Treiben des Viehes in denselben. 256.
 „ unbefugtes Beschädigen derselben. 255.
 Selbstgeschosse. 152.
 Seuchen des Viehes. 130 ffge.
 Sicherheitsstreifen. 256.
 Sicherung eines gefahrdrohenden Baues. 240 u. 242.
 Sicherungsmaßregeln bei Bauten. 238—242.
 Siebbinder, Beherbergung derselben. 68.
 Siegel zur Anfertigung von Münzen oder Werthpapieren. 115
 Siele, unbefugtes Öffnen derselben. 270.
 Silberarbeiter, Vergehen derselben. 231 u. 232.
 Silberwaaren, Bezeichnung derselben. 231.
 „ Feingehalt derselben. 232.
 Sitten, Vergehen wider dieselben. 161—176.
 Sittlichkeit, deren offene Verletzung. 163.
 Sise, zum öffentlichen Gebrauch bestimmte, deren Beschädigung u. 292.
 Sitzungszimmer von Behörden, verbotwidriges Verbleiben in denselben. 52.
 Sommerweg, Benutzung desselben. 256.
 Sonntag, Feld- und Hütungswoegen an demselben. 301.
 Sonntagsfeier. 51.
 „ , Störung in derselben. 47.
 Spähne, deren feuergefährliche Aufbewahrung. 248.
 Sparcassen, unerlaubte. 99.
 Speck, Aufbewahrung im Schornsteine. 248.
 Sperrung bei ansteckenden Krankheiten unter Menschen und Vieh. 126 u. 131.
 „ der Fahrbahn. 255.
 Sperrungszeichen, Wegnehmen, Verändern oder Unkenntlichmachen derselben. 264 u. 292.
 Spiegelfabriken. 217.
 Spiele, öffentliche, an Sonn- und Festtagen. 51.
 „ verbotene, Glücks- oder Hazardspiele. 165 ffge.
 Spielgelage bei Gildeversammlungen. 191.
 Spielsucht. 86.
 Spielwaaren mit schädlichen Farben bemalte. 134.
 Spiritusbrennereien. 217.
 Sprengungen durch explodirende Stoffe. 156.
 Sprunggelb. 215.

- Spurhalten auf Kunststraßen.** 256.
Stall, in welchem krankes Vieh gestanden. 131.
Statute, polizeiliche, Fortbestehen derselben. 3.
Stauanlagen, Ausbesserungen oder Umbauten an solchen. 271.
Stauhöhe. 271.
Stauwerksinhaber, deren Verpflichtungen. 271.
Stauzeiten, Beachten derselben. 271.
Stauziele, Beachten derselben. 271.
Stechen von Rasen, Dorf ic. 293.
Stehenlassen ausgespannter Fuhrwerke auf Wegen. 255.
Steinbruchsbefitzer, Beschäftigung von Kindern durch dieselben. 211.
Steinbruchsbetrieb, Nichtbefolgen der polizeilichen Anordnungen zur Verhütung von Unglücksfällen. 147.
Steinbrüche, Einfriedigung derselben. 146.
Steine, Werfen auf fremde Grundstücke oder in Grenzstrecken. 294.
Steinebrechen. 293.
Steinesammeln von Aeckern, Wiesen oder Aengern. 293.
Steinkohlentheer, Anlagen zu dessen Bereitung. 217.
Stellung unter Polizeiaufsicht. 24.
Stempel zur Anfertigung von Münzen oder Werthpapieren. 115.
Stempeln der Gefäße. 106.
Sterbecassen, unerlaubte. 99.
Sterbefälle, Verpflichtung zur Anmeldung derselben. 67.
Stiche zur Anfertigung von Münzen oder Werthpapieren. 115.
Stoßflinten, Besitz ic. derselben. 155.
Störung des Laufes öffentlicher Flüsse und Gewässer. 268 u. 271.
 " der öffentlichen Ruhe. 46—50.
 " öffentlicher Vergnügungen, Aufführungen und Festlichkeiten. 47.
 " der Sonntagsfeier. 47 u. 51.
Stoffe, explodirende, Sprengung mit denselben. 156.
Strafbarkeit der Polizeivergehen, Bedingungen derselben. 32.
 " " " Tilgung derselben. 42.
Strafbestimmungen, ältere wegen Polizeivergehen, Aufhören derselben. 2.
 " polizeiliche für einzelne Bezirke, Ortschaften oder Gewerbe, Fortbestehen derselben. 3.
Strafe, theilweise Ansetzung derselben in Geld u. in Gefängniß. 19.
Strafen wegen Polizeivergehen, deren Arten. 12.
 " " " Verjährung derselben. 45.

- Straferkenntniß**, öffentliche Bekanntmachung desselben. 24.
Strafherabsetzung, deren Gründe. 37—41.
Strafrecht, Ausübung eines solchen durch Gefellen oder Fabrikarbeiter. 203.
Strafzumessung, deren Gründe. 37—41.
Straßen, gefährliches Werfen von Gegenständen auf dieselben. 149.
Straßenpolizei, Vergehen gegen dieselbe. 255 ffgd.
Stränge, Lösen derselben. 258.
Streichfeuerzeuge, Gebrauch derselben bei leicht entzündlichen Gegenständen. 247.
 „ Gebrauch derselben in Ställen und Scheunen. 247.
Stroh, dessen feuergefährliche Verwahrung. 248.
Strohdimmen, Entfernung derselben von Gebäuden u. 248.
Stückmeister, Bewirthung durch denselben. 207.
 „ welcher sich fremder Hülfe bedient. 209.
Stützen der Gebäude, fehlerhafte. 238.
Sturmläuten. 46.
Substanzen, giftige, deren Auslegung im Freien. 123.
Suppliken, deren Fertigung und Unterschrift. 92.

Tabakrauchen. 55 u. 247.
Tafel, schwarze, der Gefellen oder Fabrikarbeiter. 203.
Tagelöhner, Ablohnen derselben während des Gottesdienstes. 51.
 „ ständige, deren Dienstpflichten. 180.
Tanzlustbarkeiten an Sonn- und Festtagen. 51.
 „ bei Wirthen ohne polizeiliche Erlaubniß. 223.
Tanzvergönungen in Privatlocafen gegen Eintrittsgeld. 223.
Tapeten, Anstreichen derselben mit nachtheiligen Stoffen. 134.
Tarator, wahrheitswidrige Angaben desselben. 100.
Taren, deren Nichtbeachtung. 213—215.
Teiche, Einfriedigung derselben. 146.
Telegraphenanstalten, Fortbestehen des Gesetzes über die Bestrafung der Vergehen gegen dieselben. 4.
Terpentin, Ort der Bereitung. 246.
Theer, Ort der Bereitung. 246.
Theerböfen. 217.
Theilnahme an Polizeivergehen. 35.
Theilnehmer an Glücks- oder Hazardspielen. 165—167.
Thierarzneikunde, unbefugte Ausübung derselben. 110.

- Thierarzt, Verpflichtung zur Anzeige von ansteckender Krankheit des Viehes.** 130.
- Thiere, ansteckende Krankheiten.** 130 u. 131.
- » crepirte oder getödtete. 131 u. 140.
 - » Haftten derselben bei wege- und straßenpolizeilichen Vergehen. 259.
 - » Reizen derselben. 144.
 - » schädliche, Beschädigung der Vorrichtungen zum Wegfangen oder Verschleichen derselben. 292.
 - » Scheu- oder Wildmachen derselben. 144.
 - » tolle oder wüthende, Verwahren und Tödten derselben. 142.
 - » wilde, Halten und Verwahren derselben. 142.
 - » zahme aber bössartige, Verwahren derselben. 143.
- Thierführer, umherziehende, Beherbergung derselben.** 68.
- Thierquälerei.** 173.
- Thongeschirrfabriken.** 217.
- Thonroden.** 293.
- Thransfiedereien.** 217.
- Thüren, unbefugtes Oeffnen und Offenstehenlassen derselben.** 294.
- Tilgung der Strafbarkeit von Polizeivergehen.** 42—45.
- Tische, zum öffentlichen Gebrauch bestimmte, deren Beschädigung ic.** 292.
- Toben, öffentliches.** 47.
- Todesbescheinigung, Weibringung derselben vor der Beerdigung.** 138.
- Todesfälle, Verpflichtung zur Anmeldung derselben.** 67.
- » verdächtige, Verpflichtung zur Anzeige derselben. 62.
- Todtenfrauen, Verpflichtung zur Anmeldung der Sterbefälle.** 67.
- Todter, Beerdigungszeit und Ort.** 138.
- » Finden desselben in verlassenem Zustande. 64.
- Tödten toller oder wüthender Thiere.** 142.
- Töpfereien.** 217.
- Tollheit bei Thieren.** 142.
- Tollwuth bei Thieren.** 142.
- Topfbinder, Beherbergung derselben.** 68.
- Torf in feuchtem Zustande, Aufhäufung desselben.** 248.
- Torfdimmen, Entfernung derselben von Gebäuden ic.** 248.
- Torfstechen.** 293.
- Tragen, unbefugtes, von Dienstzeichen, Uniformen, Amtskleidungen, Amtszeichen, Orden und Ehrenzeichen.** 54.
- Transitorische Bestimmungen.** 315—318.
- Traumdeuten.** 164.

- Trauung** ohne die erforderlichen Bescheinigungen. 66.
- Treiben** des Viehes auf Banketts, Böschungen oder in Seitengräben. 256.
- » in Gräben und durch dieselben. 255.
- » auf nicht unter Forstschuß stehenden Grundstücken. 276 ffde.
- Triebwerke**, Ausbesserungen oder Umbauten derselben. 271.
- » durch Wind oder Wasser bewegte, Anlegung oder Veränderung derselben. 217.
- Triften**, Aneignen des Grases oder Viehfutters an denselben. 293.
- Trinkgelage** bei Gildeversammlungen. 191.
- Trinkwaaren** für die Gesundheit gefahrbringende. 134.
- Trocknen** auf fremden Grasängern oder Hecken. 294.
- Trommeln**. 46.
- Trottoirs**, Eistrutzbahnen auf denselben. 266.
- » Reiten, Fahren u. auf denselben. 255.
- Trunkenheit**, Unfug während derselben. 85.
- » bei besondere Vorsicht erfordernden Verrichtungen. 151.
- Trunkfälligkeit**. 86 ffde.
- Typhus**. 125.
- Uebel**, ansteckendes, Verheimlichung desselben beim Verdingen zum Dienste, oder im Dienste. 127.
- Ueberfahren** über Vorlegesteine oder Materialhaufen. 256.
- Ueberhängen** von Bäumen oder Gesträuchen nach dem Flusse. 271.
- Uebertritt** des Viehes. 279.
- Ueberversicherung** von Mobilien. 254.
- Ufer**, Abflachung derselben. 271.
- » Vorrichtungen an denselben. 271.
- Umbauten** an Stauanlagen, Brücken oder Flußbauwerken. 271
- Umbrechen**, unbefugtes, der Rocken-, Weizen- oder Futterkräuterstoppel. 303.
- Umherlaufen** des Viehes außerhalb geschlossener Höfe oder befriedigter Räume. 280.
- Umhertreiben** ohne Arbeit. 82—84.
- » unzüchtiges. 162.
- Umwandlung** der Geldbuße in Gefängnißstrafe. 14—16, 41, 317.
- Umwenden** mit einem eingerichteten Pfluge auf Kunststraßen. 256.
- Umzüge**, öffentliche, der Kunstreiter u. an Sonn- u. Festtagen. 51.
- » ohne ortspolizeiliche Erlaubniß. 50.
- Unbefriedigte Grundstücke**, Hütung auf denselben. 284.

- Verbergen eines Leichnams.** 137.
- Verbrecher, Verweigerung des Beistandes behuf deren Ergreifung oder Verfolgung.** 61.
- Verbreitung von Krankheiten unter Menschen und Vieh.** 125 bis 135.
- " **öffentliche, unbefugte, von Schriften oder Bildwerken.** 90.
- Verdächtige Personen, Beherbergung derselben.** 68.
- Verdingen als Dienstbote, Gesell oder Lehrling mit Verheimlichung eines ansteckenden Uebels.** 127.
- Verdingungen während der Sonn- und Festtage.** 51.
- Vereinsrecht, Fortbestehen der Gesetze über dasselbe.** 4.
- Vereinsiegel der Gesellen oder Fabrikarbeiter.** 203.
- Verfertigung, unbefugte, von Stempeln, Siegeln u. für Münzen oder Werthpapiere.** 115.
- " **von Wildddiebs-, Stockflinten, Windbüchsen oder Schußwaffen ohne Pulverladung.** 155.
- Verfolgte Personen, Beherbergung derselben.** 68.
- Verfolgung, gerichtliche, Verjährung derselben.** 44.
- Vergehen gegen Leben und Gesundheit.** 116—160.
- " " **die häusliche Ordnung.** 177—187.
- " " " **gewerbliche Ordnung.** 188—237.
- " " " **öffentliche Ruhe und Ordnung.** 46—99.
- " " " **Sitten.** 161—176.
- " " **öffentliche Treue und Glauben.** 100—115.
- " " **bau- und feuerpolizeiliche Vorschriften.** 238—254.
- " " **wege- und straßenpolizeiliche Vorschriften.** 255 bis 267.
- " " **die Feldpolizei oder durch sonstige Beeinträchtigung fremden Eigenthums.** 273—314.
- " **an Stauanlagen und öffentlichen Gewässern.** 268—272.
- Vergeudung des Vermögens.** 86.
- Vergnügungen, geräuschvolle, an Sonn- und Festtagen.** 51.
- " **Störung derselben.** 47.
- Verheimlichung inficirter Kleidungsstücke oder Geräthe.** 126.
- " **eines Leichnams.** 137.
- " **der Vorräthe zur Nothzeit.** 227.
- Verjährung der gerichtlichen Verfolgung.** 44.
- " **der Strafen.** 45.
- Verkauf von Geheimmitteln.** 119.
- " **inficirter Kleidungsstücke oder Geräthe.** 126.

- Verkauf öffentlicher, unbefugter von Schriften oder Bildwerken.** 90.
- Verkäufe, öffentliche, von Kaufmanns- oder neuen Handwerker-
waaren.** 96.
- » **öffentliche, an Sonn- und Festtagen.** 51.
- Verkehr mit Arzneiwaaren, Farbwaaren und Giften.** 118—124.
- » **mit Gefangenen.** 56.
- Verkleinern von Grundstücken.** 289.
- Verladen leicht entzündlicher oder ätzender Stoffe auf den Pack-
höfen.** 251.
- Verlassen des Dienstes, eigenmächtiges.** 180.
- Verleitung zur Verübung eines Polizeivergehens als Strafherab-
setzungsgrund.** 39.
- Verlegung von Deichen.** 270.
- » **geräuschvoller, belästigender oder gefahrbringender Werk-
stätten oder Fabriken.** 216—220.
- » **von Herbergen, Gast-, Krug- oder Schenkwirthschaften.**
219 u. 220.
- Verletzung der Rechte aus Erfindungspatenten.** 312.
- » **der Schamhaftigkeit.** 163.
- Verlorene Sachen, Bekanntmachung des Fundes.** 311.
- Verlust von Gewerbsrechten.** 24.
- Vermessungszeichen an Grundstücken oder Wegen, Beschädigung u.
derselben.** 292.
- Vermiethen bei mehreren Herrschaften.** 179.
- » **mit Verheimlichung eines ansteckenden Uebels.** 127.
- Vermittelung, unbefugte von Veräußerungen und Anleihen.** 93.
- Vermögen, Vergeudung desselben.** 86.
- Vermögensverhältnisse des Contravenienten als Strafzumef-
sungsgrund.** 40.
- Vermummungen bei Feld- und Hütungswegen.** 301.
- Vernachlässigung öffentlicher Verpflichtungen.** 57—64.
- Vernichtung insicirter Kleidungsstücke oder Geräthe.** 126.
- Verpachtungen während der Sonn- und Festtage.** 51.
- Verpflichtung zum Kriegsdienste, Bestehenbleiben des Gesetzes
über dieselbe.** 4.
- Verpflichtungen, öffentliche, Vernachlässigung derselben.** 57—64.
- Verrichtungen, mit Geräusch und Störung verbundene an Sonn-
und Festtagen.** 51.
- » **besondere Vorsicht erfordernde, Trunkenheit bei
denselben.** 151.
- » **feuergesährliche.** 246—251.

- Versammlungsrecht, Fortbestehen des Gesetzes über dasselbe. 4.
 Versatz von Pfandscheinen. 98.
 Verscharrung crepirten Viehes. 140 und 141.
 Verscharrtes Vieh, Wiederausgraben desselben. 141.
 Verschleppung ansteckender Krankheiten. 126 ff. gde.
 " von Viehseuchen. 131.
 Verschreien der Gilden und Gildegenossen. 189.
 Verschütten der Grenzgräben. 290.
 Verschwendung, Curatelen wegen derselben. 88.
 Versicherung von Gebäuden in einer fremden Affecuranzgesellschaft. 252.
 " von Mobilien, unrichtige oder zu hohe. 254.
 " " " bei verschiedenen Gesellschaften. 254.
 Versicherungsanstalten, unerlaubte. 99.
 Versicherungsgesellschaften, fremde. 252.
 Versteigerungen von Kaufmannswaaren. 96.
 " " neuen Handwerkerwaaren. 96.
 " öffentliche, geschwindiges Abhalten vom Weiter- oder Mitbieten. 313.
 " " unbefugtes Besorgen derselben. 95.
 " " an Sonn- und Festtagen. 51.
 Versuch bei Polizeivergehen. 34.
 Vertheilung, öffentliche, unbefugte von Schriften oder Bildwerken. 90.
 Verunglücke, Versuche zur Rettung derselben. 63.
 Verunreinigung der Fahrbahn. 255.
 " des Fleisches. 135.
 " der Gewässer. 133 und 268.
 " öffentlicher Sitze, Bänke, Tische, Warnungszeichen ic. 292.
 " der Ortsstraßen, Plätze und öffentlichen Promenaden. 266.
 Veruntreuung anvertraueter Sachen durch Meister oder Gewerbetreibende. 210.
 Verwahrung von Stempeln, Siegeln ic. zur Anfertigung von Münzen oder Werthpapieren. 115.
 " wilder oder toller Thiere. 142.
 Verweigerung des Dienstantritts. 180 und 201.
 Verweis. 12.
 Vieh, Unbinden oder Füttern desselben auf der Fahrbahn, den Brücken, Banketts oder in den Seitengräben. 256.

- Vieh, Austreiben desselben** während des Gottesdienstes. 51.
- » Beaufsichtigung desselben beim Hüten. 279.
 - » crepirtes oder getödtetes. 131.
 - » » Anzeige beim Abdecker. 140.
 - » » Zeit des Verscharrens desselben. 140.
 - » Einzelhütung. 281.
 - » fremdes auf der gemeinen Weide. 278.
 - » Gehenlassen, Treiben und Hüten auf nicht unter Forstschutz stehenden Grundstücken. 276 ffde.
 - » Hüten und Treiben auf Begräbnisplätzen. 176.
 - » loses, Ziehen mit demselben auf abgesperrten öffentlichen Plätzen, Kirchhöfen, Banketts, Trottoirs, Fußwegen ic. 255.
 - » Treiben und Weiden auf Banketts, Böschungen oder in den Gräben. 256 und 256.
 - » Umherlaufen desselben außerhalb geschlossener Höfe oder befriedigter Räume. 280
 - » verscharrtes, Wiederaufgraben desselben. 141.
 - » Zeit des Aus- und Eintreibens desselben. 282.
- Viehbefitzer, Verpflichtung zur Anzeige von ansteckender Krankheit des Viehes.** 130.
- Viehheerden, Ausweichen derselben.** 257.
- Viehseuche, Benachrichtigung der Landespolizeibehörde und des Physicus.** 132.
- » Vorsichtsmaßregeln bei solcher. 131.
- Viehtreiber, Verpflichtung zur Anzeige von ansteckender Krankheit des Viehes.** 130.
- Viehweide während der Nacht.** 282.
- Vogeleier und Vogelnester, Ausnehmen und Zerstören derselben.** 175.
- Vogelschießen in der Nähe von Wegen.** 255.
- Vögel, schädliche, Beschädigung ic. der Vorrichtungen zum Wegfangen oder Verschrecken derselben.** 292.
- Vorbeifahren des Fuhrwerks.** 257.
- Vorbereitung eines Polizeivergehens.** 34.
- Vorführen fremder oder unbekannter Wegpolizei-Contravenienten.** 260.
- Vorlegesteine, Fahren über dieselben.** 256.
- » Liegenlassen auf der Fahrbahn zur Nachtzeit. 255.
- Vormünder als Mitverhaftete.** 36.
- Vorräthe, Verheimlichung derselben zur Nothzeit.** 227.
- Vorrichtungen, eigenmächtige, in öffentlichen Flüssen oder an deren Ufer.** 271.

Vorsatz, als Bedingung der Strafbarkeit der Polizeivergehen. 32.
Vorstellungen, theatralische u. ohne polizeiliche Erlaubniß. 223.

Waaren, für Gesundheit oder Leben gefahrbringende. 134.

Wache, Verabsäumung des Dienstes als solche. 57.

Wachstuchfabriken. 217.

Wächter, Beschädigung u. der Ruhebänke oder Hütten derselben. 292.

Wäsche, deren Bleichen und Trocknen auf fremden Aengern u. 294.

Waffen des Herzoglichen Truppcorps, Erwerb derselben. 309.

„ unvorsichtiger Gebrauch. 153.

„ verbotene. 155.

Wagen, Ausweichen derselben. 257.

„ Fahren mit mehr als zwei hinter einander gehängten. 258.

Wahrheit, deren Unterdrückung vor öffentlichen Behörden und Beamten. 100—102.

Wahr sagen. 164.

Wanderbücher, Mißbrauch u. derselben. 83 und 104.

Warnungszeichen beim Aushängen oder Ausstellen von Gegenständen aus Gebäuden. 149.

„ Beschädigung u. derselben. 264 u. 292.

„ bei Gebäudereparaturen. 150.

Wasen, Nachschleifen derselben auf Kunststraßen. 256.

Wasser, Ableitung des zur Bewässerung dienenden. 296.

„ in Brunnen, Eisternen u. Verunreinigen desselben. 133.

Wasserheilanstalten, deren eigenmächtige Anlegung. 117.

Wasserleitungen, Besudelung oder Frevel an denselben. 176.

Wasserleitungsgräben, Deffnen und Erhalten derselben. 300.

Wassermühlen. 217 und 271.

Wegbringen eines Leichnams. 137.

Weg, abschüssige, schnelles Fahren oder Reiten auf denselben. 268.

„ Aneignen des Grases oder Viehfutters an denselben. 293.

„ Beschädigung der Anpflanzungen an denselben. 273 u. 275.

„ „ u. der Vermessungs- oder Warnungszeichen an denselben. 292.

„ gesperrte, Gehen, Reiten oder Fahren u. über dieselben. 255 und 287.

„ Hütung auf der Viehtrift nicht geöffneten. 277.

„ steile, Hemmen auf denselben. 258.

Wegpolizei, Vergehen gegen dieselbe. 255—267.

Weggeld, fortdauernde Gültigkeit der Strafbestimmungen über denselben Erhebung. 4.

- Weggelderhebung und Weggeldverkürzungen. 267.
 Wegweiser, Frevler an denselben. 176.
 Weide, gemeine, deren Betreibung mit fremdem Viehe. 278.
 Weidegrund, Culturveränderung desselben. 302.
 Weiden des Viehes in und durch Gräben, auf Banketts und Böschungen. 255 ffge.
 Weidereviere, deren Behütung. 276 ffge.
 Weidevieh, Zeit des Aus- und Eintreibens desselben. 282.
 Weihnachtstage, Feier derselben. 51.
 Weinschenken, Deffnen derselben während des Gottesdienstes. 51.
 Weizenstoppel, Entziehen der Hütung. 303.
 Werfen, gefährliches, von Gegenständen auf Straßen u. oder fremde Grundstücke. 149.
 Werkstätten, gefahrdrohende, deren Errichtung oder Verlegung. 217.
 " geräuschvoller Gewerbe. 216.
 " mit schädlicher oder belästigender Ausdünstung. 217.
 Werkzeuge, Karm erregende. 46.
 Widersetzlichkeit der Dienstboten und Gesellen. 182 u. 200.
 " bei der Pfändung. 301.
 Wiederausgraben verscharrten Viehes. 141.
 Wiesenland, Culturveränderung desselben. 302.
 Wilddiebsflinten, Besitz, Verfertigung oder Feilhaltung derselben. 155.
 Wilde Thiere, Halten und Verwahren derselben. 142.
 Wildgatter, Fortbestand des Gesetzes über den Schutz derselben. 4.
 Wildhandel, Fortbestehen des Gesetzes über dessen Controle. 4.
 Wildmachen von Thieren. 144.
 Wildtransport, fortdauernde Gültigkeit des Gesetzes über dessen Controle. 4.
 Windbüchsen, deren Besitz, Fertigung oder Feilhaltung. 155.
 Windmühlen, Anlegung oder Veränderung. 217.
 " Entfernung derselben von den Straßen. 262.
 Wirthhe, deren Verpflichtungen. 51, 68, 87, 109, 125, 130, 165 ffge., 199, 205, 219 u. 221—224.
 Wirthshäuser, Deffnen derselben während des Gottesdienstes. 51.
 Wittwencassen, unerlaubte. 99.
 Wohlthätigkeitsanstalten, Effecten derselben. 309.
 Wohnung, Nichtauffuchung einer solchen. 72.
 " Verabredung wegen Nichtvermiethen derselben an Wohnortsberechtigte. 70.
 Wucherblume, deren Vertilgung und Abwendung. 304.

- Wundarzneikunde, unbefugte Ausübung derselben. 116.
Wundärzte, Gebrauch von Schwefeläther und andern Betäubungs-
mitteln. 117.
- Bäunen auf Gemeindegünde. 289.
Zahme aber bössartige Thiere, Verwahrung derselben. 143.
Zahnärzte, Gebrauch von Schwefeläther und andern Betäubungs-
mitteln. 117.
- Zaubereien. 164.
Zeichendeuten. 164.
Zeit des Verscharrrens von crepirtem Viehe. 140.
Zerstörung von Bäumen, Gesträuchen, Blumen, Befestigungs-
und Befriedigungsmitteln. 273—275.
" von Deichen. 270.
" von Grenzmalen. 290.
" von Nestern, Vogeleiern oder Brut. 175.
" öffentlicher Bänke, Sitze, Tische, Warnungszeichen u.
292.
- Zeuge, wahrheitswidrige Angaben desselben. 100.
Zeugniß, Ausstellung eines unwahren an Diensthoten. 186.
" " " unrichtigen an Gefellen. 194.
" Verpflichtung zur Ertheilung desselben an Diensthoten. 185.
- Ziegelarbeiter, deren Dienstpflicht. 180.
Ziegelöfen. 217.
Ziehen mit losem Viehe auf abgesperrten öffentlichen Plätzen und
Kirchhöfen. 255.
" " " " auf Banketts, Trottoirs, Fußwegen u. 255.
- Zimmer, Anstreichen derselben mit nachtheiligen Stoffen. 134.
Zinngeschirre, mit Blei versetzte. 134.
Zuckersiedereien. 217.
Zündstoff-Fabriken. 217.
Zuführung, zwangsweise, der Gefellen oder Fabrikarbeiter zur Ar-
beit. 201.
" " des Gesindes zum Dienst. 180.
- Zugthiere, Vernachlässigung der Sicherungsmaßregeln bezüglich
derselben. 258.
Zupflügen der Grenzgräben. 290.
Zurechnung, Anwendung der im Criminalgesetzbuche enthaltenen
Vorschriften. 32.
Zurechnungsfähigkeit, geminderte als Strafherabsetzungsgrund. 39.
Zureiten der Pferde innerhalb der Ortschaften. 258.

- Zusammenlauf. 46.
 Zusehen der Schleusen bei Stauwerken. 271.
 Zuständigkeit der Gerichte bei Aburtheilung der Polizeivergehen.
 10, 28, 33 u. 316.
 " der Gerichte bei Polizeivergehen der Kinder. 33.
 Zustimmung Dritter als Erforderniß zur Erhebung der Anklage. 9.
 Zuweisung der Gefellen. 198.
 Zwang zum Antritt des Dienstes bei Gesinde. 180.
 " zur Fortsetzung der Arbeit bei Gefellen und Fabrikarbeitern.
 201.
 Zweige, Beschädigung, Zerstörung oder Entwendung derselben. 275.

Druckfehler.

Auf Seite 126 ist statt §. 287 — §. 288 zu lesen.

